



Ein Teil der Landschaft

Zu den VGH Versicherungen gehören die Landschaftliche Brandkasse Hannover, die Provinzial Lebensversicherung Hannover, die Provinzial Krankenversicherung Hannover AG und die Provinzial Pensionskasse Hannover AG. Im Verbund mit ihnen stehen die Öffentliche Versicherung Bremen, die Öffentlichen Versicherungen Oldenburg, die ALTE OLDENBURGER Krankenversicherung AG und die Öffentlichen Versicherungen Sachsen-Anhalt.

Die Landschaftliche Brandkasse Hannover – das Mutterhaus des VGH Verbunds – wurde auf Initiative des Abts zu Loccum, Georg Ebell, 1750 gegründet und wird seitdem von den Landschaften getragen. Eine Landschaft, das war damals eine regionale, ständisch geprägte Selbstverwaltung, heute ist es eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Und so wie früher eine Landschaft die Interessen ihrer Region wahrnahm, nimmt sie heute die Interessen der Versicherungsnehmer dieser Region wahr.

Die erste Anregung zur Gründung einer Brandkasse in den hannoverschen Landen gab der Universalgelehrte Gottfried Wilhelm Leibniz. Allerdings kam es erst 34 Jahre nach seinem Tod durch die Initiative von Georg Ebell – dem Vorsitzenden der Landschaft im Fürstentum Calenberg-Grubenhagen – zur Gründung der ersten Versicherungseinrichtung. Landschaften anderer Regionen gründeten alsbald nach diesem Vorbild eigene Versicherungen. Diese schlossen sich seit 1850 allmählich zusammen, und daraus entstand die „Landschaftliche Brandkasse Hannover“.

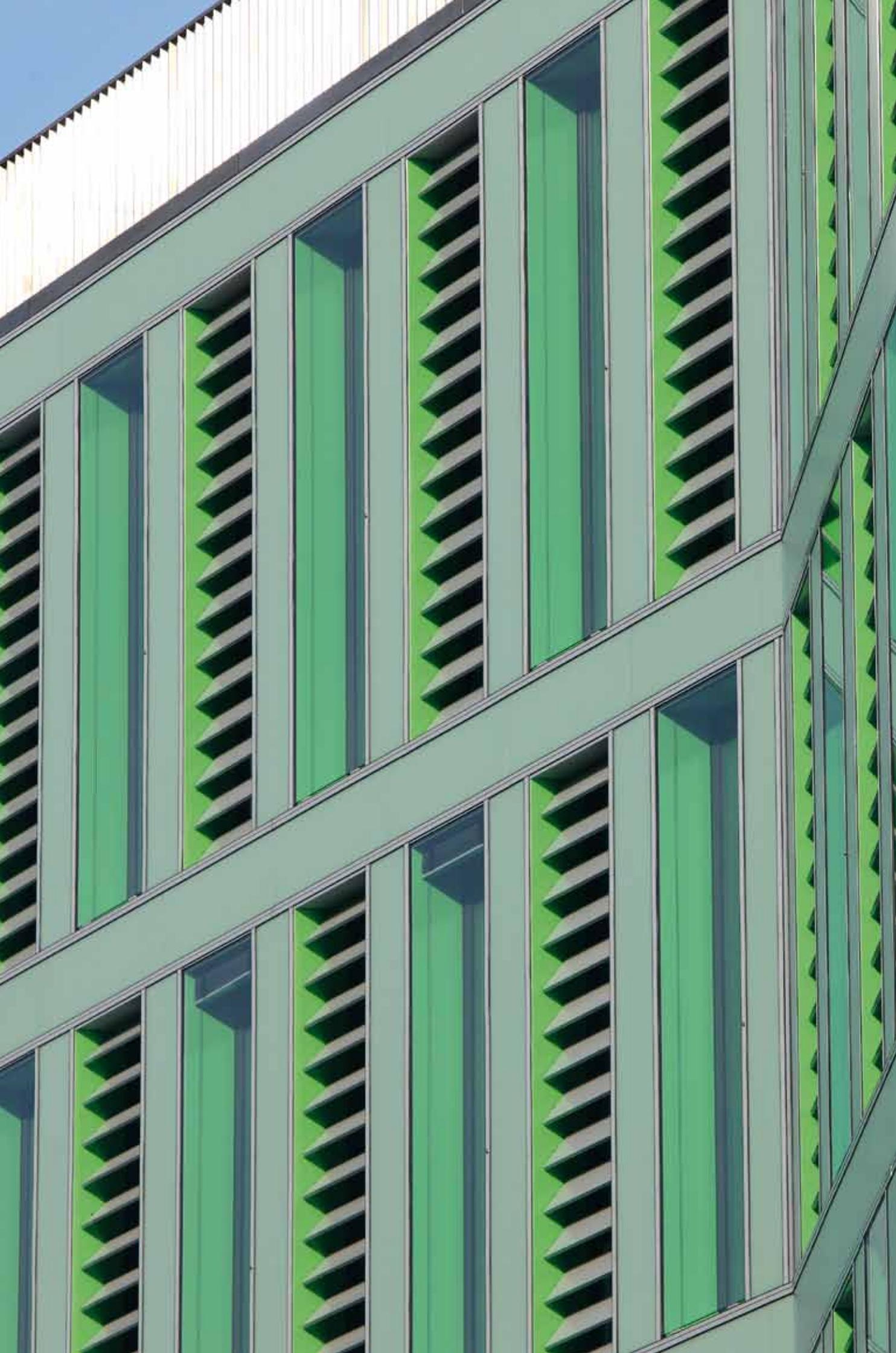
Getragen von den Landschaften, war die Brandkasse nie ein staatliches Unternehmen. Sie ist unverändert seit ihrer Gründung selbstständig und heimatverbunden; in jedem Sinne ein Teil der Landschaft. Geführt wird sie von den regionalen Landschaften als Träger auf der Grundlage des Prinzips der Gegenseitigkeit.

Die VGH Versicherungen sind zudem Teil des S-Finanzverbundes. Bereits seit vielen Jahren sind die niedersächsischen Sparkassen Mitträger bei wichtigen VGH-Verbundunternehmen. Mitte 2007 wurde dieser Verbund mit der Einbindung der Sparkassen sowie Vertretern der Region Oldenburg in die Gremien der Landschaftlichen Brandkasse Hannover als „Versicherungsverbund der Regionen“ fortentwickelt. In diesem Sinne versteht sich auch die Kooperation der Provinzial Krankenversicherung Hannover mit der ALTE OLDENBURGER Krankenversicherung unter Bildung eines Kompetenzzentrums Krankenversicherung im Oldenburger Münsterland.

Die Konzentration der öffentlich-rechtlichen Versicherungsunternehmen auf ihr angestammtes Geschäftsgebiet entspricht seit jeher ihrem Selbstverständnis. Dies ist ein Vorteil, der die VGH, die Öffentlichen Versicherungen Oldenburg und die Öffentliche Versicherung Bremen in ihrer jeweiligen Heimat zum Marktführer gemacht hat. Diese Stärke soll für den Kunden konkret fühlbar bleiben und ausgebaut werden. Das ist Ziel des unternehmerischen Handelns des Verbundes.



Kloster Loccum



Zahlen auf einen Blick

Landschaftliche Brandkasse Hannover

	2008	2007	2006	2005	2004
Beitragseinnahme in Mio. €	948	930	926	940	943
Beitragseinnahme in % zu Vorjahr	1,9 %	0,4 %	-1,5 %	-0,3 %	1,7 %
Schadenquote saG	63,5 %	69,6 %	59,6 %	62,5 %	62,7 %
Kostenquote saG	23,6 %	23,1 %	22,9 %	23,1 %	23,4 %
Combined Ratio saG	87,1 %	92,7 %	82,5 %	85,6 %	86,1 %
Nettoverzinsung	1,1 %	3,5 %	5,6 %	4,6 %	2,6 %
Brutto-Überschuss in Mio. €	57	83	194	145	86
Kapitalanlagen in Mio. €	2 677	2 422	2 353	2 157	2 056
Eigenkapital in Mio. €	733	718	688	648	613

saG: selbst abgeschlossenes Geschäft

Provinzial Lebensversicherung Hannover

	2008	2007	2006	2005	2004
Beitragseinnahme in Mio. €	583	593	619	630	622
Beitragseinnahme in % zu Vorjahr	-1,8 %	-4,1 %	-1,7 %	1,3 %	-2,9 %
Kostenquote Verwaltung	2,0 %	2,1 %	2,0 %	1,9 %	1,9 %
Kostenquote Abschluss	5,4 %	5,6 %	5,2 %	5,2 %	3,9 %
Nettoverzinsung	3,2 %	4,5 %	5,2 %	4,7 %	4,0 %
Brutto-Überschuss in Mio. €	84	171	216	171	128
Kapitalanlagen in Mio. €	6 504	6 708	6 478	6 350	6 103
Eigenmittel in Mio. €	520	573	533	506	446

Provinzial Krankenversicherung Hannover AG

	2008	2007	2006	2005	2004
Beitragseinnahme in Mio. €	39	37	33	30	26
Beitragseinnahme in % zu Vorjahr	6,2 %	10,9 %	11,8 %	16,5 %	33,5 %
Verwaltungskostenquote	3,2 %	3,3 %	3,6 %	3,6 %	3,8 %
Abschlusskostenquote	11,9 %	11,3 %	14,9 %	15,3 %	22,8 %
Nettoverzinsung	3,3 %	4,5 %	4,4 %	4,3 %	4,6 %
Versicherungstechnische Ergebnisquote	14,2 %	16,1 %	15,8 %	13,9 %	12,9 %
Kapitalanlagen in Mio. €	101	77	60	48	36
Eigenmittel in Mio. €	13	12	5	3	3



Geschäftsbericht **2008**

Landschaftliche Brandkasse Hannover
Provinzial Lebensversicherung Hannover
Provinzial Krankenversicherung Hannover AG



Die wahre Stärke der VGH: hoch qualifizierte, engagierte Mitarbeiter

Inhalt

08	Vorwort des Vorstands
12	VGH – Von Niedersachsen für Niedersachsen
24	VGH – Engagement für Niedersachsen
26	VGH-Stiftung
	Gremien
30	Organe der Landschaftlichen Brandkasse Hannover
37	Organe der Provinzial Lebensversicherung Hannover
40	Organe der Provinzial Krankenversicherung Hannover AG
41	Sparkassenbeirat der VGH
	Landschaftliche Brandkasse Hannover
44	Lagebericht
62	Jahresabschluss
83	Bestätigungsvermerk
84	Bericht des Aufsichtsrats
86	Corporate Governance
87	Geschäftsentwicklung
	Provinzial Lebensversicherung Hannover
90	Lagebericht
107	Gewinnverwendungsvorschlag
108	Jahresabschluss
144	Bestätigungsvermerk
145	Bericht des Aufsichtsrats
147	Geschäftsentwicklung
	Provinzial Krankenversicherung Hannover AG
150	Lagebericht
163	Gewinnverwendungsvorschlag
164	Jahresabschluss
175	Bestätigungsvermerk
176	Bericht des Aufsichtsrats



Dr. Robert Pohlhausen
Vorsitzender des Vorstands

Sehr geehrte Kunden und Geschäftspartner, liebe Freunde der VGH,

Kundennähe, regionale Verankerung, ausgezeichnete Produkte und Servicequalität sowie qualifizierte und motivierte Mitarbeiter sind seit jeher die Grundpfeiler unseres Erfolgs. Sie lassen uns auch turbulente Zeiten sicher überstehen. Seit nahezu 260 Jahren erfolgreich tätig, erweist sich das Unternehmen heute mehr denn je als modern und krisenfest.

Auf der soliden Basis ihres Geschäftsmodells ist die VGH im Jahr 2008 stabil aus der internationalen Finanzkrise hervorgegangen. Mehr noch: Wir sind überzeugt, dass unsere auf die Kundensicherheit ausgerichtete Geschäfts- und Kapitalanlagepolitik und ein wachsendes Risikobewusstsein vieler Privatanleger neue Marktchancen für unsere Versicherungsprodukte mit sich bringen werden.

Die gewohnte Stärke der VGH in der Versicherungstechnik wird sich gerade auch in konjunkturell schwachen Zeiten positiv auf die Ergebnisse der VGH Versicherungen auswirken. Wir sind davon überzeugt, weiterhin im vertrauensvollen Umgang mit unseren Kunden die Marktführerschaft in Niedersachsen zu behaupten.

Als größter regionaler Versicherer sind wir mit unserer dezentralen Geschäftsstruktur hervorragend aufgestellt. Wir nutzen die vielfältigen Potenziale der Gruppe, um noch erfolgreicher zu sein. Die VGH hat 2008 ihre Kundenbetreuung, Schadenregulierung und Verwaltung in der Direktion und den zwölf Regionaldirektionen weiterentwickelt. Damit setzen wir den eingeschlagenen Weg fort, unseren flächendeckenden Vertrieb zum größtmöglichen Nutzen unserer 1,8 Millionen Kunden zu optimieren.

Unser Geschäftsbericht zeigt, dass die VGH auch im Jahr 2008 die Wachstumschancen im Markt gezielt nutzte und damit noch ein Stück stärker geworden ist. Die geschäftliche Entwicklung der einzelnen VGH Versicherungen verdeutlicht dies:

Die Landschaftliche Brandkasse, das Mutterunternehmen der VGH, legte im Jahr 2008 stärker zu als der Markt. Die Beitragseinnahmen stiegen um 1,9 Prozent auf 948 Millionen Euro. Trotz höherer Investitionen in qualifiziertes Personal, verbesserter Prozesse und Vertriebsstrukturen sank die Schaden-/Kostenquote aufgrund der günstigen Schadenentwicklung um über vier Prozentpunkte auf 87 Prozent. Damit ist die Brandkasse weiterhin besser als der Branchendurchschnitt mit ca. 92 Prozent.

Natürlich hat die Finanzmarktkrise in den Jahresergebnissen unserer Unternehmen Spuren hinterlassen. Dennoch weist die Brandkasse einen Bruttoüberschuss aus: Der Gewinn vor Ertragsteuern und Beitragsrückerstattung liegt bei 57 Millionen Euro. Wir beteiligen unsere Kunden an diesem Ergebnis; die Beitragsrückerstattung wird wie im Vorjahr fortgeführt.

Die Provinzial Leben hat sich ebenfalls gut im Markt behauptet. Das Neugeschäft ist um 9,0 Prozent angestiegen. Die Anzahl der Verträge erreichte 845 000 Stück. Ein Beleg, dass die Provinzial Leben auch in turbulenten Zeiten ein verlässlicher Partner bei der privaten Alters- und Risikoversorge ist. Ein weiterer wichtiger Indikator dafür ist die laufende Überschussbeteiligung. Sie liegt weiterhin auf dem guten Vorjahresniveau von 4,25 Prozent. Die Schlussüberschussbeteiligung haben wir sogar erhöht. Die Gesamtverzinsung erreicht damit bis zu 5,4 Prozent.

Die Provinzial Kranken zeigt sich als dritter leistungsstarker Partner unserer Kunden. Über 130 000 Personen sind bei uns krankenversichert; das sind 5,7 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Der erwirtschaftete Jahresüberschuss kommt zum großen Teil den Kunden zugute: 3,6 Millionen Euro werden der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugeführt.

Die erfolgreichen Geschäftsentwicklungen der einzelnen Versicherungen belegen, dass die VGH als größter öffentlicher Versicherer in Niedersachsen erstklassige Produkte und faire Leistungen erbringt. Darauf sind wir stolz. Der Erfolg und das Vertrauen unserer Kunden, Partner und Träger spornen uns an, dieses Vertrauen zu bestätigen und den Erfolg weiter auszubauen.

Unsere Mitarbeiter haben im Jahr 2008 erneut bewiesen, dass Leistung, Kompetenz, Verantwortung und Mut zu Veränderungen das Fundament für unseren Erfolg sind. Dafür danken wir Ihnen. Wir sind zuversichtlich, das zweifellos herausfordernde Jahr 2009 erfolgreich zu meistern.



Der Vorstand der VGH

„Die Herausforderungen an Versicherer wachsen – welche Rolle spielt dabei für Sie qualifiziertes Personal?“



Dr. Robert Pohlhausen
Vorsitzender des Vorstands

„Unternehmen lassen sich nur über Menschen erfolgreich steuern. Es gehört zum Selbstverständnis der VGH, Mitarbeiter in ihrer beruflichen und persönlichen Entwicklung aktiv zu fördern, Talente zu wecken und Potenziale zu nutzen. Allen, die etwas bewegen möchten, bietet die VGH auch die Chance dazu. Millionen Niedersachsen vertrauen uns, weil fähige, engagierte und zufriedene Mitarbeiter dafür sorgen – und das seit fast 260 Jahren.“



Jochen Herdecke
Mitglied des Vorstands

„Wer im Wettbewerb um Kunden Marktführer bleiben will, muss auch mit dem technischen Wandel Schritt halten. Ob iVAS, SAP, das papierlose Büro oder unser neues Kraftfahrt-Vertrags-Center: Ohne qualifizierte IT-Spezialisten läuft nichts. Moderne Unternehmen wie die VGH vernetzen sich nicht nur technisch. Deshalb beziehen unsere EDV-Experten Fachabteilungen, Personal- und Betriebsrat in die Entwicklung neuer IT-Lösungen ein.“



Hermann Kasten
Mitglied des Vorstands

„Kundennähe, Produkt- und Servicequalität haben die VGH in Niedersachsen zum Versicherer Nummer Eins gemacht. Auch künftig bleibt die persönliche und kompetente Beratung das A und O unseres Erfolges. Durch vorausschauende, innovative Personalplanung – ein Beispiel ist unser mehrfach ausgezeichnetes Trainee-Programm zur Übernahme einer Vertretung – sichert sich die VGH für den Innen- wie den Außendienst dauerhaft erstklassig ausgebildeten Nachwuchs.“



Thomas Krüger
Mitglied des Vorstands

„Ertragsstarke und gleichzeitig sichere Produkte kennzeichnen unseren gewissenhaften Umgang mit Kundengeldern. Voraussetzung dafür ist die Fachkompetenz unserer Mitarbeiter – das eigentliche Kapital der VGH. So wie das Anlagemanagement ruht auch die Personalpolitik auf einem gemeinsamen Fundament: dem der Nachhaltigkeit. Die Belegschaft dankt uns dies durch eine im Schnitt sehr lange Betriebszugehörigkeit.“



Franz Thole
Mitglied des Vorstands

„Wie schnell sich politische Vorgaben und Risikostrukturen ändern, zeigen vor allem die letzten Jahre: Riester und Rürup, VVG-Reform, EU-Vermittlerrichtlinie und Gesundheitsfonds, aber auch der Klimawandel sind aktuelle Stichworte. Nur hervorragend geschulte Mitarbeiter sind in der Lage, Kunden umfassend aufzuklären, bedarfsgerechte und zeitgemäße Produkte zu entwickeln und sie zu vermitteln. Ständige Aus- und Fortbildung gehören daher zu unserem täglichen Geschäft.“



Thomas Vorholt
Mitglied des Vorstands

„Öffentliche Versicherer sind durch Wettbewerb und gestiegene Kundenerwartungen zunehmend gefordert. Unsere Angebote, Beratung, Betreuung und Leistung optimieren wir deshalb laufend. Das funktioniert nur, wenn Mitarbeiter bereit sind, den permanenten Wandel mitzutragen und mitzugestalten. Dass unser Schaden-Management-Center Anfang 2009 an den Start gehen konnte, ist ein gelungenes Beispiel für zukunftsweisende, gemeinsame Unternehmensentwicklung.“



Von Niedersachsen für Niedersachsen

Die VGH Versicherungen sind fest in Niedersachsen verwurzelt und nahezu an jedem Ort präsent. 1,8 Millionen Privat- und Geschäftskunden von Göttingen bis Emden sind bei ihr versichert. Der kundenbezogene Marktanteil liegt damit bei knapp 30 Prozent und macht die Gruppe zum größten Regionalversicherer des Landes. Das ist die Leistung von 4 500 engagierten und kompetenten Mitarbeitern, die direkt oder mittelbar für das Unternehmen tätig sind – in der Direktion Hannover, in den zwölf Regionaldirektionen und mehr als 600 Vertretungen im ganzen Land. Der Schlüssel zum Erfolg: ein partnerschaftlicher und vertrauensvoller Umgang, sowohl mit den eigenen Mitarbeitern als auch den Kunden – und das seit mittlerweile fast 260 Jahren.



Mehr als eine Versicherung: die VGH fördert Kultur, Sport, Bildung, Wissenschaft und soziale Projekte von und für Niedersachsen

**Marktführer:
Nah am Kunden**

Die VGH hat eine lange Tradition. Die Wurzeln des Mutter-Unternehmens, der Landschaftlichen Brandkasse Hannover, reichen bis ins Jahr 1750 zurück. Vor gut 50 Jahren schloss sie sich mit der 1918 gegründeten Provinzial Lebensversicherung Hannover zusammen. Es entstand die Versicherungsgruppe Hannover – kurz VGH. Seit 2001 befinden sich auch die Provinzial Krankenversicherung Hannover AG und seit 2002 die Provinzial Pensionskasse unter dem Dach der Marke. Die Gruppe bietet damit heute ein lückenloses Angebot bei Schaden- und Personen-Versicherungen.

Die VGH ist als öffentlich-rechtlicher Versicherer ausschließlich in Niedersachsen aktiv. Für das Unternehmen ist das seine große Stärke. Mit mehr als 600 Vertretungen von selbstständigen Versicherungskaufleuten sowie den 1 200 Geschäftsstellen von 44 Sparkassen und der Landesbausparkasse kann die VGH auf ein flächendeckendes Vertriebsnetz vom Harz bis an die Nordseeküste zugreifen.

Diese Nähe zum Kunden und die breite Produktpalette machen die VGH für zahlreiche Niedersachsen zur ersten Wahl: Ein Drittel aller Wohngebäude und zwei Drittel aller landwirtschaftlichen Betriebe sind hierzulande bei ihr versichert. Jede fünfte Kfz- und Hausratversicherung sowie jede zehnte Lebensversicherung schließen die Niedersachsen mit dem Regionalversicherer ab. Mehr als 130 000 Menschen haben ihre Krankenversicherung bei der VGH. Alles in allem hat das Unternehmen 5,2 Millionen Policen in seinem Bestand.

Die VGH engagiert sich auch über das eigene Vertriebsgebiet hinaus. In den 80er und 90er Jahren hat sich das Unternehmen zusammen mit den Sparkassen-Verbundpartnern an der Öffentlichen Versicherung Bremen und den öffentlichen Versicherern in Sachsen-Anhalt, Ostfriesland und Oldenburg beteiligt. Mit der Alten Oldenburger Krankenversicherung in Vechta kooperiert sie seit 2007. Dabei ist die VGH ihrer Philosophie stets treu geblieben: Die Partnerunternehmen profitieren von einem starken Verbund, gehen aber

Fairer Umgang, moderne Arbeitsplätze und Entwicklungschancen prägen das Arbeitsklima



weiter ihre eigenen Wege. Erfolgsfaktoren wie Markenname und regionale Marktbearbeitung, die die Unternehmen zu Marktführern in ihren jeweiligen Vertriebsgebieten gemacht haben, bleiben erhalten. Mit diesem Beteiligungsmodell und ihrer eigenen dezentralen Aufstellung stärkt die VGH den Versicherungsstandort Niedersachsen und sichert zahlreiche Arbeitsplätze in allen Regionen des Landes.

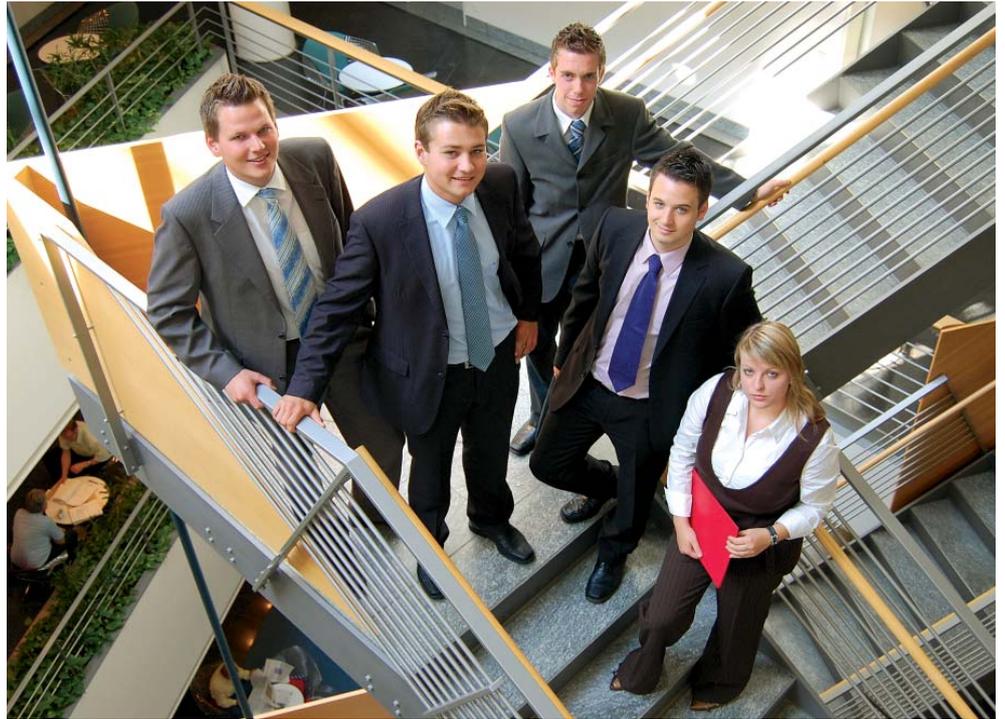
**Philosophie:
Führen durch Vertrauen**

Die Mitarbeiter sind die wichtigste Ressource der VGH. Sie haben die Gruppe zum Marktführer gemacht. Das Unternehmen honoriert dieses Engagement mit sicheren Arbeitsplätzen und umfassenden Sozialleistungen. Betriebsbedingte Kündigungen gab es noch nie. Traditionelle Werte wie Fairness und Wertschätzung prägen das Miteinander. Statt eines autoritären Führungsstils pflegt die VGH eine Kultur des Vertrauens und des partnerschaftlichen Verhältnisses auch zu den Arbeitnehmervertretern. Die Hierarchien im Unternehmen sind flach, es gibt keine Gruppenleiter, die Teams organisieren sich selbst – und das erfolgreich. VGH-Azubis haben in einer Projektarbeit den Grundstein für ihr eigenes Trainee-Programm zur Übernahme einer Vertretung entwickelt. Dafür hat das Unternehmen 2007 und 2008 den Bildungspreis der Deutschen Versicherungswirtschaft erhalten. Innovation und Tradition: Für die VGH ist das kein Widerspruch – es sind zwei Seiten einer Medaille. In dem über alle Führungsebenen angelegten Schiffbauer-Projekt arbeiten die „Steuerleute“ des Unternehmens daran, diese Kultur und Führungsphilosophie kontinuierlich weiterzuentwickeln und sie auf Dauer im Unternehmen zu verankern.

**Strategie:
Die Zukunft beginnt jetzt!**

Um auch künftig vorne zu sein, muss die VGH überdurchschnittlich wettbewerbsfähig bleiben. Oberstes Ziel des Unternehmens ist es daher, die Produktivität stetig zu steigern. Das funktioniert nur mit qualifizierten und motivierten Mitarbeitern. Der Bereich Personal spielt daher eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung der Unternehmensstrategie: Er sorgt für ein anspruchsvolles Umfeld, rekrutiert neue Mitarbeiter, entwickelt vielversprechende

Fit für die Selbstständigkeit: Teilnehmer des preisgekrönten Trainee-Programms „Übernahme einer Vertretung“

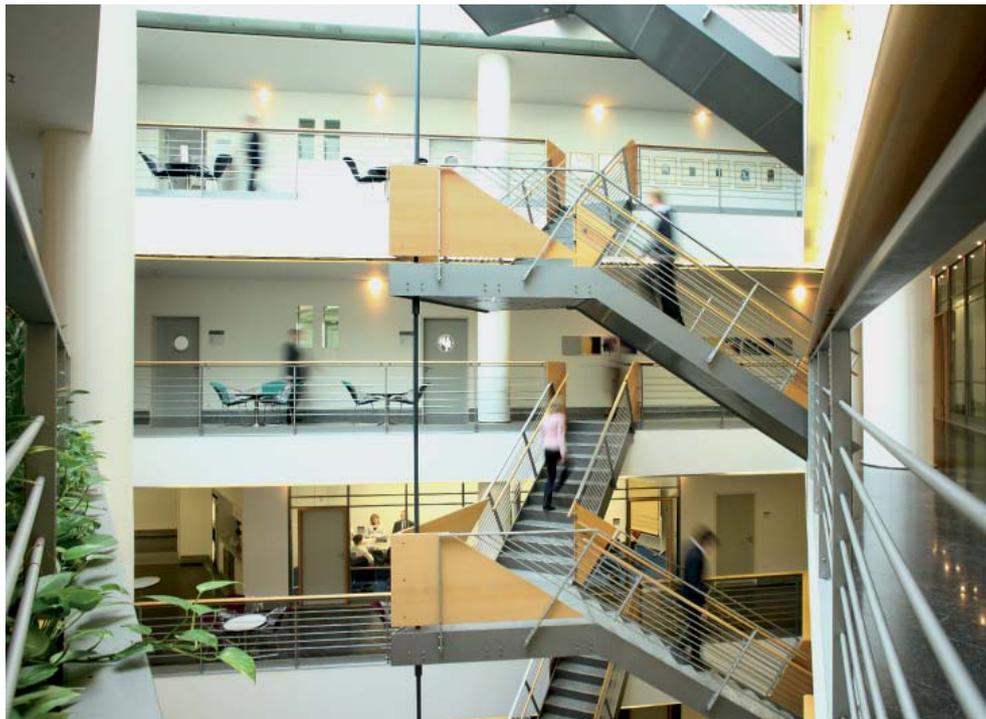


Talente und organisiert eine zielgerichtete Aus- und Weiterbildung. Dabei versteht sich der Personalbereich zugleich als Dienstleister für die Kollegen und als Berater der Führungskräfte und des Vorstands.

In einem immer schnelllebigeren Markt steht die VGH vor großen technologischen und strategischen Herausforderungen: Die Ansprüche an die Mitarbeiter steigen und verändern sich, Strukturen und Abläufe werden überdacht. Insbesondere die Bewältigung des demografischen Wandels ist eine Herkules-Aufgabe, die das Unternehmen – wie alle anderen in Deutschland – zu meistern hat: Bereits innerhalb der nächsten sechs Jahre scheiden altersbedingt zahlreiche Fachkräfte und Wissensträger aus der VGH aus. Bis 2030 wird sich die Zahl der Austritte pro Jahr sogar mehr als verfünffachen. Gleichzeitig schrumpft nach einer Hochrechnung des Statistischen Bundesamtes bis dahin die Zahl der 20- bis 65-Jährigen in Deutschland von rund 50 auf 42,4 Millionen. Das wird den Wettbewerb um kluge Köpfe weiter verschärfen.

Weitsichtiges Handeln ist also mehr denn je gefragt. Damit die VGH auch künftig Versicherer Nummer Eins in Niedersachsen bleibt, gestaltet das Unternehmen bereits jetzt seine personelle Zukunft. Die VGH hat dazu das Projekt „Potenzialerkennung und Nachfolgemanagement“ gestartet. Im Fokus: Fach- und Führungskräfte, Spartenspezialisten und angestellter Außendienst. Sie besetzen die Schlüsselfunktionen des Unternehmens. Personalbereich und Führungskräfte ermitteln schon heute den künftigen Bedarf, erkennen und fördern frühzeitig Potenziale der eigenen Mitarbeiter. Sie suchen junge Talente an den Hochschulen und bilden selbst bedarfsorientiert aus. In Kooperation mit dem Vertrieb sorgen Personaler und Management auch dafür, qualifizierten Nachwuchs für die selbstständigen Vertretungen zu sichern.

Unternehmen in Bewegung – Flexibilität, Ideenreichtum und Kompetenz halten die VGH seit Generationen auf Erfolgskurs



**Ausbildung:
Mehr ist nicht genug**

Als Allspartenversicherer mit eigenem IT-Dienstleister – der ivw – deckt die VGH ein breites Ausbildungsspektrum ab. Neben dem klassischen Kaufmann für Versicherungen und Finanzen / Fachrichtung Versicherung bietet sie auch ein duales Studium an, das die Vorteile von akademischer und praktischer Ausbildung verbindet: Bei den Bachelor-Studiengängen eignen sich die Studenten ihr theoretisches Rüstzeug an der privaten Fachhochschule für die Wirtschaft in Hannover im Studiengang Betriebswirtschaftslehre / Fachrichtung Versicherungswirtschaft oder Wirtschaftsinformatik an. Die Praxisblöcke finden in individuell gewählten Bereichen der VGH statt.

Im Durchschnitt sind rund 200 Azubis in der Ausbildung bei der VGH: in den Vertretungen, den Regionaldirektionen und der Direktion Hannover. Die Ausbildungszahlen des Unternehmens liegen konstant über Bedarf. Dennoch erhalten nahezu alle ausgelernten Azubis einen Anschlussvertrag für mindestens ein Jahr. Die meisten werden in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen – ungewöhnlich für die Branche und ein Beleg dafür, dass die VGH Verantwortung für die Menschen und den Nachwuchs in der Region übernimmt. Grundsätzlich bildet das Unternehmen nur die fähigsten und engagiertesten jungen Leute aus. Deshalb hat es für alle Auszubildenden und Bachelor-Studenten ein besonderes Eignungseinschätzungsverfahren entwickelt. Der Bereich Personal legt vor allem Wert auf Eigenschaften, die sowohl im Innendienst als auch im Vertrieb wichtig sind, wie Kommunikationsfähigkeit, Motivation, Souveränität, Sensibilität sowie Team- und Strukturierungsfähigkeit. Einen Großteil ihrer Ausbildung verbringen die jungen Leute im Außendienst, wo sie das Versicherungshandwerk von der Pike auf lernen.

Der Aufwand lohnt sich: Bei den IHK-Abschlussprüfungen gehören die VGH-Azubis seit Jahren zu den Besten: Im Schnitt erreichen sie 92 Prozent des bestmöglichen Ergebnisses und liegen damit deutlich über dem Durchschnitt von 73 Prozent aller Prüflinge. Ein gemeinsames Mittagessen mit dem Vorstandschef bildet den traditionellen Abschluss der Ausbildung für alle Azubis und Bachelor-Studenten des Unternehmens.

Für ihr innovatives Ausbildungskonzept erhielt die VGH 2007 und 2008 den Bildungspreis der Deutschen Versicherungswirtschaft



Karriere: Aufs Sprungbrett!

Vom Stift zum Chef – bei der VGH ist das nichts Ungewöhnliches. Sie vertraut traditionell auf Eigengewächse. 90 Prozent aller Führungspositionen besetzt die VGH intern. Den größten Wert legt sie deshalb auf eine optimale Qualifizierung ihres Nachwuchses durch fortschrittliche und praxisnahe Entwicklungsprogramme.

Jüngstes Beispiel: das „Sprungbrett“. Seit Januar 2008 setzt die VGH einen Teil der frisch ausgelernten Versicherungskaufleute für zwei Jahre als Springer ein – immer dort, wo gerade Bedarf ist: in Emden oder Hannover, in der Sach- oder in der Unfallsparte. Einsatzort und -bereich wechseln häufig, im Extremfall jeden Monat. Anschließend kennen die Teilnehmer des Programms Unternehmen und Vertriebsgebiet in- und auswendig. Sie sind deshalb für viele Aufgaben geeignet – ein Vorteil bei der Besetzung freier Stellen und ein echtes Karriere-Sprungbrett für die Nachwuchskräfte.

Weiteres Beispiel: Das Trainee-Programm zur Übernahme einer Vertretung. Rund 30 der mehr als 600 selbstständigen Vertretungen sind jedes Jahr neu zu besetzen. Eine zentrale Aufgabe, schließlich sind die Vertreter das Gesicht der VGH zum Kunden. Seit 2007 bereitet das Unternehmen junge Versicherungskaufleute in drei Jahren auf den Schritt in die Selbstständigkeit vor, ohne Existenzdruck und mit der Begleitung von erfahrenen Vertretern und Vertriebsleitern. Das Einmaleins des Versicherungsververtreters erlernen sie in einer festen Partneragentur. Hinzu kommen umfassende Schulungsmaßnahmen durch die VGH und Hospitationen bei weiteren Agenturen sowie bei der Sparkasse Hannover und der LBS. Ein Vorreitermodell für die Nachfolgelösung im Außendienst – nicht nur für die VGH. 2008 wurde das Konzept als beste Entwicklungsmaßnahme mit dem „InnoWard“ ausgezeichnet, dem Bildungspreis der Deutschen Versicherungswirtschaft. Im Vorjahr hatte es bereits den begehrten Preis für die Entwicklung des Konzepts durch Azubis in der Kategorie „Berufliche Erstausbildung“ gegeben.

Kundennähe ist das Markenzeichen der VGH. Die Vertretung am Fußballstadion Hannover ist nur eine von landesweit rund 600



Bei der Besetzung ihrer Vertretungen überlässt die VGH nichts dem Zufall: So veranstaltet sie bereits seit 1996 regelmäßig Assessment-Center, um die besten und geeignetsten Kandidaten für die Leitung der Agenturen zu finden.

Frischen Wind bringen auch junge Akademiker ins Unternehmen: Regelmäßig lernen Studenten in Praktika die VGH kennen oder schreiben hier ihre praxisorientierte Diplomarbeit – und das gegen eine angemessene Bezahlung. Qualifizierten Hochschulabgängern bietet der Versicherer ein 18-monatiges, maßgeschneidertes Trainee-Programm. Dabei lernen die Nachwuchskräfte verschiedene Ressorts kennen und werden mit gezielten Fördermaßnahmen für die angestrebte Position fit gemacht. Absolventen mit einem überdurchschnittlichen Abschluss in Wirtschafts-, Rechts-, Betriebs- und Agrarwissenschaften sowie in Mathematik und Informatik haben zudem die Chance, direkt bei der Schaden- und Personenversicherung, in den Vertrieb oder in den Planungs- oder Controllingstab einzusteigen.

Auch im Kletterwald lernen Azubis, welche Werte der VGH wichtig sind: Vertrauen, Teamgeist und Sicherheit durch gegenseitige Hilfe



Entwicklung: Potenziale wecken

Fortbildung ist bei der VGH nicht nur etwas für die Jungen: Alle Mitarbeiter können auf ein umfassendes Weiterbildungsangebot zugreifen: 250 Seminare allein im vergangenen Jahr – von der Verkaufsschulung bis zu IT- und Kommunikationstrainings, darunter spezielle Veranstaltungen für Innendienstmitarbeiter genauso wie für Außendienstler. Die Resonanz ist groß: Jedes Jahr nehmen rund 2 500 Mitarbeiter die Angebote wahr.

Das Unternehmen fördert ebenfalls externe berufliche Fortbildungen, etwa zum Risiko-Experten, Versicherungsfach- oder Betriebswirt. Schließlich profitiert die VGH von der Eigenmotivation ihrer Mitarbeiter. Sie übernimmt Lehrgangs- und Fortbildungskosten, außerdem gibt es Bildungs- oder Sonderurlaub für Prüfung und vorbereitende Seminare. Die VGH sucht gezielt nach potenziellen Führungskräften im eigenen Haus: In regelmäßigen Potenzialgesprächen machen sich Vorgesetzte und Personaler ein Bild davon, ob ein Mitarbeiter für Führungsaufgaben geeignet ist. Im positiven Fall kann er sich auf freie Stellen bewerben. Verfügt jemand über Potenzial, ist in seiner Entwicklung aber noch nicht weit genug, werden gemeinsam konkrete Ziele und Maßnahmen vereinbart. So kann sich der Chef in spe weiterentwickeln, um zu einem späteren Zeitpunkt die Karriereleiter zu besteigen. Auch angehende Abteilungs- und Regionaldirektoren unterstützt die VGH mit maßgeschneiderten Entwicklungsangeboten auf ihrem Weg nach oben.

Wer einen erwischt, hat gut lachen:
die Plätze in der neuen VGH-Kinder-
krippe sind gefragt



**Arbeitsumfeld:
Wohlfühlfaktor inklusive**

„S-krabbelt“ bei der VGH. Im Oktober 2008 fiel der Startschuss für die gemeinsame Kinderkrippe von VGH, NORD/LB und Sparkasse Hannover. Fachkräfte betreuen dort in verschiedenen Gruppen Kinder im Alter von einem bis zu drei Jahren. Mitarbeiter, die für ihre Kleinen keinen der begehrten Plätze bekommen haben und auf andere Einrichtungen ausweichen müssen, erhalten ein Jahr lang einen monatlichen Zuschuss zu den Betreuungskosten. Darüber hinaus veranstaltet das Unternehmen jedes Jahr eine Sommerferienaktion mit Toben, Basteln und Ausflügen für Mitarbeiter-Kinder. Beispiele, die zeigen, wie groß die VGH Familienfreundlichkeit schreibt: aus Verantwortung für ihre Beschäftigten, aber auch, um Eltern – insbesondere die Mütter – langfristig an das Unternehmen zu binden.

Nicht nur deshalb hat die Hertie-Stiftung die VGH als familienfreundliches Unternehmen ausgezeichnet: Die Mitarbeiter können sich ihre Arbeitszeiten flexibel einteilen. Es gibt Freistellungen für die Betreuung pflegebedürftiger Familienangehöriger. Sonderzahlungen können in Freizeit umgewandelt werden.

Zudem bietet die Gruppe ihren Beschäftigten ein umfassendes und vielseitiges Gesundheits- und Vorsorge-Programm, von der Rückenschule über Entspannungs- und Konzentrationsübungen im hauseigenen Sportraum bis hin zu Kursen für richtige Ernährung. Angebote, die immer wichtiger werden: Das Durchschnittsalter der VGH-Mitarbeiter beträgt 42,9 Jahre – Tendenz steigend.

Familienfreundlichkeit wird bei der VGH groß geschrieben: auch mit Ferienaktionen entlastet das Unternehmen seine Mitarbeiter



Des Weiteren haben Mitarbeiter die Möglichkeit, Lebensarbeitszeitkonten zu führen, in die sie unter anderem Bonifikationen und Sonderzahlungen einbringen. Gegen Ende ihres Arbeitslebens bekommen sie das Geld in Form bezahlter Freistellung ausgezahlt. Auch ein vorzeitiger Ruhestand ist so möglich.

Die klassischen Sozialleistungen, wie Altersteilzeit, Betriebsrente, Urlaubs- und Weihnachtsgeld oder Treueprämie, gehören bei der VGH nach wie vor zum Standard, genauso wie überdurchschnittliche Gehälter. Für das Unternehmen eine Frage der Wertschätzung.

**Ergebnis:
Die Leistung stimmt!**

Jobs mit Aufstiegs- und Entwicklungsmöglichkeiten, ein familienfreundliches Umfeld mit umfassenden Sozialleistungen, Wertschätzung und Vertrauen – die VGH genießt als Arbeitgeber ein hohes Ansehen bei ihren Mitarbeitern. Verlassen will das Unternehmen kaum jemand: Im Schnitt sind die Mitarbeiter fast 16 Jahre im Haus. Die Fluktuationsquote liegt gerade einmal bei 2,5 Prozent und damit deutlich unter der anderer Versicherungen.

Davon profitiert auch das Unternehmen VGH, wie die Spitzenposition im hart umkämpften Versicherungsmarkt Niedersachsen eindrucksvoll belegt. Erfolg, der die Gruppe auch als Arbeitgeber attraktiv macht. Als Marktführer hat sie in Zukunft beste Chancen, die klügsten Köpfe für sich zu gewinnen.



Kim Sander

Kind oder Karriere? Für Kim Sander ist das kein Gegensatz. Die 37-Jährige ist Führungskraft bei der VGH und Mutter eines einjährigen Sohnes.

Morgens geht es für die ganze Familie von Kim Sander zur VGH: Sie ist Abteilungsleiterin Firmenkunden in der Regionaldirektion Hannover, ihr Lebensgefährte selbstständiger VGH-Vertreter und Sohn Keanu eines der ersten Kinder in der neu gegründeten VGH-Kinderkrippe. „Dort einen Platz zu bekommen, war ein absoluter Glücksfall“, sagt Sander, die nach einjähriger Babypause Anfang Februar 2009 in ihren alten Job zurückgekehrt ist. Bei zahlreichen anderen Krippen stand sie mit Keanu auf der Warteliste. Aussicht auf einen Platz: so gut wie hoffnungslos. „Halbtags wollte ich nicht arbeiten“, sagt sie. Die Alternative: eine Tagesmutter. „Eine passende zu finden, wäre allerdings schwierig geworden. Meine Arbeitszeiten sind sehr unterschiedlich, als Führungskraft kann ich nicht immer planen, wann genau es nach Hause geht.“ Die gemeinsame Kinderkrippe von VGH, NORD/LB und Sparkasse Hannover bietet ihr eine flexible Betreuung in der Zeit von 7.30 Uhr bis 18.30 Uhr. Schließzeiten in den Ferien wie bei anderen Einrichtungen gibt es nicht. „So kann ich mir meinen Urlaub dann legen, wenn es von der Arbeit her am besten passt“, sagt Sander. Trotz Vollzeitstelle hat sie einen Wochentag für Keanu reserviert. „Ich habe mein Urlaubs- und Weihnachtsgeld in Freizeit eingetauscht“, sagt die gebürtige Hannoveranerin, „so haben wir jeden Mittwoch für uns.“

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist Sander wichtig. Nach ihrer Versicherungslehre in der VGH-Direktion Anfang der 90er Jahre hatte sie sich bis zur Abteilungsleiterin hochgearbeitet. Das wollte sie nicht aufgeben. „Ich hatte das Ziel, nach der Pause in meiner alten Position weiterzumachen.“ Das familienfreundliche Umfeld bei der VGH erleichtert ihr diesen Schritt. „Die Kinderkrippe und all die anderen Dinge sind keine Selbstverständlichkeit“, sagt Sander. „Wenn ich anderen Müttern davon erzähle, staunen die nicht schlecht.“

Georg Friedrich Händel und die Gründer der späteren VGH waren Zeitgenossen, heute sponsert die Versicherungsgruppe die Internationalen Händel-Festspiele Göttingen



Engagement für Niedersachsen

Engagement: Werte leben

Die VGH übernimmt gesellschaftliche Verantwortung. Seit Generationen lässt sie die Menschen in Niedersachsen an ihrem wirtschaftlichen Erfolg teilhaben und engagiert sich als Sponsor im Sport, in der Kultur und im sozialen Bereich. Im Jahr 2000 rief sie die VGH-Stiftung ins Leben, die sich seitdem auf die Fördergebiete Wissenschaft, Kultur und Mildtätigkeit konzentriert und dabei insbesondere die Jugend unterstützt. Für die VGH zählen bei ihrem Engagement vor allem Fairness, Initiative und Eigenverantwortung. Werte, die auch im Unternehmen gelebt werden.

Sponsoring: Hoch zu Ross

Niedersachsen ist ein Pferdeland. Seit Jahren schon fördert die VGH den Reitsport. Beim internationalen Reitturnier „German Classics“ auf dem Messegelände in Hannover hat die VGH im vergangenen Jahr zum sechsten Mal in Folge den mit 20 000 Euro dotierten „Großen Preis der VGH Versicherungen“ im Springreiten vergeben. Philipp Weißhaupt setzte sich im Stechen gegen sechs Kontrahenten durch. Die mehrfache Olympiasiegerin Isabell Werth gewann die Kür bei den Dressurreitern. Bereits zum 13. Mal unterstützte das Unternehmen den VGH-Cup, eine Turnierserie für Nachwuchsreiter. Die Aktivitäten im Pferdesport rundete der VGH-Renntag ab. 12 000 Besucher kamen im April zur Veranstaltung auf die Neue Bult in Langenhagen – so viele wie noch nie zu einem Saisonauftakt.

Jugendfußball: Fair gewinnt

Traditionell sponsert die VGH gemeinsam mit dem Landesfußballverband Niedersachsen den VGH Fairness-Cup. Mit dem Turnier sollen Nachwuchs-Kicker für faires Verhalten im Sport sensibilisiert werden. Zur Belohnung gibt es für die Jugendteams neue Sportausrüstungen.

Sorgenfrei studieren: Patrice Kunte ist der erste Gewinner des neu konzipierten VGH-Fotopreises



Mehr als 12 000 Besucher sahen am VGH-Renntag auf der Neuen Bult in Langenhagen erstklassigen Pferdesport



**VGH-Fotopreis:
Nachwuchs fördern**

Im Jahr 2008 wurde der Fotopreis der VGH neu konzipiert. Erstmals fand der Wettbewerb ausschließlich unter den Studenten des Fachbereichs Fotografie an der Fachhochschule Hannover statt. Damit konzentriert sich das Unternehmen wie schon in der Stiftung und im Sportsponsoring auf die Nachwuchsförderung. Die Fachhochschule Hannover ist eine Talentschmiede für junge Fotografen und genießt internationales Renommee. Sieger wurde Patrice Kunte mit seiner Foto-Reportage über „Simson – ein Zweirad als Kult“. Der Preis: 10 000 Euro und eine eigene Ausstellung in der VGH galerie.

**Auszeichnung:
Ehrenamt ehren**

In Niedersachsen sind 2,4 Millionen Menschen ehrenamtlich aktiv. Gemeinsam mit der Landesregierung und den Sparkassen unterstützt die VGH seit fünf Jahren ehrenamtliche Initiativen mit dem Wettbewerb „Unbezahlbar und freiwillig“. Die zehn Preisträger stammen aus den Bereichen Kultur, Sport, Kirche und Religion, Umwelt und Soziales. Sie stehen stellvertretend für vergleichbare Initiativen, Vereine und Menschen. Für ihr bürgerschaftliches Engagement erhielten sie jeweils ein Preisgeld von 3 000 Euro. Zu den ausgezeichneten Projekten gehörte auch das Christpostamt in Himmelpforten: Hierhin schicken jedes Jahr 50 000 Kinder aus aller Welt ihre Wünsche für den Weihnachtsmann. 24 Freiwillige aus dem Landkreis Stade antworten ihnen mit liebevoll formulierten Briefen. Den Sonderpreis „Kinder fördern – Orientierung geben“ erhielt die Kinderredaktion „Lollipop“. Das Projekt, das von Kindern für Kinder gemacht wird, ist ein fester Bestandteil im Programm des Lokalradiosenders „Radio aktiv“ in Hameln.

Forschen macht Spaß: Teilnehmer des museumspädagogischen Projektes des Naturmuseums Lüneburg



Ein Ort mit Vergangenheit: das Alte Werk in Melbeck/Emsen



VGH-Stiftung: Den Regionen verpflichtet

Die VGH-Stiftung stärkt mit ihrem Engagement die Regionen des Landes. Dabei fühlt sie sich mehreren Förderbereichen – Wissenschaft, Kultur und Mildtätigkeit – verpflichtet. Gleichwohl will sie durch Schwerpunkte ihr Förderprofil schärfen. Deshalb zieht sich die Vermittlung kultureller Werte an die junge Generation wie ein roter Faden durch die Arbeit der Stiftung und gibt ihr ein unverwechselbares Gesicht. Gemeinsam mit den Regionaldirektionen und den Landschaften unterstützt sie seit ihrer Gründung innovative kulturelle Projekte in Niedersachsen und Bremen.

Museen: Spielend lernen

Sehen, (be)greifen, verstehen – im Museum fällt vielen Kindern das Lernen leichter. Museumspädagogische Projekte sind daher eine wertvolle Bereicherung des klassischen Schulunterrichts. So beschäftigten sich beispielsweise im Naturmuseum Lüneburg Schüler mit dem Für und Wider der Fütterung von Vögeln im Winter: Sie untersuchten verschiedene Futtermischungen auf mögliche schädliche Inhaltsstoffe und recherchierten bei Lieferfirmen, Fachleuten und im Internet. Das Projekt gehörte zu den Preisträgern, die die VGH-Stiftung im vergangenen Jahr mit dem Förderpreis Museumspädagogik auszeichnete – eines von mittlerweile 41 prämierten Vorhaben.

Doch wie erfahren Schulen und Lehrer von solchen Projekten? Bisher war es schwierig, unter der Vielzahl an Angeboten in Niedersachsen und Bremen das passende zu finden. Das soll sich nun ändern: Gemeinsam mit dem Arbeitskreis Museumspädagogik Norddeutschland und dem Museumsverband für Niedersachsen und Bremen unterstützt die VGH-Stiftung die Erstellung eines museumspädagogischen Internetportals. Hier haben Lehrer die Möglichkeit, gezielt zu recherchieren. Seit Februar 2009 können Interessierte auf www.komm-museum.de die Angebote von bis zu 200 Ausstellungshäusern abrufen.

**Aufbruch gelungen: Michael Lentz
bei der Eröffnung des Literaturfestes
Niedersachsen**



**Kunst mit anderen Augen sehen:
junge Teilnehmerinnen des
Kunstvermittlungsprojektes des
Kunstvereins Wolfsburg**



**Kultur:
Kunst vermitteln**

Kulturelle Angebote allein nützen wenig, wenn sie nicht entsprechend vermittelt und pädagogisch begleitet werden. Junge Menschen für bildende Kunst zu begeistern, ist nicht einfach: Die VGH-Stiftung unterstützt deshalb das Kunstvermittlungsprojekt des Kunstvereins Wolfsburg. Gemeinsam mit professionellen Kunstvermittlern entwickelten Lehrer, Schüler und Freiwillige Konzepte für Ausstellungen und Vermittlungsaktionen. Die Gruppe konnte so bei den Jugendlichen das Interesse an moderner Kunst wecken.

**JULIUS-CLUB:
Spaß am Lesen**

Wer liest, ist schlauer. Diese Erfahrung haben mehr als 4 600 Kinder und Jugendliche gemacht, die im Sommer 2008 beim JULIUS-CLUB mitmachten. 2007 hatte die VGH-Stiftung gemeinsam mit der Büchereizentrale Niedersachsen das Leseförderprojekt „Julius – Jugend liest und schreibt“ ins Leben gerufen. In beiden Sommern stürmten die „Julianer“ die teilnehmenden Bibliotheken und nahmen an insgesamt mehr als 300 Aktionen teil.

**Literaturfest:
Aufbruchstimmung**

Das Literaturfest Niedersachsen der VGH-Stiftung hat im vergangenen Jahr an 24 Veranstaltungsorten in Niedersachsen und Bremen zum literarischen „Aufbruch“ eingeladen. Der Auftakt des Festivals fand im Neubau der VGH in Hannover statt. Zwischen rauen Betonflächen und Plastikplanen führte Autor Michael Lentz das Publikum durch die skurrile Welt der literarischen Auf- und Umbrüche. Felix Bernhard berichtete von seinem ganz persönlichen Aufbruch. Der auf den Rollstuhl angewiesene Autor sprach im Kloster Wienhausen bei Celle über seine Erfahrungen als Pilger.

**Geschichte:
Lebendig machen**

Die VGH-Stiftung unterstützt Projekte, die sich in vorbildlicher Weise der Vermittlung regionaler Geschichte widmen. Ein Beispiel: die historische Aufarbeitung des „Alten Werks“ in Melbeck/Embsen bei Lüneburg. Ein Buch erzählt jetzt die Wirtschafts-, Sozial- und Landesgeschichte des ehemaligen Chemiewerks und seiner Umgebung. Forscher haben dafür Zeitzeugen befragt und zahlreiche Baupläne und Quellen gesichtet. Der Stiftung liegt viel daran, ein neues Bewusstsein für die Geschichte Niedersachsens zu schaffen. Schließlich ist die VGH ein Teil dieser Historie.



Sean Phillips

„Machen Sie sich überall unentbehrlich“, hörte Sean Phillips von seinem Ausbildungsleiter. Er tat es. Direkt nach seiner Versicherungslehre erhielt der heute 23-Jährige eine Trainee-Stelle im Vertrieb. Ein Ausbildungsweg, der eigentlich für Hochschulabsolventen gedacht ist.

2004 hatte sich Sean Phillips für Rechtswissenschaften an der Universität Osnabrück eingeschrieben. Doch bald kam der Abiturient aus Georgsmarienhütte zu dem Schluss, erst eine Ausbildung zu machen. „Dann hat man schon bei einem Unternehmen den Fuß in der Tür“, sagt Phillips. Auf die VGH brachte ihn ein Freund, der dort bereits Azubi war. „Er war superzufrieden.“

Im Sommer 2005 startete Phillips bei der Regionaldirektion Osnabrück. Erste Station: eine Vertretung. Bereits nach drei Monaten fuhr er selbstständig zum Kunden und regulierte kleinere Schadenfälle. Nach einem halben Jahr folgte der erste eigene Vertragsabschluss. Auch bei seiner ersten Station im Innendienst durfte er gleich voll einsteigen. Der Orkan Kyrill hatte gerade große Teile Niedersachsens verwüstet. Bei der Schadenregulierung stapelten sich die Anträge. Kurzerhand bekam Phillips eine Auszahlungsvollmacht und bearbeitete eigenständig Fälle. „Wenn man gute Leistungen bringt und sich engagiert, wird das von den Verantwortlichen auch wahrgenommen und unterstützt.“

Nach der Ausbildung wollte er eigentlich wieder an die Uni. „Mein Ziel ist es, vielleicht mal Vertriebs- oder Abteilungsleiter zu werden, und da hilft ein Studium“, erklärt Phillips. Doch die VGH machte ihm ein verlockendes Angebot. Die Beraterin Erstausbildung in Hannover empfahl ihn für eine Trainee-Stelle im Vertrieb. Phillips setzte sich gegen die Konkurrenz von den Hochschulen durch und sagte zu. Seit Sommer 2008 wird er zum Berater für Firmenkunden im angestellten Außendienst ausgebildet. Mit Blick auf die nächste Stufe der Karriereleiter studiert Phillips nun parallel Rechtswissenschaften/Fachrichtung Wirtschaft an der Fern-Uni Hagen.

Brandkassenausschuss (Trägerversammlung) der Landschaftlichen Brandkasse Hannover

D. Horst Hirschler

Landesbischof i. R., Abt zu Loccum,
Präsident der Calenberg-Grubenhagenschen
Landschaft, Rehburg-Loccum, Krs. Nienburg,
Vorsitzender

Friedrich v. Lenthe

Rechtsanwalt und Notar, Landwirt,
Präs. Landschaftsrat, Obergut Lenthe,
Gehrden, Region Hannover,
stellv. Vorsitzender

Volkmar v. Alten

Landschaftsrat, Landwirt, Gut Söderhof,
Söderhof, Krs. Wolfenbüttel

Dr. Ludwig v. Bar

Rechtsanwalt und Notar, Landwirt,
Präsident der Landschaft des
ehem. Fürstentums Osnabrück, Melle

Werner von Behr

Dipl.-Ing. agr., Landwirt,
Präsident der Hoya-Diepholz'schen Landschaft,
Rittergut Hoya, Hoya, Krs. Nienburg,
seit 16. 9. 2008

Andreas Graf v. Bernstorff

Rechtsanwalt, Notar a. D.,
Land- und Ritterschaftssyndikus, Celle

Dr. h. c. Martin Biermann

Oberbürgermeister, Landschaftsrat, Celle

Henning Binnewies

Oberbürgermeister, Goslar

Heinrich Blanke

Bürgermeister a. D., Grasberg,
Krs. Osterholz

Wilken v. Bothmer

Forstassessor, Landwirt,
Präs. Landschaftsrat der Landschaft des vorm.
Fürstentums Lüneburg, Rittergut Bothmer,
Schwarmstedt, Krs. Soltau-Fallingb. Ostel,
seit 28. 3. 2008

Hermann Bröring

Landrat, Präsident der Emsländischen
Landschaft e.V., Meppen

Johann v. d. Decken

Dipl.-Ing. agr., Landwirt, Deckenhausen,
Krummendeich, Krs. Stade

Rainer Fabel

Landwirt, Landschaftsrat, Suhlendorf,
Krs. Uelzen

Dietrich Freiherr v. Hake

Rechtsanwalt und Notar, Landschaftsrat,
Rittergut Ohr, Emmerthal,
Krs. Hameln-Pyrmont

Gebhard Graf v. Hardenberg

Landwirt, Landschaftsrat, Rittergut
Wolbrechtshausen, Krs. Northeim,
seit 1. 1. 2008

Goetz von Hohnhorst

Forstwirt, Präs. Landschaftsrat a. D.,
Hohnhorst, Krs. Celle,
bis 26. 3. 2008

Dieter Hüsemann

Bürgermeister, Landschaftsrat,
Rehburg-Loccum, Krs. Nienburg

August Kappey

Landwirt, Negenborn/Einbeck,
Krs. Northeim

Friedrich Kethorn

Landrat, Nordhorn

Adolf Knölke

Landwirt, Landschaftsrat, Gehrden,
Region Hannover

Lothar Koch

MdL, Landschaftsrat,
Duderstadt, Krs. Göttingen

Horst Lükig

Dipl.-Ing. agr., Landwirt, Landschaftsrat,
Sonnenborstel, Krs. Nienburg

Ulrich Mädge

Oberbürgermeister, Landschaftsrat,
Lüneburg

Joh. Arendt Meyer zu Wehdel

Landwirt, Landschaftsrat, Badbergen,
Krs. Osnabrück

Georg Rahlfs

Kreislandwirt, Landschaftsrat, Adelheidsdorf,
Krs. Celle

Andreas Rieckhof

Bürgermeister, Landschaftsrat, Stade

Hans Heinrich Rohlfing

Landwirtschaftsmeister, Landschaftsrat,
Emmerthal, Krs. Hameln-Pyrmont

Erich Sander

Ing. agr., Landwirt, Nette, Krs. Hildesheim

Dr. Thomas Schulze

Bürgermeister, Diepholz

Friedrich Sieling

Landwirtschaftsmeister, Bürgermeister,
Wietzen, Krs. Nienburg

Reinhard Sliwka

Stadtrat, Sozial- und Kultusdezernent,
Landschaftsrat, Osnabrück

Jürgen Stegemann

Dipl.-Ing. agr., Landwirt, Präsident a. D.
der Hoya-Diepholz'schen Landschaft,
Rittergut Mehringen, Hilgermissen,
Krs. Nienburg, bis 16. 9. 2008

Dr. Hans-Detlev Freiherr v. Stietencron

Rittergut Welsede, Emmerthal,
Krs. Hameln-Pyrmont

Hans-Peter Suermann

Erster Stadtrat, Landschaftsrat, Göttingen

Gerhard Teichmann

Ing. agr., Landwirt, Landschaftsrat,
Gleichen, Krs. Göttingen

Gerhard Walter

Bürgermeister, Herzberg, Krs. Osterode

Stephan Weil

Oberbürgermeister, Landschaftsrat,
Hannover

Beratende Mitglieder

Klaus Brandes

Sparkassendirektor, Vorsitzender
des Vorstands der Kreissparkasse Verden,
Verden

Alwin Brinkmann

Oberbürgermeister, Emden

Klaus-Henning Demuth

Bürgermeister a. D., Bad Pyrmont,
bis 31.1.2008

Dr. Theodor Elster

Landrat, Uelzen

Albert Focke

Landrat, Vechta

Martin Grapentin

Landessparkassendirektor,
Vorsitzender des Vorstands
Landessparkasse zu Oldenburg, Oldenburg

Hans-Heinrich Hahne

Sparkassendirektor,
Vorsitzender des Vorstands
der Sparkasse Schaumburg, Rinteln

Dr. Karl Friedrich Harms

Präsident der Industrie- und Handelskammer
Oldenburg, Oldenburg

Dr. Josef Bernhard Hentschel

Sparkassendirektor, Vorsitzender
des Vorstands der Sparkasse Osnabrück

Thomas Mang

Präsident des Sparkassenverbandes
Niedersachsen, Hannover

Bernhard Reuter

Landrat, Osterode am Harz,
seit 7. 4. 2008

Prof. Dr. Gerd Schwandner

Oberbürgermeister, Oldenburg

Aufsichtsrat der Landschaftlichen Brandkasse Hannover

Ehrevorsitzender

Adolf Freiherr v. Wangenheim

Land- und Forstwirt, Präs. Landschaftsrat a. D.
der Calenberg-Grubenhagenschen
Landschaft, Waake, Krs. Göttingen,
Ehrevorsitzender

Ordentliche Mitglieder

Friedrich v. Lenthe

Rechtsanwalt und Notar, Landwirt,
Präs. Landschaftsrat, Obergut Lenthe,
Gehrden, Region Hannover,
Vorsitzender

Thomas Mang

Präsident des Sparkassenverbandes
Niedersachsen, Hannover,
1. stellv. Vorsitzender

Jochen Berendsohn

Vorsitzender des örtlichen Personalrats der
VGH-Direktion, Hannover,
2. stellv. Vorsitzender

Uwe Allner

Abteilungsleiter der Landschaftlichen
Brandkasse Hannover, Hildesheim

Volkmar v. Alten

Landschaftsrat, Landwirt, Gut Söderhof,
Söderhof, Krs. Wolfenbüttel

Dr. Ludwig v. Bar

Rechtsanwalt und Notar, Landwirt,
Präsident der Landschaft des ehem.
Fürstentums Osnabrück, Melle

Werner von Behr,

Dipl.-Ing. agr., Landwirt,
Präsident der Hoya-Diepholz'schen Landschaft,
Rittergut Hoya, Hoya, Krs. Nienburg,
seit 2. 12. 2008

Hermann Bröring

Landrat, Präsident der Emsländischen
Landschaft e.V., Meppen

Johann v. d. Decken

Dipl.-Ing. agr., Landwirt, Deckenhausen,
Krummendeich, Krs. Stade

Wolfgang Denia

Landesbezirksleiter a. D., Gewerkschaft ver.di,
Hannover

Anja Felstehausen

Gewerkschaftssekretärin,
Gewerkschaft ver.di, Bremen

Gabriele Kasten

Angestellte der Landschaftlichen
Brandkasse Hannover, Hannover,
Ersatzmitglied seit 1. 2. 2008

Horst Lükig

Dipl.-Ing. agr., Landwirt, Landschaftsrat,
Sonnenborstel, Krs. Nienburg

Bernd Meyer

Senator a. D., Verbandsdirektor,
Verband der Wohnungswirtschaft
in Niedersachsen und Bremen e.V., Hannover

Nadine Nebel

Schulungsleiterin der Landschaftlichen
Brandkasse Hannover, Hannover

Georg Rahlfs

Kreislandwirt, Landschaftsrat,
Adelheidsdorf, Krs. Celle

Dr. Manfred Sohn

Angestellter der Landschaftlichen Brandkasse
Hannover, Hannover,
Mandat ruht seit dem 1. 2. 2008

Jürgen Stegemann

Dipl.-Ing. agr., Landwirt, Präsident a. D.
der Hoya-Diepholz'schen Landschaft,
Rittergut Mehringen, Hilgermissen, Krs. Nienburg,
bis 2. 12. 2008

Klaus Treiber

Dipl.-Kfm., Steuerberater,
Wirtschaftsprüfer,
Gehrden, Region Hannover

Stephan Weil

Oberbürgermeister, Landschaftsrat,
Hannover

Stellvertretende Mitglieder

Andreas Graf v. Bernstorff

Rechtsanwalt, Notar a. D.,
Land- und Ritterschaftssyndikus, Celle

Henning Binnewies

Oberbürgermeister, Goslar

Dietrich Freiherr v. Hake

Rechtsanwalt und Notar, Landschaftsrat,
Rittergut Ohr, Emmerthal,
Krs. Hameln-Pyrmont

Dr. Josef Bernhard Hentschel

Sparkassendirektor, Vorsitzender des
Vorstands der Sparkasse Osnabrück,
Osnabrück

Friedrich Kethorn

Landrat, Nordhorn

Adolf Knölke

Landwirt, Landschaftsrat, Gehrden,
Region Hannover

Stephan Ph. Kühne

Dipl.-Kfm., Mitglied des Vorstands der
Deutschen Messe AG, Hannover

Frank-Peter Oppenborn

Geschäftsführender Gesellschafter,
Schlütersche Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG,
Hannover

Andreas Rieckhof

Bürgermeister, Landschaftsrat, Stade

Dr. Thomas Schulze

Bürgermeister, Diepholz

Reinhard Sliwka

Stadtrat, Sozial- und Kultusdezernent,
Landschaftsrat, Osnabrück

Hans-Peter Suermann

Erster Stadtrat, Landschaftsrat, Göttingen

Beratende Mitglieder**Dr. Josef Bernhard Hentschel**

Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands
der Sparkasse Osnabrück, Osnabrück

Werner Hilse

Landwirt, Präsident des Landvolks
Niedersachsen Landesbauernverband e. V.,
Hannover

Prof. Dr. Stefan Homburg

Lehrstuhl Öffentliche Finanzen,
Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover,
Hannover

Stephan Ph. Kühne

Dipl.-Kfm., Mitglied des Vorstands der
Deutschen Messe AG, Hannover

Frank-Peter Oppenborn

Geschäftsführender Gesellschafter,
Schlütersche Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG,
Hannover

Prof. Dr. Gerd Schwandner

Oberbürgermeister, Oldenburg

Fritz Stegen

Präsident der Landwirtschaftskammer
Niedersachsen, Oldenburg

Vorstand und Direktoren der Landschaftlichen Brandkasse Hannover

Vorstand

Dr. Robert Pohlhausen
Vorsitzender

Jochen Herdecke

Hermann Kasten

Thomas Krüger
Verantwortlicher Aktuar

Franz Thole

Thomas Vorholt

Direktoren

Frank Müller-Hübner

Hans-Georg Walther

Trägerversammlung der Provinzial Lebensversicherung Hannover

Friedrich v. Lenthe

Rechtsanwalt und Notar, Landwirt,
Präs. Landschaftsrat, Obergut Lenthe,
Gehrden, Region Hannover,
Vorsitzender bis 31.12.2008,
stellv. Vorsitzender seit 1.1.2009

Hermann Bröring

Landrat, Vorsitzender der Verbandsversammlung
und des Vorstandsvorstands des Sparkassen-
verbandes Niedersachsen, Meppen,
stellv. Vorsitzender bis 31.12.2008,
Vorsitzender seit 1.1.2009

Wilken v. Bothmer

Forstassessor, Landwirt,
Präs. Landschaftsrat der Landschaft des vorm.
Fürstentums Lüneburg, Rittergut Bothmer,
Schwarmstedt, Krs. Soltau-Fallingb.,
seit 7.4.2008

Klaus Brandes

Sparkassendirektor, Vorsitzender des
Vorstands der Kreissparkasse Verden,
Verden

Helene Hofmann

Bürgermeisterin, Bad Sachsa,
Krs. Osterode

Goetz von Hohnhorst

Forstwirt, Präs. Landschaftsrat a. D.,
Hohnhorst, Krs. Celle,
bis 26.3.2008

Friedrich Kethorn

Landrat, Nordhorn

Heinz Lüers

Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands
der Sparkasse Harburg-Buxtehude, Hamburg

Thomas Mang

Präsident des Sparkassenverbandes
Niedersachsen, Hannover

Thomas Pötsch

Dipl.-Ök., Sparkassendirektor,
Vorsitzender des Vorstands der Stadtparkasse
Burgdorf, Burgdorf

Andreas Rieckhof

Bürgermeister, Landschaftsrat, Stade

Erich Sander

Ing. agr., Landwirt, Nette, Krs. Hildesheim

Stephan Weil

Oberbürgermeister, Landschaftsrat,
Hannover

Aufsichtsrat der Provinzial Lebensversicherung Hannover

Friedrich v. Lenthe

Rechtsanwalt und Notar, Landwirt,
Präs. Landschaftsrat, Obergut Lenthe, Gehrden,
Region Hannover, Vorsitzender

Thomas Mang

Präsident des Sparkassenverbandes
Niedersachsen, Hannover, 1. stellv. Vorsitzender

Heinz Wösten

Vorsitzender des Gesamtpersonalrats der VGH,
Hannover, 2. stellv. Vorsitzender

Dr. Ludwig v. Bar

Rechtsanwalt und Notar, Landwirt,
Präsident der Landschaft des
ehem. Fürstentums Osnabrück, Melle

Kai-Uwe Bielefeld

Landrat, Cuxhaven

Dr. h. c. Martin Biermann

Oberbürgermeister, Landschaftsrat, Celle

Henning Binnewies

Oberbürgermeister, Goslar

Johann v. d. Decken

Dipl.-Ing. agr., Landwirt, Deckenhausen,
Krummendeich, Krs. Stade

Heinrich Eggers

Landrat, Nienburg/Weser, bis 31.1.2008

Michael Feldnick

Angestellter der Provinzial Lebensversicherung
Hannover, Hannover

Hans-Peter Fitschen

Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands
der Kreissparkasse Stade, Stade,
bis 31.7.2008

Birgit Harste

Abteilungsleiterin der Provinzial Lebens-
versicherung Hannover, Hannover

Dr. Josef Bernhard Hentschel

Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands
der Sparkasse Osnabrück, Osnabrück

Konrad Huhmann

Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands
der Kreissparkasse Melle, Melle,
bis 30.6.2008

Hauke Jagau

Regionspräsident Hannover, Hannover,
seit 1.1.2009

Achim Japtok

Gebietsleiter der Provinzial Lebensversicherung
Hannover, Hildesheim

Horst Lükling

Dipl.-Ing. agr., Landwirt, Landschaftsrat,
Sonnenborstel, Krs. Nienburg

Christoph Meister

Landesfachbereichsleiter, Gewerkschaft ver.di,
Hannover

Andreas Plate

Angestellter der Provinzial Lebensversicherung
Hannover, Hannover

Dr. Hannes Rehm

Vorsitzender des Vorstands der Norddeutschen
Landesbank Girozentrale, Hannover,
bis 31.12.2008

Ralf Achim Rotsch

Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands
der Kreissparkasse Stade, Stade,
seit 1.8.2008

Christel Schack-Ristau

Gewerkschaftssekretärin, Gewerkschaft ver.di,
Lüneburg

Reinhard Schermann

Landrat, Göttingen,
seit 13.2.2008

Dr. Thomas Schulze

Bürgermeister, Diepholz

Alfons Wüstefeld

Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands
der Sparkasse Duderstadt, Duderstadt,
seit 15.7.2008

Vorstand, Direktoren und Treuhänder der Provinzial Lebensversicherung Hannover

Vorstand

Dr. Robert Pohlhausen
Vorsitzender

Jochen Herdecke

Hermann Kasten

Thomas Krüger
Verantwortlicher Aktuar

Franz Thole

Thomas Vorholt

Direktoren

Frank Müller-Hübner

Hans-Georg Walther

Treuhänder für das Sicherungsvermögen

Dr. Peter Plathe

Hans Peter Tiemann
Stellvertreter

Aufsichtsrat, Vorstand und Prokuristen der Provinzial Krankenversicherung Hannover AG

Aufsichtsrat

Dr. Joseph Schweer
Regierungspräsident a. D., Oldenburg,
Vorsitzender

Günter Distelrath
Verbandsgeschäftsführer des Sparkassen-
verbandes Niedersachsen, Hannover,
stellv. Vorsitzender

Manfred Göddeke
Geschäftsführer i. R.,
Edewecht

Jürgen Hösel
Vorsitzender des Vorstands der
Kreissparkasse Peine,
Peine

Dr. Robert Pohlhausen
Vorsitzender des Vorstands der
Landschaftlichen Brandkasse Hannover,
Hannover

Franz Thole
Mitglied des Vorstands der
Landschaftlichen Brandkasse Hannover,
Hannover

Vorstand

Dr. Ulrich Knemeyer
Vorsitzender

Andreas Dienst

Georg Hake

Prokuristen

Günter Israel

Andreas Möller

Angelika Müller

Volker Pätzold

Jens-Uwe Scherf

Hans-Georg Walther

Treuhänder für das Sicherungsvermögen

Dr. Peter Plathe

Hans Peter Tiemann
Stellvertreter

Sparkassenbeirat der VGH

Günter Distelrath

Verbandsgeschäftsführer des Sparkassenverbandes Niedersachsen, Hannover, Vorsitzender

Ernst-Otto Bahr

Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands der Kreissparkasse Fallingbostel in Walsrode, Walsrode

Dr. Guido Brune

Mitglied des Vorstands der Bremer Landesbank, Bremen

Manfred Driemeier

Sparkassendirektor, Mitglied des Vorstands der Sparkasse Osnabrück, Osnabrück

Hinrich Ernst

Sparkassendirektor, Mitglied des Vorstands der Sparkasse Aurich-Norden in Ostfriesland, Aurich

Ingo Hinrichs

Sparkassendirektor, Mitglied des Vorstands der Sparkasse Emsland, Meppen

Jürgen Hösel

Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands der Kreissparkasse Peine, Peine

Carsten Hüncken

Generalbevollmächtigter, NORD/LB Braunschweig, Braunschweig, seit 7. 4. 2008

Dr. Heinrich Jagau

Sparkassendirektor, stellv. Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Hannover, Hannover

Dirk Köhler

Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg, Uelzen

Wolfgang Lamot

Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Rotenburg-Bremervörde, Zeven

Achim Monzel

Abteilungsleiter beim Sparkassenverband Niedersachsen, Hannover, bis 30. 5. 2008

Ralf Müller

Abteilungsleiter beim Sparkassenverband Niedersachsen, Hannover, seit 2. 12. 2008

Detlef Oetter

Sparkassendirektor, Mitglied des Vorstands der Sparkasse LeerWittmund, Leer, seit 2. 12. 2008

Klaus Rymarczyk

Direktor, Mitglied des Vorstands der LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin – Hannover, Hannover

Wolfgang Schult

Sparkassendirektor, stellv. Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Stade-Altes Land, Stade

Rolf Watermann

Sparkassendirektor, Mitglied des Vorstands der Sparkasse Schaumburg, Rinteln

Helmut Weermann

Sparkassendirektor, Mitglied des Vorstands der Sparkasse Emden, Emden, bis 30. 6. 2008

Ulrich Weiterer

Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Goslar/Harz, Goslar, bis 31. 12. 2008



Jörg Sinner

Am Anfang war alles bloß ein Spiel: Die VGH simulierte mit Studenten der Universität Hannover das Versicherungsgeschäft, und Jörg Sinner schlüpfte in die Rolle des Managers. Heute ist er es tatsächlich: Als Abteilungsleiter Asset Management / Risikocontrolling sorgt er dafür, dass Kundengelder bei der VGH sicher angelegt werden.

Ganz neu war die Versicherungsbranche für Jörg Sinner nicht, als er an dem Planspiel der VGH teilnahm. Vor dem Studium der Wirtschaftswissenschaften hatte der heute 39-Jährige bereits eine Versicherungslehre absolviert. Zudem arbeitete er neben Vorlesungen und Seminaren weiter als Sachbearbeiter bei einem großen hannoverschen Versicherer. Das Planspiel war aber der Türöffner bei der VGH, eine Weichenstellung für seine weitere berufliche Zukunft.

Im Sommer 1997 absolvierte Sinner ein dreimonatiges Praktikum im Personalcontrolling der VGH. „Kaffee habe ich auch gekocht“, scherzt er. „Aber nur, weil ich immer so früh da war.“ Ansonsten kümmerte Sinner sich mit um die Personalplanung. „Ich hatte die Chance, mich zu beweisen“, sagt der gebürtige Hannoveraner. Auch seine Diplomarbeit schrieb er bei der VGH. Für die Zeit danach hatte ihm das Unternehmen bereits eine Trainee-Stelle angeboten. „Der Vertrag war schon unterschrieben“, erinnert sich Sinner. Doch aufgrund seiner besonderen Eignung erhielt er 1999 eine direkte Festanstellung als Spezialist für das Kapitalanlagencontrolling.

Gut fünf Jahre später wurde Sinner Abteilungsleiter, seine erste Führungsposition. 2008 ernannte ihn die VGH zum Abteilungsleiter. „Anfangs musste ich lernen zu delegieren. Das hat eine Zeit lang gedauert.“ Schließlich könne er nicht mehr alles selbst machen, sondern organisieren und führen Menschen. „Das funktioniert aber nur, wenn man den Mitarbeitern vertraut. Die Kollegen sind gut, nur mit Verantwortung ausgestattet werden sie alle ihre Fähigkeiten voll einsetzen. Mit diesem Führungsstil habe ich positive Erfahrungen gemacht.“

Bericht des Vorstands

Wirtschaftliches Umfeld

Die Konjunktorentwicklung wurde im Berichtsjahr 2008 von der sich verschärfenden Finanzkrise geprägt. Nach einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts im ersten Quartal von 1,5 Prozent waren die folgenden Quartale durch sich verschlechternde Wachstumskennziffern geprägt. Nach kräftigen Zuwächsen des realen Bruttoinlandsprodukts von 2,5 Prozent in 2007 ist die Volkswirtschaft im Berichtsjahr um lediglich 1,3 Prozent gewachsen. Die zu Beginn des Jahres noch erwartete Erholung der wirtschaftlichen Lage privater Haushalte, auf die über 80 Prozent der gesamten Versicherungsnachfrage entfallen, ist nicht eingetreten. Der Verdrängungswettbewerb in der Versicherungswirtschaft hält daher an.

Die Entwicklung der Kapitalmärkte war durch die deutliche Verschärfung der internationalen Finanzkrise geprägt, die sich im Herbst 2008 durch den Zusammenbruch des Bankhauses Lehman Brothers bedrohlich zuspitzte. Alle namhaften Industrieländer sahen sich gezwungen, umfangreiche Stützungsmaßnahmen für den Finanzsektor umzusetzen. Hierdurch konnte zwar ein Kollaps verhindert werden, die Vertrauenskrise zwischen den Banken hält jedoch an, da immer noch erhebliche Risiken in den Bilanzen einzelner Banken befürchtet werden. Die daraus resultierende Kreditkrise verstärkt weltweit den konjunkturellen Abwärtstrend.

Im Rentenmarkt blieb diese Entwicklung nicht ohne Auswirkung. Ein Zinsanstieg bis Mitte des Jahres – getrieben durch die Zinsentscheidungen der EZB – ließ die Rendite von 10-jährigen Staatspapieren bis auf 4,7 Prozent steigen. Im zweiten Halbjahr wurden die Zinsen zur Stützung der Konjunktur deutlich abgesenkt. Die Vertrauenskrise im Bankensektor und die Unsicherheiten in der Realwirtschaft führten zu einem Anstieg der Spreads auf Unternehmensanleihen, die Ende Oktober Höchstwerte erreichten.

Die Aktienmärkte waren von den Unsicherheiten noch stärker betroffen. Die Entwicklungen im Bankensektor und die sich verschlechternden Indikatoren der Weltwirtschaft belasteten die Märkte erheblich. Trotz der vielfältigen staatlichen Stützungsmaßnahmen erreichten die Indexstände im Herbst mehrjährige Tiefststände.

Die Beitragseinnahmen der Schaden- und Unfallversicherer in Deutschland lagen im Berichtsjahr mit rund 0,2 Prozent zwar leicht über dem Vorjahr, jedoch deutlich unter der Inflationsrate von 1,1 Prozent. Maßgeblich für die verhaltene Entwicklung sind weiterhin rückläufige Beiträge in der Kraftfahrtversicherung als größte Sparte im Kompositbereich (–2,0 Prozent). Des Weiteren zeigten sich die Beitragseinnahmen in der industriellen Sachversicherung (–0,3 Prozent) und in der Transportversicherung (–1,0 Prozent) rückläufig. Demgegenüber stand eine positive Beitragsentwicklung in der privaten Sachversicherung, die sich vor allem aus dem bedingungsgemäßen Inflationsausgleich ergab. *

* alle Marktdaten laut Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V.

Die Entwicklung der Schadenaufwendungen zeigte sich leicht rückläufig, da außergewöhnliche Großschäden ausgeblieben sind. Allerdings stieg die Schadenbelastung in einzelnen Sparten, vor allem in der Kraftfahrtversicherung. Die Combined Ratio des Gesamtmarkts, berechnet als Summe aus Schaden- und Kostenquote, verbesserte sich nur leicht auf 92 Prozent (Vorjahr: 92,9 Prozent).

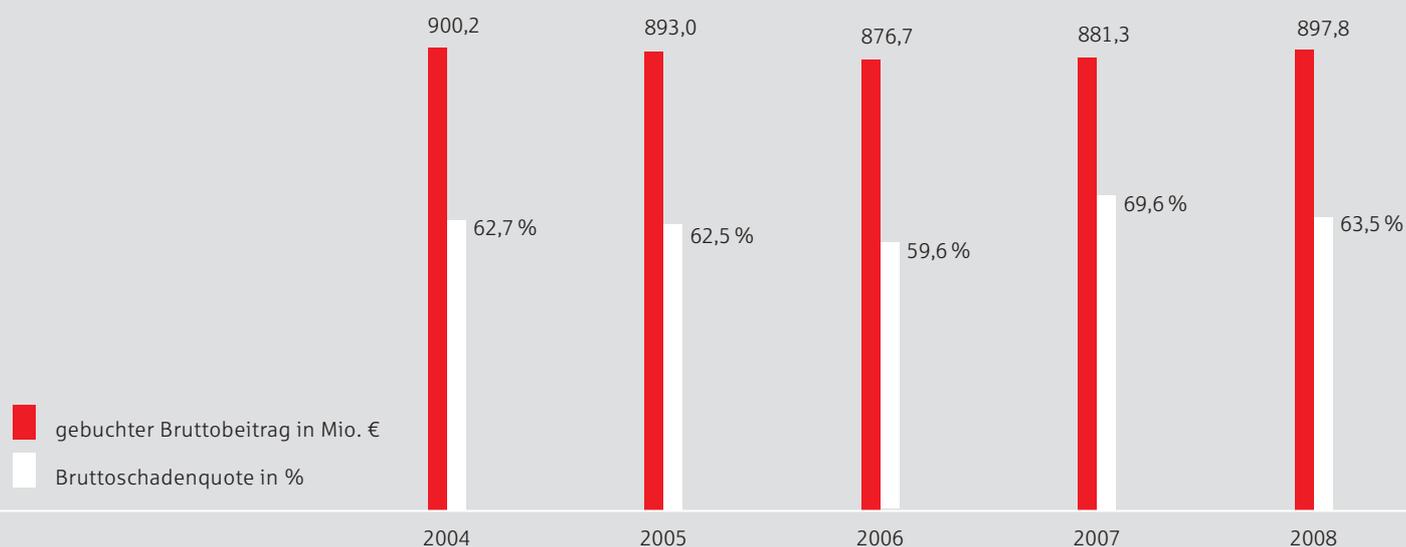
Allgemeiner Geschäftsverlauf

Die gesamten Beitragseinnahmen der Brandkasse stiegen um 1,9 Prozent auf 947,5 Millionen Euro.

Das selbst abgeschlossene Geschäft erreichte ein Beitragsvolumen von 897,8 Millionen Euro und lag mit 1,9 Prozent (Markt: 0,2 Prozent) über dem Vorjahreswert. Der marktweiten Beitragserosion in den Sparten Kraftfahrt und Industrie, konnten wir mit unserer ausgewogenen Preis- und serviceorientierten Vertriebsstrategie erfolgreich begegnen. Zusätzlich wurde die Beitragsentwicklung in der Gebäudeversicherung durch die bedingungsgemäße Anpassung der Prämien an die gestiegenen Baupreise unterstützt.

Die Brutto-Schadenquote nach Abwicklung verringerte sich von 69,6 Prozent auf 63,5 Prozent, da Großschäden und Sturmmassenschäden nur in einem geringen Umfang anfielen. Dem nachhaltigen Verdrängungswettbewerb begegnen wir mit dem kontinuierlichen Ausbau unserer Serviceführerschaft im Innen- und Außendienst. Dazu gehören u. a. Investitionen in die bestehenden Vertriebsstrukturen sowie weitergehende finanzielle Anreize bei einer ganzheitlichen Kundenbetreuung durch unsere Vertriebspartner. Die Kostenquote betrug 23,6 Prozent (Vorjahr: 23,1 Prozent) und liegt mit ca. zwei Prozentpunkten unter dem Marktdurchschnitt.

Entwicklung der Beitragseinnahme und Schadenquote selbst abgeschlossenes Geschäft



Die Combined-Ratio als Summe aus Schaden- und Kostenquote sank um 5,5 Prozentpunkte auf 87,1 Prozent. Damit hebt sich die Brandkasse auch in diesem Jahr deutlich vom Marktdurchschnitt ab, der bei ca. 92 Prozent liegen wird.

Die Entwicklungen auf den Kapitalmärkten haben die Erträge in den Asset-Klassen Aktien, Renten, Corporates und Private Equity deutlich belastet. Das Kapitalanlageergebnis von 27,1 Millionen Euro entspricht einer Nettoverzinsung von 1,1 Prozent (Vorjahr: 3,5 Prozent). Die Brandkasse bilanziert nach dem strengen Niederstwertprinzip. Die stillen Reserven in Kapitalanlagen betragen 8,8 Prozent der gesamten Kapitalanlagen.

Überschussverwendung

Vor Ertragsteuern und Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung verbleibt ein erwirtschafteter Bruttoüberschuss von 56,6 Millionen Euro.

Aufgrund positiver Spartenergebnisse werden wir der Rückstellung für Beitragsrückerstattung 10,0 Millionen Euro zuführen. Das Gesamtergebnis erfordert einen Steueraufwand von 31,6 Millionen Euro. Das Eigenkapital wird durch Zuführung in die Rücklagen um 15,0 Millionen Euro gestärkt.

Beitragsrückerstattung

Im Geschäftsjahr haben wir 20,3 Millionen Euro an unsere Kunden als erfolgsabhängige Beitragsrückgewähr ausgezahlt. Aus dem laufenden Geschäftsergebnis führen wir der Rückstellung für Beitragsrückerstattung 10,0 Millionen Euro zu.

Für ungekündigte Verträge sind für das Jahr 2009 die in der Tabelle aufgezeigten Rückvergütungssätze festgelegt.

Sparte	Rückvergütung	Voraussetzungen
Hausrat*	20 %	Volle Anwendung der Tarife ab VHB 2000
Privat-Haftpflicht*	10 %	Ab dem 1. 1. 1995 gültige Tarife mit 2 556 Tausend Euro Pauschaldeckung oder alle Tarife ab HT 96
Feuer-Landwirtschaft	15 %	empfohlene Brandschutzmaßnahmen akzeptiert

* Weitere Voraussetzung: Vertrag war im Vorjahr schadenfrei

Bewertungen durch Rating-Agenturen

Die Brandkasse hat bei der jährlichen Aktualisierung der Produkt- und Unternehmens-Ratings ihre guten Bewertungen behaupten können. In allen aktuellen Produktrankings des Finanz- und Wirtschaftsdienstes „map-report“ erreichte sie wiederholt die Bestnote „mmm“. Zum neunten Mal in Folge wurde die sehr gute Bewertung für langjährig hervorragende Leistungen in der Autoversicherung bestätigt. Dabei ging die Brandkasse als servicestärkster Versicherer aus dem Vergleich hervor.

Das Beratungsunternehmen MSR Consulting aus Köln bewertet jährlich die Kundenzufriedenheit deutscher Versicherungsunternehmen. Basierend auf einer umfassenden Kundenbefragung wurde der Brandkasse erneut das KUBUS-Gütesiegel „Hervorragend“ verliehen. Insbesondere in den Kategorien Gesamtzufriedenheit, Produktangebot, Betreuungsqualität und Schadenabwicklung überzeugten die Leistungen unseres Unternehmens. Diese Beurteilung wurde durch die Zeitschrift „Auto“ mit einem ersten Platz im Bereich der „Regulierung von Haftpflicht- und Kaskoschäden“ bestätigt.

Das gute Ergebnis „Api“ beim Standard & Poor's-Rating, die höchste zurzeit im Markt vergebene PI-Ratingbewertung, gilt für die Brandkasse weiterhin.

Der Geschäftsverlauf im Einzelnen

Unfallversicherung

In der Allgemeinen Unfallversicherung setzte sich die positive Beitrags- und Bestandsentwicklung der Vorjahre fort. Unsere zielgerichtete Bestandsarbeit führte seit 2004 zu einer kontinuierlich sinkenden Stornoquote. Die Zusatzbeiträge aus den Verträgen mit dynamischer Summenanpassung sowie die seit 2006 vermittelte Unfallversicherung mit garantierter Beitragsrückerstattung haben sich positiv auf das Wachstum ausgewirkt.

Der gebuchte Brutto-Beitrag lag mit 55,7 Millionen Euro zum Jahresende um 2,5 Prozent über dem Vorjahreswert (Markt: 1,0 Prozent). Die Schadenquote stieg auf 46,4 Prozent.

In der Insassenunfallversicherung konnten die Bestandsverluste in der klassischen Insassen-Unfall-Versicherung durch die positiven Effekte aus dem Produkt „VGH Fahrer Plus“ nahezu kompensiert werden. Bei dieser Versicherung erhält der Fahrer mit Ausnahme eines Schmerzensgeldanspruchs einen Versicherungsschutz entsprechend den Haftpflichtansprüchen eines unverschuldet geschädigten Unfallopfers. Der Beitragsrückgang in dieser Sparte betrug lediglich 0,8 Prozent.

Haftpflichtversicherung

Der Preis- und Bedingungs Wettbewerb hielt in der Haftpflichtversicherung unvermindert an. Die Beitragseinnahmen erhöhten sich um 1,6 Prozent (Markt: 0,0 Prozent) auf 102,3 Millionen Euro.

Wachstumsträger war insbesondere die gewerbliche Haftpflichtversicherung. In diesem Segment konnte ein Ausbau des Vertragsbestands von 1,6 Prozent erreicht und die Beitragseinnahme um 5,5 Prozent erhöht werden. Das landwirtschaftliche Haftpflichtgeschäft hat sich erwartungsgemäß leicht rückläufig entwickelt, da der Strukturwandel in der Landwirtschaft die Bestandsentwicklung weiterhin beeinflusst. Durch intensive Bestandsarbeit haben wir unseren traditionell hohen Marktanteil in der Kundengruppe Landwirtschaft auf dem Niveau des Vorjahres halten können. In der Privathaftpflicht ist unser Marktanteil auf 18,5 Prozent leicht angestiegen.

Sanierungsmaßnahmen bei stark schadenbelasteten Verträgen trugen dazu bei, dass sich die Schadensituation weiterhin als günstig zeigt. Die Schadenquote lag bei 46,3 Prozent (Vorjahr: 35,5 Prozent), wobei das Vorjahr durch einmalige Sonderinflüsse positiv beeinflusst war.

Die Rückvergütung in der privaten Haftpflichtversicherung wird fortgeführt.

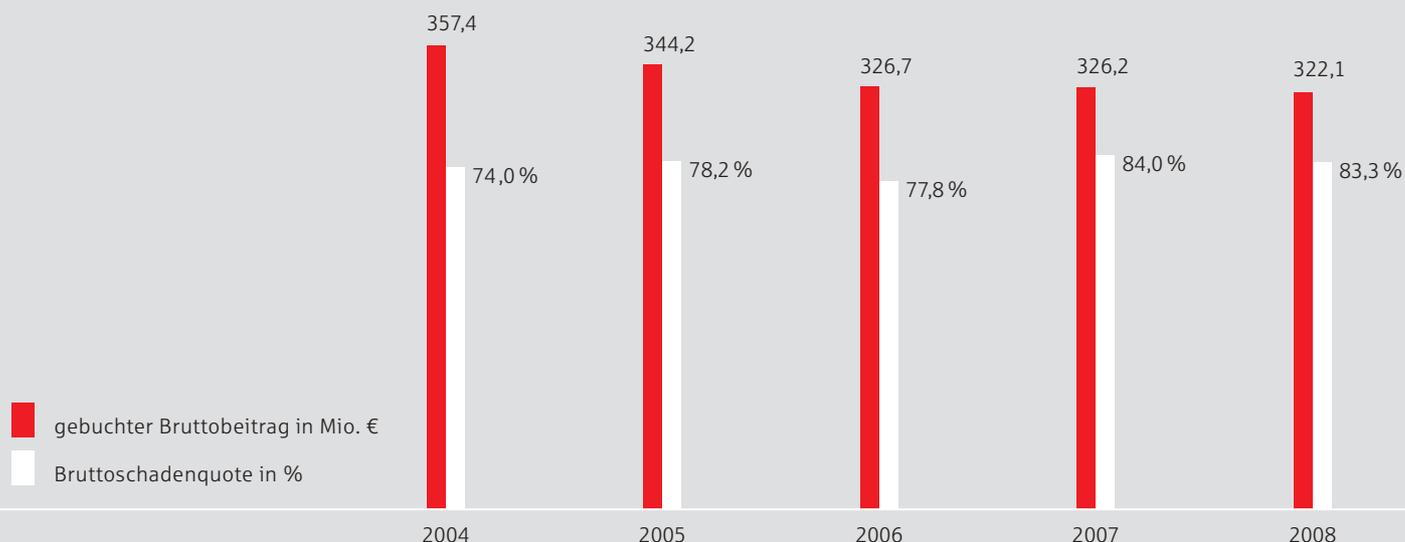
Kraftfahrtversicherung

Aufgrund der wirtschaftlichen Situation war im vierten Quartal 2008 ein deutlicher Rückgang der Pkw-Neuzulassungen zu beobachten. Dadurch lagen die Zulassungszahlen mit 3,09 Millionen noch unter dem niedrigen Wert des Vorjahres (3,15 Millionen). Aufgrund des stetigen Rückgangs der Neuzulassungen in den letzten Jahren herrscht in der Autoversicherung ein anhaltender Verdrängungswettbewerb, der auch in diesem Geschäftsjahr deutlich zu spüren war. Im Markt sind zunehmend Internetanbieter und Zweittarife mit verringertem Leistungsumfang und damit niedrigen Tarifbeiträgen zu beobachten. Infolgedessen ging die Bruttobeitragseinnahme im Markt um 2,0 Prozent zurück. Dies führte insgesamt zu einem negativen Spatenergebnis in der Autoversicherung.

Auf den anhaltenden Wettbewerb hat die Brandkasse mit einem verbesserten Verkaufstarif reagiert, in dem auch ein „Rabattschutz“ im Haftpflicht-Premiumbaustein angeboten wird. Aufgrund des verschärften Wettbewerbs verzeichnete die Brandkasse im Jahreswechselgeschäft 2007/2008 einen Bestandsverlust von rund 5 600 Fahrzeugen. Dies trug zum Rückgang der Beitragseinnahme von 1,2 Prozent (Markt: –2,0 Prozent) bei. Die Schadenquote lag mit 83,3 Prozent auf Vorjahresniveau.

Insgesamt verbleibt entgegen dem Markttrend ein positives technisches Nettoergebnis nach Schwankungsrückstellung von 13,7 Millionen Euro.

Entwicklung der Beitragseinnahme und Schadenquote Kraftfahrtversicherung gesamt



	gebuchte Bruttobeiträge		Brutto-Schadenquote	
	2008 Mio. €	in % zum Vorjahr	2008 %	2007 %
Kraftfahrt-Haftpflicht	192,8	-1,2	85,1	88,6
Kraftfahrt-Vollkasko	101,9	-0,1	85,2	82,4
Kraftfahrt-Teilkasko	27,4	-5,6	64,0	58,6
Kraftfahrt gesamt	322,1	-1,2	83,3	84,0

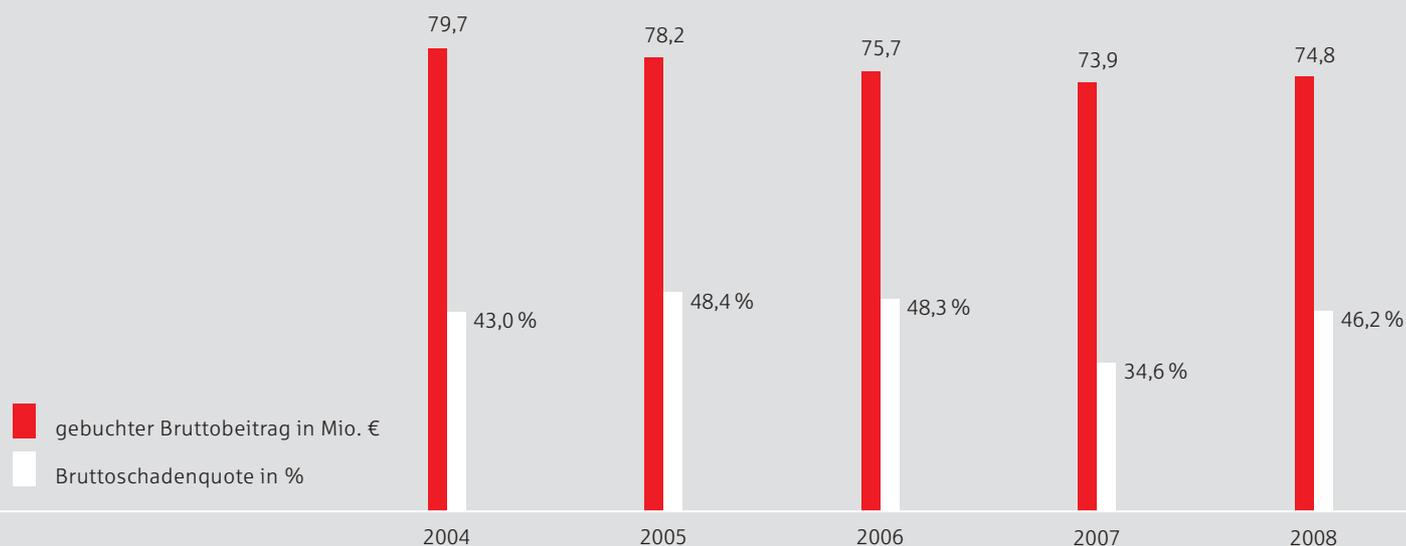
Feuerversicherung

Die Beitragseinnahmen in der Feuerversicherung stiegen um 1,1 Prozent auf 74,8 Millionen Euro. Die Schadenquote betrug 46,2 Prozent (Vorjahr: 34,6 Prozent).

In der industriellen Feuerversicherung konnte trotz des intensiven Wettbewerbs wieder ein Beitragszuwachs erzielt werden. Der Beitrag stieg um 3,7 Prozent auf 7,9 Millionen Euro (Markt: -4,0 Prozent). Die Schadenquote erhöhte sich aufgrund mehrerer Großschäden von 24,5 Prozent im Vorjahr auf 95,8 Prozent.

In der sonstigen Feuerversicherung hat sich der starke Wettbewerb fortgesetzt. Dies wird insbesondere bei den europaweiten Ausschreibungen der niedersächsischen Kommunen deutlich. In dieser Kundengruppe sind daher Marktanteilsverluste zu verzeichnen. Die Beiträge im klassischen Gewerbesgeschäft konnten erneut leicht gesteigert werden. Dies beruht vornehmlich auf einer Indexsteigerung der Beiträge durch gestiegene Baukosten. In der gesamten Teilsparte belief sich die Beitragseinnahme mit 30,5 Millionen Euro auf dem Niveau des Vorjahres.

Entwicklung der Beitragseinnahme und Schadenquote Feuerversicherung gesamt



Der Strukturwandel in der Landwirtschaft hat sich wie erwartet fortgesetzt. Der Verdrängungswettbewerb um die weiterhin wirtschaftenden und in Zukunft wachsenden Betriebe verschärfte sich weiter. Trotz eines leichten Bestandsrückgangs ist der gebuchte Bruttobeitrag um 1,6 Prozent auf 36,4 Millionen Euro gestiegen. Die bedingungsgemäße Indexanpassung aufgrund gestiegener Baukosten unterstützte die positive Entwicklung. Die Umstellung unseres Bestands auf die neuen Tarife und Bedingungen ist sehr erfolgreich verlaufen, so dass 73 Prozent aller Feuerversicherungsverträge derzeit bestandssicher sind. Bei energieerzeugenden Landwirten haben wir durch angepasste Versicherungskonzepte mit umfangreichen Beratungen vor Ort unsere Position gestärkt. Das Spartenergebnis ermöglicht der Rückstellung für Beitragsrückerstattung 5,0 Millionen Euro zuzuführen. Die Rückvergütung an unsere landwirtschaftlichen Kunden wird unverändert fortgeführt.

Verbundene Gebäudeversicherung

Der Wettbewerb in der Gebäudeversicherung und der Rückgang der Neubautätigkeit in unserem Geschäftsgebiet münden in einem stärker werdenden Verdrängungswettbewerb. Im Berichtsjahr erfolgten daher vielfältige Aktionen zur Absicherung und Neuordnung der Bestände sowie zur Verbesserung der Neugeschäftssituation. Durch eine vereinfachte Bearbeitung der Neuordnungen beim Kunden, verstärkten Maßnahmen zur Aktivierung von Bestandskunden und gezielte Nacharbeit von Kündigungen konnte unsere führende Marktposition mit einem Marktanteil von 32 Prozent gehalten werden.

Der Ausbau des Neugeschäfts und die vertraglich vereinbarte Beitragsanpassung aufgrund gestiegener Baukosten führten zu einem Anstieg der Beitragseinnahmen von 6,3 Prozent auf 149,5 Millionen Euro (Markt: 7,0 Prozent).

Die Schadenanzahl und damit auch die Entschädigungsleistung sind durch das Ausbleiben größerer Sturmereignisse deutlich zurückgegangen. Die Schadenquote hat sich von 111,5 Prozent auf 65,5 Prozent verbessert. Die seit mehreren Jahren problematische Entwicklung im Leitungswasserbereich hat sich etwas entschärft. Die eingeleiteten und konsequent umgesetzten Sanierungsmaßnahmen entlasten erstmals den Schadenaufwand gegenüber dem Vorjahr.

Verbundene Hausratversicherung

In der Verbundenen Hausratversicherung setzte sich der Trend zu einem stärkeren Verdrängungswettbewerb fort, da in dieser Sparte marktweit stabile positive versicherungstechnische Ergebnisse erzielt werden können.

Daher haben wir die Vertriebsarbeit durch verstärkte Cross-Selling-Aktivitäten sowie durch Neuordnung und Ausbau des Versicherungsschutzes durch verstärkten Absatz der Premiumprodukte unterstützt. Die eingeleiteten Aktivitäten und die bedingungsgemäßen Summenanpassungen trugen dazu bei, dass wir einen Beitragsanstieg von 2,4 Prozent auf 66,8 Millionen Euro (Markt: 1,0 Prozent) verzeichneten. Die Schadenquote blieb mit 33,7 Prozent unverändert.

An dem guten Spartenergebnis beteiligen wir unsere Kunden und führen der Rückstellung für Beitragsrückerstattung 5,0 Millionen Euro zu.

Sonstige Sachversicherung

Die Sanierungsmaßnahmen in den Sparten Leitungswasser und Einbruchdiebstahl werden fortgeführt, um mittelfristig eine auskömmliche Ergebnissituation in diesen Sparten zu erzielen.

Die technischen Sparten verzeichneten bei starkem Wettbewerbsdruck einen weiteren Beitragsanstieg von 5,0 Prozent. Hier ist insbesondere die Maschinenversicherung mit einem Anstieg von 11,7 Prozent zu nennen.

Die Transportversicherung steigerte entgegen dem Markttrend (– 1,0 Prozent) den Beitrag um 4,9 Prozent. Die Schadensituation war wie im Vorjahr zufriedenstellend.

Der Beitragszuwachs in der Hagelversicherung betrug 30,1 Prozent. Diese historisch einmalige Entwicklung resultierte aus dem Anstieg der Erzeugerpreise, die zum Teil jedoch auf einem spekulativen Marktverhalten begründet waren und zu einer starken Erhöhung der Versicherungssummen je Hektar geführt haben. Drei große lokale Schadenereignisse belasteten die Schadenentwicklung. Die Schadenquote erhöhte sich auf 92,7 Prozent (Vorjahr: 86,6 Prozent).

Entwicklung der sonstigen Sachversicherung

	gebuchte Bruttobeiträge		Brutto-Schadenquote	
	2008 Mio. €	in % zum Vorjahr	2008 %	2007 %
Leitungswasser	17,2	6,6	40,6	75,2
Sturm	17,0	4,8	68,2	155,8
Technische Versicherungen	14,2	5,0	50,0	41,7
Glas	12,4	9,0	54,8	55,9
Einbruchdiebstahl	11,2	– 1,2	57,9	54,8
Hagel	3,8	30,1	92,7	86,6
Transport	3,6	4,9	38,6	18,6

Rechtsschutzversicherung

Die Rechtsschutzversicherung erzielte ein Beitragswachstum aus Bestand und Neugeschäft von 0,8 Prozent (Markt: 1,5 Prozent). Der Vertragsbestand konnte um 0,9 Prozent erhöht werden. Bei einer geringfügig höheren Schadenstückzahl (+ 1,2 Prozent) ist die Schadenquote gegenüber dem Vorjahr (55,8 Prozent) mit 56,3 Prozent leicht gestiegen.

In Rückdeckung übernommenes Geschäft

Die Beitragseinnahme im übernommenen Geschäft betrug 49,7 Millionen Euro (Vorjahr: 48,4 Millionen Euro). Das Geschäft wird in erster Linie mit unseren öffentlich-rechtlichen Verbundpartnern gezeichnet. Trotz der Belastung aus einigen Großschadenereignissen lag die Schadenquote bei 50,9 Prozent (Vorjahr: 69,8 Prozent).

Schadenmanagement

Schadenmanagement bedeutet für die Brandkasse, die Organisation und die Standardisierung bestimmter Ablaufprozesse der Schadenregulierung ständig zu überprüfen und zu verbessern. Anfang 2009 wurde das Schadenmanagementcenter zur Steuerung von Kraftfahrthaftpflicht- und Kaskoneuschäden gegründet. Eine schnelle und unbürokratische Schadenaufnahme, die aktive Steuerung des Schadens sowie eine hohe telefonische Erreichbarkeit werden im Rahmen unseres Schadenmanagements durch sofortige Kontaktaufnahme zu Kunden, Anspruchstellern und Werkstätten erreicht.

Erste Erfahrungen zeigen bereits spürbare Entlastungen beim Telefonaufkommen in den Schadenabteilungen der Regionaldirektionen. Eine hohe Akzeptanz dieses Verfahrens spiegelt sich sowohl in der intensiven Verwendung der in unserem Außendienstsystem hinterlegten elektronischen Schadenanzeige als auch im regen Gebrauch der neuen zentralen Schadenservicenummer durch Vertretungen, Werkstätten und Kunden wider.

Des Weiteren wurde Anfang 2009 die Organisation der eigenen Kfz-Sachverständigen neu geordnet. Die 37 Kfz-Sachverständigen sind in vier Regionalteams über unser Geschäftsgebiet verteilt und werden von der Direktion zentral gesteuert. Sie sind mit modernster Technik für unterwegs und ihren Arbeitsplatz zu Hause ausgestattet, so dass die Beauftragung und die Übersendung der von ihnen erstellten Gutachten und Bilder ohne Medienbrüche auf elektronischem Weg stattfindet.

Die beiden vorgestellten strukturellen Veränderungen sorgen zusammen mit einer Vielzahl weiterer Maßnahmen dafür, dass die Schadenregulierung der Brandkasse ihren Beitrag zu einer konstant hohen Kundenzufriedenheit, reduzierten Kosten und einem nachhaltigen Wettbewerbsvorteil leistet.

Schadenverhütung

Die Schadenverhütung hat bei der Brandkasse traditionell einen sehr hohen Stellenwert. Daher unterstützen wir in vielfältiger Form die Schadenprävention.

Jährlich führen wir annähernd 5 000 Risikoberatungen für unsere Kundengruppen Landwirtschaft, Kommunen und Gewerbe/Industrie durch. Die besonderen Projekte mit den Kundengruppen Kirchen und Kommunen wurden fortgeführt. Zur Brandschutzaufklärung wurde mit dem Brandschutzmobil an 51 Einsatztagen öffentlichkeitswirksam zur Schadenverhütung beigetragen.

Zur Förderung der niedersächsischen Feuerwehren hat sich die Brandkasse an zahlreichen Projekten maßgeblich beteiligt. Die Aktionen „Feuerwehr bewegt“ und „Tag des Rauchmelders“ werden durch die Brandkasse gefördert.

Weiterhin stellten wir für den Bereich Schadenverhütung folgende finanziellen Mittel zur Verfügung:

- 9,7 Millionen Euro Feuerschutzsteuer
- 1,1 Millionen Euro freiwillige Leistungen für gezielte Schadenverhütungsarbeit in der Öffentlichkeit und Einzelberatungen
- 1,5 Millionen Euro für neue zinsgünstige Darlehen an Kommunen zur Förderung des Feuerlöschwesens in Niedersachsen

Kapitalanlagen

Die Finanzmarktkrise hatte im Berichtsjahr die Aktienmärkte weltweit im Griff. Sowohl der europäische Leitindex EuroStoxx50 als auch der deutsche Leitindex DAX30 haben ihre Tiefststände am 21. November 2008 erreicht. Mit rund 2 170 Punkten im EuroStoxx und rund 4 130 Punkten im DAX entsprach dies einem Rückgang um 51 Prozent bzw. 49 Prozent verglichen mit den jeweiligen Jahresendständen des Jahres 2007. Auch für das Jahr 2009 wird aufgrund der schlechten Konjunkturaussichten und der weiterhin herrschenden Unsicherheit im Finanzsektor eine Belastungsprobe für die Aktienmärkte erwartet.

Auch die Rentenmärkte verzeichnen einen deutlichen Anstieg der Volatilität. Die Verzinsung 10-jähriger Staatsanleihen lag von Februar bis Mitte April meistens unter der 4 Prozent Marke, schnellte dann jedoch im Zeitraum zwischen Mai und Juli auf Stände zwischen 4,5 Prozent und 4,7 Prozent hoch. Damit verzeichnete diese Rendite das höchste Niveau seit dem Ausbruch der Subprime-Krise. Die EZB trat den damit verbundenen Inflationsrisiken Anfang Juli noch mit einer Leitzinserhöhung von 4 Prozent auf 4,25 Prozent entgegen. Ende Dezember lag die Verzinsung der 10-jährigen Staatsanleihen aufgrund der Marktentwicklung bei rund 2,9 Prozent.

Trotz des zuletzt allgemein sinkenden Zinsniveaus lassen sich weiter hohe Kreditaufschläge im Bereich des nicht staatlichen Anleihemarkts feststellen. So hat sich beispielsweise das Spreadniveau zwischen 10-jährigen Pfandbriefen und 10-jährigen Staatsanleihen zum Ende des letzten Quartals teilweise auf über 100 Basispunkte ausgeweitet. Diese Entwicklung symbolisiert zum einen das extrem hohe Maß an Unsicherheit, das die Kapitalmärkte gegenwärtig dominiert. Zum anderen macht es deutlich, welche Bedeutung dem Liquiditätsrisiko gegenwärtig zugeschrieben wird.

Diesen Vorgaben des Markts konnte sich die Brandkasse nicht entziehen. Das Kapitalanlageergebnis der Brandkasse lag mit 27,1 Millionen Euro unter dem Vorjahresergebnis von 83,5 Millionen Euro. Die Nettoverzinsung betrug 1,1 Prozent (Vorjahr: 3,5 Prozent). Das ordentliche Ergebnis aus Kapitalanlagen lag bei 95,2 Millionen Euro (Vorjahr: 100,3 Millionen Euro), das übrige Ergebnis aus Kapitalanlagen ergab einen Verlust von 68,2 Millionen Euro (Vorjahr: – 16,8 Millionen Euro). Vom Wahlrecht, nach den Vorschriften des Anlagevermögens zu bewerten, wurde nicht Gebrauch gemacht.

Die Kapitalanlagen sind im Berichtsjahr um 10,5 Prozent auf 2 676,7 Millionen Euro angestiegen. Die Bewertungsreserven der Kapitalanlagen betragen zum Bilanzstichtag 8,8 Prozent.

Der Posten Verbundene Unternehmen und Beteiligungen ist von 456,0 Millionen Euro auf 427,0 Millionen Euro zurückgegangen, da ein Gebäude einer Grundstücksgesellschaft mit einem Buchwert in Höhe von 42,4 Millionen Euro ab 2008 als Direktbestand ausgewiesen wird. Abschreibungen wurden in Höhe von 7,3 Millionen Euro vorgenommen.

In Aktien und Investmentanteile wurden 210,4 Millionen Euro investiert. Im Berichtsjahr wurden Abschreibungen in Höhe von 54,9 Millionen Euro vorgenommen. Abgangsverluste in Höhe von 6,8 Millionen Euro resultierten im Wesentlichen aus der Veräußerung von Investmentanteilen zur Reduzierung der Aktienquote Anfang Oktober. Die durchgerechnete Bruttoaktienquote betrug zum Stichtag 3,7 Prozent auf Buchwertbasis (Vorjahr: 9,0 Prozent), Aktienbestände in den Spezialfonds waren teilweise durch derivative Finanzinstrumente gesichert.

In festverzinsliche Wertpapiere wurden 9,2 Millionen Euro investiert. Durch Abgänge flossen 11,9 Millionen Euro zurück; Wertberichtigungen waren in Höhe von 1,2 Millionen Euro notwendig.

Bei Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen waren Zugänge in Höhe von 356,2 Millionen Euro zu verzeichnen, davon entfielen 3,6 Millionen Euro auf die Aktivierung von Zerozinsertträgen. Getilgt bzw. verkauft wurden 174,3 Millionen Euro.

Nach der vom GDV empfohlenen Berechnungsmethode ergab sich im Berichtsjahr eine laufende Durchschnittsverzinsung der Kapitalanlagen von 3,7 Prozent (Vorjahr: 4,1 Prozent).

Kapitalanlagen

Aufteilung nach Anlagearten

Grundstücke	6,2 %		16,0 %	verbundene Unternehmen und Beteiligungen
Wertpapiere	26,6 %		26,0 %	Namensschuldverschreibungen und Namensgenussscheine
Schuldscheinforderungen	23,4 %		1,8 %	sonstige Kapitalanlagen

Verbundene Unternehmen

Die mit der Brandkasse verbundenen Unternehmen sind in den Anhangsangaben zur Bilanz auf Seite 71 aufgeführt. Nach § 290 HGB besteht die Verpflichtung, einen Konzernabschluss aufzustellen. Die Veröffentlichung des Konzernabschlusses erfolgt nach Aufstellung und Prüfung im elektronischen Bundesanzeiger.

Mitarbeiter

Der Erfolg unseres Unternehmens ist im hohen Maße von der herausragenden Qualität der Mitarbeiter sowie einer ausreichenden Anzahl geeigneter und erfahrener Fach- und Führungskräfte abhängig. Aus diesem Grund wurde das Projekt „Potenzial- und Nachfolgemanagement“ initiiert. Das strategische Nachfolgemanagement in der VGH beinhaltet die regelmäßige Einschätzung möglicher personeller Risiken und Engpässe sowie die Entwicklung und den Einsatz von geeigneten Potenzialbeurteilungs-, Auswahl- und Qualifizierungsmaßnahmen. Derzeit findet eine quantitative und qualitative Bedarfsplanung bei den relevanten Schlüsselfunktionen im Unternehmen statt.

Zum zweiten Mal in Folge wurde die VGH mit dem „InnoWard“, dem Bildungspreis der Deutschen Versicherungswirtschaft ausgezeichnet. In der Kategorie „Personalentwicklung/Qualifizierung“ konnte die VGH unter 15 Teilnehmern, mit dem seit Januar 2007 laufenden Traineeprogramm „Übernahme einer Vertretung“ überzeugen. Besonders hervorgehoben wurde, dass mit diesem stringenten Traineeprogramm innerhalb des Unternehmens ein Schlüssel gefunden wird, der beispielhaft hilft, das Problem der Agenturnachfolge aktiv zu lösen. Wir freuen uns sehr über die Auszeichnung und unterstreichen damit die unternehmenspolitische Entscheidung, den Agentur-Vertriebsweg mittel- und langfristig als entscheidendes Wettbewerbsselement zu fördern.

Die VGH verfolgt weiterhin eine kontinuierliche, umsichtige Stellenentwicklung und bleibt ein attraktiver Arbeitgeber mit vielfältigen Berufschancen. Sie beschäftigt insgesamt 2 247 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und leistet damit als niedersächsisches Unternehmen einen bedeutenden Anteil zur Einkommenserzielung privater und öffentlicher Haushalte in der Region.

Dank des Vorstands

Unser besonderer Dank gilt den hauptberuflichen Vertretungen und Sparkassen sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren großartigen Einsatz und die besonderen Leistungen. Alle haben wesentlich zum Erfolg unserer Unternehmen im Geschäftsjahr 2008 beigetragen. Auch den Personalräten und der Frauenbeauftragten danken wir für die konstruktive Zusammenarbeit.

Risiken der zukünftigen Entwicklung

Das Risikomanagementsystem der Brandkasse ist seit mehreren Jahren etabliert und wird von der Internen Revision in regelmäßigen Abständen einer Prüfung unterzogen.

Die Weiterentwicklung des Risikomanagements war geprägt durch die Vorbereitung auf die neuen Aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen an das Risikomanagement

(MaRisk VA) der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. Wir untergliedern das Gesamtrisiko zurzeit in folgende Kategorien:

- Versicherungstechnisches Risiko
- Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft
- Risiken aus Kapitalanlagen
- Operationelle und sonstige Risiken

Versicherungstechnisches Risiko

Das Prämien-/Schadenrisiko in der Schaden- und Unfallversicherung besteht darin, dass der Umfang der im Vorhinein festgesetzten Prämien nicht ausreicht, um die zukünftigen Schadenaufwendungen abzudecken. Im Rahmen unserer Tarifierungsmodelle, etablierter Zeichnungsrichtlinien sowie der kontinuierlichen Überwachung des Schadenverlaufs passen wir unsere Tarifierungs- und Annahmepolitik zeitnah an erwartete Schadensituationen an.

Als Regionalversicherer mit hohem Marktanteil in der Gebäudeversicherung kommt dem Sturmrisiko eine besondere Bedeutung zu. Wegen des Kumulcharakters kann sich dort ein Schadenereignis erheblich auf die Ertragslage auswirken. Zusammen mit den Rückversicherern errechnen wir regelmäßig einen möglichen Höchstschaten als Basis für die Größenordnung und Struktur des Rückversicherungsprogramms. Über unsere sicherheitsorientierte Rückversicherungspolitik begrenzen wir bei allen versicherungstechnischen Risiken sowohl die maximale Schadenbelastung als auch unerwünschte Schwankungen hinsichtlich größerer Schäden aus einzelnen Policen. Für die stochastische Bewertung des versicherungstechnischen Risikos einschließlich der entsprechenden Rückversicherungsmaßnahmen setzen wir ein Simulations-Tool ein.

Das Reserverisiko aus der Unsicherheit bei der Schadenreservierung wird insbesondere in Sparten mit länger andauernder Regulierung durch laufende Beobachtung der Schadenbestände und Schadenleistungen minimiert. Die Reservequalität wird grundsätzlich für den Gesamtbestand durch umfangreiche interne mathematisch-stochastische Controlling-Verfahren sowie im Großschadenbereich durch externe Gutachter regelmäßig überprüft.

Entwicklung des Schadenrisikos (Gesamtgeschäft)

Jahr	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Schadenquote feR	72,9	68,2	71,7	78,3	66,1	64,7	64,7	62,3	70,6	66,4
Abwicklungsergebnis feR (in % der Eingangsrückstellung)	7,9	7,4	5,7	6,9	5,2	6,3	5,7	5,7	5,9	4,2

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen können generell gegenüber Versicherungsnehmern, Versicherungsvermittlern oder Rückversicherern bestehen.

Gegenüber Versicherungsnehmern begegnet die Brandkasse diesem Risiko mittels eines EDV-gestützten Inkasso- und Mahnwesens. Die Beitragsforderungen gegenüber Versicherungsnehmern betragen zum Bilanzstichtag 22,5 Millionen Euro, hiervon sind 10,9 Millionen Euro älter als 90 Tage. Die gesamten Beitragsforderungen entsprechen 1,4 Prozent der gebuchten Brutto-Beiträge aus dem selbst abgeschlossenen Geschäft.

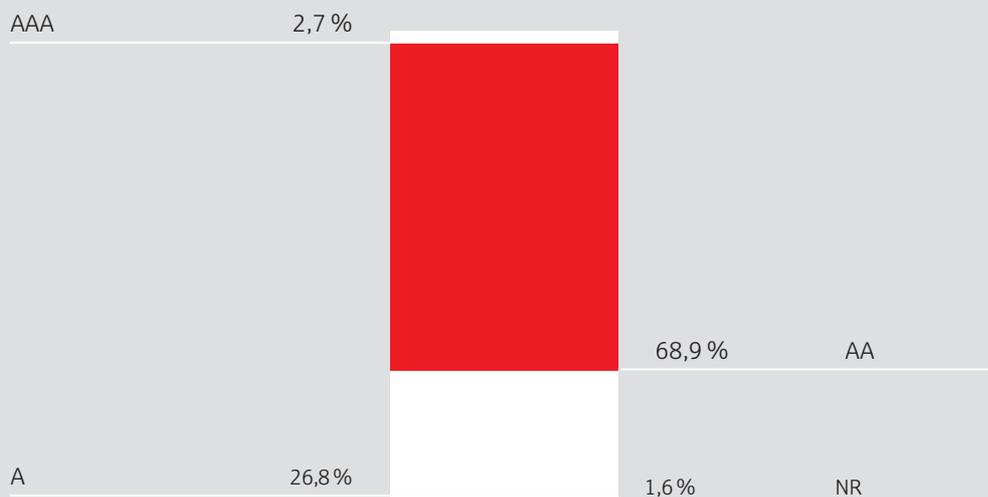
Das Risiko von Forderungsausfällen besteht in der Erstversicherung darüber hinaus gegenüber den Rückversicherern. Die Brandkasse sichert sich gegen einen Forderungsausfall durch eine systematische Auswahl und Diversifikation der Rückversicherungspartner ab.

Die Grafik zeigt die Verteilung der abgegebenen Beiträge aus dem Rückversicherungsgeschäft auf die Rückversicherer gemäß deren Rating nach Standard & Poor's (S&P).

Risiken aus Kapitalanlagen

Die Kapitalanlagen der Brandkasse werden unter strikter Beachtung der gesetzlichen, aufsichtsrechtlichen und innerbetrieblichen Bestimmungen in einem strukturierten Anlageprozess investiert. Das Portfolio der Brandkasse ist global ausgerichtet und vereint die positiven Effekte breiter Diversifikation und hoher Granularität. Durch das Risikomanagement wird eine laufende Überwachung der Kapitalanlagentätigkeit

An Rückversicherer gegebene Rückstellungen zum 31. Dezember 2008 gemäß Ratingklassen nach S&P



insbesondere im Hinblick auf die Marktwerttrisiken sichergestellt. Ziel ist es, die Risiken der Kapitalanlage frühzeitig zu erkennen, zu analysieren und aufzuzeigen, damit notwendige Gegenmaßnahmen eingeleitet werden können. Der Vorstand wird regelmäßig über die aktuelle Risikosituation informiert. Die Risiken aus Kapitalanlagen umfassen im Wesentlichen:

- Preisrisiken bei nachteiligen Veränderungen der Märkte
- Bonitätsrisiken durch den Ausfall eines Emittenten oder Kontrahenten
- Liquiditätsrisiken durch nicht zeitgerechte Liquiditätszu- und -abflüsse

Grundlage des Risikomanagements bilden das vom Vorstand verabschiedete Risikokapital, das festgelegte Anlageuniversum und die Limitsysteme. Das verfügbare Risikokapital wird mindestens einmal jährlich im Rahmen des Planungsprozesses vom Vorstand im Hinblick auf die absolute Höhe und die prozentuale Risikoauslastung beschlossen. Das Risikomanagementsystem misst die aus der eingegangenen Kapitalanlagestrategie resultierenden Risiken und stellt sie dem verfügbaren Risikokapital gegenüber. Die Risikomessung erfolgt auf Basis einer Value-at-Risk-Systematik mit einem Konfidenzniveau von 99 Prozent für verschiedene Haltedauern. Die so ermittelten Risikofaktoren werden unter Berücksichtigung von Korrelationen auf die Risikoexponierung der Kapitalanlagen angewendet. So ist gewährleistet, dass die Auswirkungen ungünstiger Kapitalmarktentwicklungen auf die Finanz- und Ertragslage des aktuellen Kapitalanlagebestands jederzeit beurteilt werden können.

Die Brandkasse verfolgt ein mehrdimensionales Risikosteuerungskonzept mit monatlicher Risikoquantifizierung. Neben der betriebswirtschaftlichen Risikodimension (d. h. im Asset-Liability-Kontext) ist eine rechnungslegungsorientierte (im G+V und Bilanzkontext) und eine aufsichtsrechtliche Betrachtungsweise implementiert.

Im Rahmen der risikoadjustierten Portfoliosteuerung wird auf Basis einer Auslastungsanalyse des verfügbaren Risikokapitals über Risikonahme bzw. Risikoreduktion entschieden. Im Fokus liegt dabei immer der Engpass der drei betrachteten Dimensionen.

Im operativen Risikomanagement können derivative Finanzinstrumente vor allem zur Sicherung von Marktpreisrisiken und zur Steuerung der Aktienquote eingesetzt werden.

Währungsrisiken sind von untergeordneter Bedeutung, da die Vermögensanlage im Wesentlichen in Euro bzw. währungsgesichert getätigt wird.

Bonitätsrisiken der Kontrahenten werden im indirekten Kapitalanlagebestand über Anlagerichtlinien gesteuert. Im Direktbestand wird dem Bonitätsrisiko durch sorgfältige Auswahl und Streuung der Emittenten und eine monatliche kontinuierliche Ratingüberprüfung begegnet.

Der jederzeitigen Erfüllbarkeit aller Zahlungsverpflichtungen wird unterjährig durch eine detaillierte Liquiditätsplanung und -steuerung, die auf Jahresbasis aufsetzt und dann auf Monats- und Tagesbasis heruntergebrochen wird, Rechnung getragen.

Auf Anforderung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht war von allen Versicherungsgesellschaften zum 31. Dezember 2008 ein Stresstest durchzuführen, der vier negative Kapitalmarktszenarien simuliert. Die Ergebnisse zeigen, dass die Brandkasse alle vier Szenarien verkraftet, ohne dass die Risikotragfähigkeit des Unternehmens gefährdet wäre. Freiwillige unterjährige Stresstests fielen ebenfalls ausnahmslos positiv aus.

Ergebnisse des Stresstests

Szenario	Renten – 10 %	Aktien – 16 %	Renten – 5 % Aktien – 12 %	Immobilien – 10 % Aktien – 12 %
Solvabilität nach Stressszenario	661,1 %	639,5 %	637,1 %	623,1 %

Operationelle und sonstige Risiken

Das operationelle Risiko betrifft Risiken, die durch menschliches oder technisches Versagen bzw. durch externe Einflussfaktoren entstehen oder die aus vertraglichen Vereinbarungen oder rechtlichen Rahmenbedingungen resultieren.

Technische Risiken können insbesondere durch eine unzureichende Systemverfügbarkeit sowie den Ausfall technischer Einrichtungen entstehen. Da die wesentlichen Dienstleistungen für EDV-Anwendungen und -Technik auf die ivv – Informationsverarbeitung für Versicherungen GmbH (ivv) übertragen wurden, hat die Brandkasse Rahmenvereinbarungen mit der ivv getroffen, um die EDV-Risiken zu begrenzen. Eine umfassende Sicherheitsstrategie, die u. a. die räumlich getrennte Archivierung wichtiger Daten, redundante Rechnersysteme sowie regelmäßige Notfallübungen beinhaltet, gewährleistet in der ivv die Sicherheit und Funktionsfähigkeit der eingesetzten EDV-Systeme. Eine systematische Revision in Zusammenarbeit mit dem IT-Sicherheitsmanagement sowie interne Kontrollen tragen darüber hinaus zur Sicherheit und Verfügbarkeit der EDV-Anlagen, Daten und Programme bei.

Risikoaspekten im organisatorischen und funktionalen Verwaltungsbereich wird durch das Interne Kontrollsystem begegnet, welches das Fehlerrisiko in den Geschäftsprozessen und das Risiko unternehmensschädigender Handlungen reduziert. Alle Zahlungsströme unterliegen strengen Regelungen hinsichtlich der Vollmachten und Kontrollverfahren. Entsprechende Funktionstrennungen in den Arbeitsabläufen, das Vier-Augen-Prinzip sowie Stichprobenverfahren nach dem Zufallsprinzip minimieren das Risiko unternehmensschädigender Handlungen bei der Erledigung von Geschäftsvorfällen. Die Angemessenheit, Wirksamkeit und Funktionsfähigkeit des Internen Kontrollsystems wird durch die Interne Revision im Rahmen ihrer Prüfungstätigkeit laufend überwacht.

Rechtliche Risiken können insbesondere aus veränderten Rahmenbedingungen resultieren, die durch Gesetzesänderungen oder gerichtliche Entscheidungen bedingt sind. Diese schließen zivil- und handelsrechtliche sowie bilanz- und steuerrechtliche Risiken ein. Diesen Risiken wird durch das rechtzeitige Ergreifen entsprechender Maßnahmen

wie der Begleitung von Vertragsverhandlungen sowie der Überprüfung und Anpassung von bestehenden Verträgen begegnet. Darüber hinaus beobachten wir fortlaufend Änderungen im rechtlichen Umfeld, die unser Unternehmen beeinflussen könnten, und treffen alle erforderlichen und geeigneten Vorkehrungen zur Beherrschung der sich ergebenden Risiken. Insbesondere die Umsetzung des neuen Versicherungsvertragsgesetzes (VVG) bildete den Schwerpunkt der unternehmensübergreifenden rechtlichen Beratung im Berichtsjahr.

Das strategische Risiko ist immer dann von Bedeutung, wenn auf langfristige Entwicklungen reagiert werden muss, das Unternehmen neu ausgerichtet wird oder steigender Wettbewerb bzw. eine sich verändernde Marktstruktur die Unternehmensziele gefährden. Für die Identifikation der strategischen Risiken bilden die strategischen Unternehmensziele eine wichtige Orientierung. Alle strategischen Veränderungen und deren Auswirkung auf Erfolg und Risiko sind Bestandteil des laufenden Überwachungs- und Controlling-Prozesses.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Mit Hilfe des Risikomanagementsystems der Brandkasse sind Risiken, die sich wesentlich oder bestandsgefährdend auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auswirken können, frühzeitig erkennbar. Durch das systematische Erfassen von Veränderungen der Risikopositionen gewährleistet das Risikofrüherkennungssystem, dass den einzelnen Risiken durch geeignete Maßnahmen rechtzeitig begegnet werden kann. Im Ergebnis ist festzustellen, dass gegenwärtig keine Risiken erkennbar sind, die die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Brandkasse nachhaltig oder wesentlich beeinträchtigen.

Grundsätze der Unternehmensstrategie

Unsere Unternehmensstrategie basiert auf den Grundsätzen Unternehmerische Selbstständigkeit, Regionalität, Verbund mit der Sparkassen-Finanzgruppe, Gemeinwohlorientierung sowie Starke Partnerschaften. Um unsere Wettbewerbsfähigkeit durch Produktivitätswachstum nachhaltig zu sichern, haben wir folgende Ziele formuliert:

- Überdurchschnittliche Ertragskraft
- Marktführerschaft
- Enge Kundenbindung und ausgeprägte Kundennähe
- Attraktive Produkte
- Überdurchschnittliche Servicequalität

Wir setzen auf unsere Hauptvertriebswege Vertretungen und Sparkassen mit hohen Serviceleistungen vor Ort. Die Produktpolitik zielt darauf ab, geänderte Kundenbedürfnisse in neue Produkte umzusetzen. Ein verstärkt modulares Vorgehen sichert dabei Schnelligkeit und Flexibilität. Durch eine Optimierung der Geschäftsprozesse lassen sich Kosten gering halten, um unseren Kunden ein gutes Preis-Leistungs-Verhältnis zu bieten. Personalpolitisch setzen wir auf Ziel- und Teamorientierung, Qualifizierung sowie eine vorausschauende Personaleinsatzsteuerung.

Prognosebericht

Der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. rechnet in seiner Vorausschätzung der Geschäftsaussichten der Versicherungswirtschaft 2009 für die Schaden- und Unfallversicherung mit einem stagnierenden Beitragsaufkommen. Die rezessive Konjunktorentwicklung wird sich auch auf die Nachfrage der privaten Haushalte negativ auswirken. Gedämpft wird aber auch die Nachfrage von Seiten des Gewerbes und der Industrie vor dem Hintergrund rückläufiger Umsätze und Investitionen. Zudem bedingt der hohe Grad der Marktdurchdringung in vielen Sparten der Schaden- und Unfallversicherung nur ein begrenztes Mengenwachstum. In der Kraftfahrt- und Industrieversicherung ist für 2009 erneut mit einem Beitragsrückgang aufgrund des heftigen Preiswettbewerbs zu rechnen. Das prognostizierte Beitragswachstum in der privaten Sachversicherung wird maßgeblich von Summen- und Beitragsanpassungen geprägt.

Entgegen der erwarteten rückläufigen Marktentwicklung rechnen wir bei der Brandkasse für 2009 insgesamt mit einem Beitragsanstieg von 0,6 Prozent. Diese Entwicklung wird durch Index- und Beitragsanpassungen in der Sach- und Haftpflichtversicherung unterstützt. Um den Trend rückläufiger Vertragsstückzahlen in der Wohngebäudeversicherung umzukehren, werden die eingeleiteten Maßnahmen in 2009 fortgesetzt. Zur Sicherung der Marktanteile und der Ertragskraft in einem wettbewerbsintensiven Umfeld sind verstärkt vertriebsintensivierende Aktivitäten auch im Firmenkundengeschäft geplant. In der Kraftfahrtversicherung sind trotz umfangreicher Maßnahmen zur Förderung des Jahreswechselgeschäfts sowie des unterjährigen Geschäfts weitere Beitragsverluste zu erwarten.

Die Entwicklung der Kapitalmärkte wird 2009 von der Finanz- und Wirtschaftskrise geprägt sein. Auf Basis dieser Einschätzung gehen wir von einer volatilen Seitwärtsbewegung der Märkte aus. Durch die Reduzierung der Risikopositionen im Herbst 2008 wird ein planmäßiges Anlageergebnis erwartet.

Hannover, den 23. Februar 2009

Der Vorstand

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2008

Aktivseite			2008	2007
	€	€	€	€
A. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände			5 388 854	6 093 403
B. Kapitalanlagen				
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		165 808 189		110 101 254
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	283 459 463			325 134 571
2. Beteiligungen	137 989 783			126 213 774
3. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	5 512 998	426 962 244		4 639 000
III. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	692 682 180			564 105 203
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	18 325 761			22 246 260
3. Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen	10 193 251			11 771 290
4. Sonstige Ausleihungen	1 334 375 292			1 163 597 304
5. Einlagen bei Kreditinstituten	6 000 000			82 082 363
6. Andere Kapitalanlagen	10 008 306	2 071 584 790		8 306
IV. Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft		12 309 409	2 676 664 632	11 841 718
C. Forderungen				
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:				
1. Versicherungsnehmer	12 741 077			15 148 995
2. Versicherungsvermittler	5 782 598	18 523 675		4 374 690
davon: an verbundene Unternehmen 695 364 (452 750) €				
davon: an Beteiligungsunternehmen 150 508 (93 574) €				
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft		7 399 417		8 648 025
davon: an verbundene Unternehmen 0 (0) €				
davon: an Beteiligungsunternehmen 0 (267 479) €				
III. Sonstige Forderungen		7 251 476	33 174 568	18 449 181
davon: an verbundene Unternehmen 3 343 779 (9 231 160) €				
davon: an Beteiligungsunternehmen 200 879 (114 592) €				
D. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Sachanlagen und Vorräte		7 507 545		6 641 550
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		29 306 791		17 951 088
III. Andere Vermögensgegenstände		2 904 515	39 718 851	17 125 388
E. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		25 262 136		23 049 893
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		17 828 910	43 091 046	14 895 286
Summe der Aktivseite			2 798 037 951	2 554 118 542

Passivseite	2008			2007
	€	€	€	€
A. Eigenkapital				
I. Stammkapital		20 000 000		20 000 000
II. Gewinnrücklagen				
1. Satzungsmäßige Rücklage	2 000 000			2 000 000
2. Rücklage für außergewöhnliche Risiken	55 000 000			55 000 000
3. Rücklage für Sturmrisiken	35 000 000			35 000 000
4. Andere Gewinnrücklagen	621 000 000	713 000 000	733 000 000	606 000 000
B. Sonderposten mit Rücklageanteil			45 802 659	42 887 996
C. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	162 178 082			159 622 185
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	16 918 905	145 259 177		16 377 094
II. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	15 449 441			12 453 955
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0	15 449 441		0
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	1 036 639 565			1 017 398 204
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	231 946 444	804 693 121		233 535 988
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung				
1. Bruttobetrag	76 264 448			86 416 417
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0	76 264 448		0
V. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen		187 837 636		186 538 958
VI. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag	79 137 704			73 755 006
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	-1 473 384	80 611 088	1 310 114 911	-1 234 482
D. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		331 352 383		321 366 201
II. Steuerrückstellungen		38 537 890		30 597 561
III. Sonstige Rückstellungen		84 091 821	453 982 094	76 831 970
E. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft			0	0
Übertrag:			2 542 899 664	2 477 189 853

			2008	2007
	€	€	€	€
Übertrag:			2 542 899 664	2 477 189 853
F. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber:				
1. Versicherungsnehmern	42 446 025			37 706 087
2. Versicherungsvermittlern	3 771 809	46 217 834		4 118 672
davon: gegenüber verbundenen Unternehmen 171 175 (132 232) €				
davon: gegenüber Beteiligungsunternehmen 39 973 (20 683) €				
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		5 329 902		3 806 875
davon: gegenüber verbundenen Unternehmen 1 867 516 (2 689 792) €				
davon: gegenüber Beteiligungsunternehmen 412 642 (0) €				
III. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		0		0
IV. Sonstige Verbindlichkeiten		200 982 535	252 530 271	29 768 445
davon: aus Steuern 9 059 317 (9 293 184) €				
davon: im Rahmen der sozialen Sicherheit 1 015 263 (1 113 864) €				
davon: gegenüber verbundenen Unternehmen 175 921 699 (9 921 334) €				
davon: gegenüber Beteiligungsunternehmen 34 (0) €				
G. Rechnungsabgrenzungsposten			2 608 016	1 528 610
Summe der Passivseite			2 798 037 951	2 554 118 542

Bestätigung gemäß AktuarV:

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten C II 1 der Passiva und die unter dem Posten C III 1 der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung der §§ 34 f und 341 g HGB sowie der aufgrund des § 65 Abs.1 VAG erlassenen Rechtsverordnungen berechnet worden ist; Altbestand im Sinne des § 11 c VAG ist nicht vorhanden.

Hannover, den 23. Februar 2009

Krüger

Verantwortlicher Aktuar

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2008

	2008			2007
	€	€	€	€
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	947 529 559			929 720 222
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	- 132 049 447	815 480 112		- 127 118 953
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	- 2 555 897			- 1 643 603
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	541 811	- 2 014 086	813 466 026	444 873
2. Technischer Zinsertrag feR			4 273 142	4 317 959
3. Sonstige versicherungstechnische Erträge feR			853 725	787 391
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle feR				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	- 575 587 433			- 639 065 446
bb) Anteil der Rückversicherer	55 470 891	- 520 116 542		82 548 888
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	- 18 582 217			- 7 238 864
bb) Anteil der Rückversicherer	- 1 589 544	- 20 171 761	- 540 288 303	- 2 223 459
5. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
a) Netto-Deckungsrückstellung		- 2 995 486		- 1 150 891
b) Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen		- 5 600 113	- 8 595 599	- 3 945 269
6. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen feR			- 11 106 387	- 31 125 031
7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb feR				
a) Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb		- 227 764 513		- 220 363 414
b) davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		39 670 624	- 188 093 889	38 699 682
8. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen feR			- 8 293 699	- 8 095 285
9. Zwischensumme			62 215 016	14 548 800
10. Veränderung der Schwankungsrückstellung und ähnlicher Rückstellungen			- 1 298 678	209 414
11. Versicherungstechnisches Ergebnis feR			60 916 338	14 758 214
Übertrag:			60 916 338	14 758 214

	2008		2007
	€	€	€
Übertrag:			60 916 338
			14 758 214
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung			
1. Erträge aus Kapitalanlagen			
a) Erträge aus Beteiligungen	9 992 579		22 997 661
davon: aus verbundenen Unternehmen 765 077 (1 685 831) €			
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	99 365 937		91 451 625
davon: aus verbundenen Unternehmen 0 (0) €			
c) Erträge aus Zuschreibungen	50 500		300 963
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	7 729 216		33 957 153
e) Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen	5 330		2 992
f) Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens mit Rücklageanteil	590 965	117 734 527	482 873
2. Aufwendungen für Kapitalanlagen			
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zins- und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	- 8 150 169		- 9 250 033
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	- 72 068 677		- 13 645 764
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	- 6 947 881		- 8 733 200
d) Einstellungen in den Sonderposten mit Rücklageanteil	- 3 505 628	- 90 672 355	- 34 053 073
		27 062 172	83 511 197
3. Technischer Zinsertrag		- 4 273 142	22 789 030
4. Sonstige Erträge		16 537 590	18 003 156
5. Sonstige Aufwendungen		- 53 166 203	- 36 628 613
6. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			47 076 755
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		- 31 603 199	- 22 893 174
8. Sonstige Steuern		- 473 556	- 32 076 755
9. Jahresüberschuss			15 000 000
10. Einstellungen in andere Gewinnrücklagen			- 15 000 000
11. Bilanzgewinn			0

Übrige Angaben

Versicherungsweige und Versicherungsarten

Lebensversicherung¹⁾
Krankenversicherung¹⁾
Unfallversicherung ohne Beitragsrückgewähr
Unfallversicherung mit Beitragsrückgewähr
Haftpflichtversicherung
Kraftfahrtversicherung
Luftfahrtversicherung
Rechtsschutzversicherung
Feuerversicherung
Einbruchdiebstahl- und Raubversicherung
Leitungswasserversicherung
Glasversicherung
Sturmversicherung
Verbundene Hausratversicherung
Verbundene Wohngebäudeversicherung
Hagelversicherung
Tierversicherung¹⁾
Technische Versicherungen
Einheitsversicherung
Transportversicherung
Kredit- und Kautionsversicherung¹⁾
Versicherung zusätzlicher Gefahren zur Feuer- bzw. Feuer-Betriebsunterbrechungs-Versicherung (Extended Coverage-Versicherung)
Betriebsunterbrechungs-Versicherung
Beistandsleistungsversicherung
Luft- und Raumfahrzeug-Haftpflichtversicherung

Sonstige Schadenversicherung
Ausstellungsversicherung
Garderobenversicherung
Jagd- und Sportwaffenversicherung
Musikinstrumentenversicherung
Fotoapparateversicherung
Kühlgüterversicherung
Warenversicherung in Tiefkühlanlagen
Atomanlagen-Sachversicherung
Automatenversicherung
Reisegepäckversicherung
Valorenversicherung (privat)
Campingversicherung
Schlüsselverlustversicherung
Mietverlustversicherung
Tank- und Fassleckageversicherung
Filmtheater-Einheitsversicherung
Vertrauensschadenversicherung
Inhaltsversicherung für Geschäfte und Betriebe

¹⁾ Diese Versicherungsweige werden nur im übernommenen Geschäft betrieben.

Anhang

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

- A. Immaterielle Vermögensgegenstände** Die Bewertung der immateriellen Vermögensgegenstände erfolgt mit den Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer. Ein erworbener Versicherungsbestand wird entsprechend der erwarteten Bestandshaltedauer abgeschrieben.
- B. Kapitalanlagen**
- Grundstücke werden mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um die steuerlich zulässigen linearen und degressiven Abschreibungen, ausgewiesen. Sonderabschreibungen nach § 6 b EStG und auf den niedrigeren beizulegenden Wert werden vorgenommen.
- Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sind mit Anschaffungskosten oder mit dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet. Der Bilanzwert der Personengesellschaften ergibt sich aus dem erworbenen Kapitalanteil zuzüglich Kapitalaufstockungen abzüglich eventueller Kapitalrückflüsse.
- Aktien, Investmentanteile, Inhaberschuldverschreibungen, andere festverzinsliche Wertpapiere und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sind mit dem Börsen- oder Marktpreis, höchstens mit den Anschaffungskosten bewertet; das Wertaufholungsgebot wird beachtet.
- Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen, Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen, Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, sowie übrige Ausleihungen und andere Kapitalanlagen sind grundsätzlich in Höhe der noch nicht getilgten Rückzahlungsbeträge aktiviert. Agio- und Disagiobeträge werden durch aktive oder passive Rechnungsabgrenzung kapitalanteilig auf die Laufzeit verteilt. Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sowie übrige Ausleihungen sind teilweise zu Anschaffungskosten bewertet.
- Einlagen bei Kreditinstituten und Depotforderungen sind mit dem Nennbetrag ausgewiesen.
- Depotforderungen sind nach den Berechnungsgrundlagen der Rückversicherungsverträge ermittelt.
- C. Forderungen** Forderungen werden mit dem Nennwert angesetzt. Notwendige Abschreibungen und Wertberichtigungen werden vorgenommen.

D. Sonstige Vermögensgegenstände

Der Bilanzansatz der Sachanlagen und Vorräte sowie der anderen Vermögensgegenstände erfolgt mit den Anschaffungskosten, vermindert um die steuerlich zulässige Absetzung für Abnutzung.

Der Ausweis der laufenden Guthaben bei Kreditinstituten, der Schecks und des Kassenbestands erfolgt mit dem Nennbetrag.

B. Sonderposten mit Rücklageanteil

Dieser Posten wird, soweit steuerlich zulässig, auch in der Handelsbilanz gebildet.

C. Versicherungstechnische Rückstellungen

Die Beitragsüberträge für das selbst abgeschlossene Geschäft werden je Versicherungsvertrag und unter Beachtung der aufsichtsbehördlichen Vorschriften pro rata temporis ermittelt. Die nicht übertragungsfähigen Kostenbestandteile werden abgesetzt. Die Anteile für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft entsprechen den Rückversicherungsverträgen. Für das in Rückdeckung übernommene Geschäft werden die Aufgaben der Zedenten angesetzt. Der koordinierte Ländererlass vom 9. 3. 1973 wird berücksichtigt.

Die Deckungsrückstellung im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft wird für jeden einzelnen Vertrag nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet. Für das in Rückdeckung übernommene Versicherungsgeschäft sind die Rückstellungen nach den Aufgaben der Vorversicherer eingestellt oder geschätzt. In einem Fall erfolgt eine zeitversetzte Bilanzierung.

Die Ermittlung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle erfolgt für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft individuell je Schadenfall. Die Rückstellung für noch nicht gemeldete Spätschäden ist nach den Erfahrungen der Vorjahre angemessen geschätzt und hinzugesetzt worden. Für noch nicht abgewickelte Schäden der Sparte Rechtsschutz aus den Ereignisjahren 2004 und später wird die Rückstellung aufgrund eines statistischen Verfahrens pauschal ermittelt.

Die Berechnung der noch zu erwartenden Schadenregulierungsaufwendungen erfolgt nach dem koordinierten Ländererlass vom 22. 2. 1973.

Zweifelsfrei zu erwartende Erträge aus Regressen, Provenues und Teilungsabkommen werden abgesetzt.

Die Rentendeckungsrückstellung ist nach versicherungsmathematischen Grundsätzen bei erstmaliger Bildung bis zum 30. 6. 2000 mit 4 Prozent, ab 1. 7. 2000 mit 3,25 Prozent, ab 1. 1. 2004 mit 2,75 Prozent und ab 1. 1. 2007 mit 2,25 Prozent diskontiert. Als Ausschneideordnung wird die Sterbetafel DAV 2006 HUR angesetzt.

Die Berechnung der Deckungsrückstellung für die Unfallversicherung mit garantierter Beitragsrückgewähr erfolgt auf Basis der Sterbetafel DAV 1994 T und einem Rechnungszins von 2,75 Prozent, für Neuverträge ab 1. 1. 2007 2,25 Prozent. Die von uns eingesetzten biometrischen Rechnungsgrundlagen sind von der DAV hergeleitet worden und tragen den Erfordernissen des AGG Rechnung. Nähere Hinweise über die Herleitung dieser biometrischen Rechnungsgrundlagen finden sich in den Blättern der Deutschen Gesellschaft für Versicherungs- und Finanzmathematik e.V. (DGVMF), zu beziehen über den Springer Verlag Berlin/Heidelberg (www.springerlink.com). Weitere, nicht in den Blättern des DGVMF veröffentlichte Hinweise, finden sich unter www.aktuar.de (Veröffentlichungen/Sonstige).

Für das in Rückdeckung übernommene Versicherungsgeschäft sind die Rückstellungen nach den Aufgaben der Zedenten eingestellt oder geschätzt.

Die Anteile für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft werden in vertragsmäßiger Höhe berücksichtigt.

Sowohl für das selbst abgeschlossene als auch für das übernommene Geschäft werden die Schwankungsrückstellungen, die Rückstellungen für die Produkthaftpflicht-Versicherungen von Pharmarisiken (Pharmarückstellungen), die Atomanlagenrückstellungen und die Rückstellung für Terrorrisiken nach den entsprechenden Vorschriften des HGB und der RechVersV ermittelt.

Über die nach diesen Vorschriften ermittelten Beträge hinaus erfolgt eine weitere Aufstockung der Schwankungsrückstellung für Sturm- und Elementarrisiken, die unter den sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen ausgewiesen wird.

Die Stornorückstellung für zu erwartende Beitragsausfälle ist aufgrund von Erfahrungswerten der Vergangenheit berechnet.

Die Rückstellung für unverbrauchte Beiträge aus ruhenden Kraftfahrtversicherungen ist individuell in Höhe der je Vertrag errechneten anteiligen Beiträge zwischen Stilllegungstermin und nächster Fälligkeit gebildet.

Die Rückstellung aufgrund der Verpflichtungen aus der Mitgliedschaft zur Verkehrsofperhilfe e.V. wird gemäß der Angabe des Vereins gebildet.

Die Höhe der Rückstellung für noch nicht verdiente Gewinnanteile aus abgegebenem und übernommenem Rückversicherungsgeschäft ergibt sich aus den Rückversicherungsverträgen.

In einer Sparte wird in Höhe der erwarteten Verluste eine Rückstellung für drohende Verluste gebildet.

D. Andere Rückstellungen

Die Berechnung der Pensionsrückstellung erfolgt nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren in Anlehnung an IAS 19 unter Berücksichtigung der „Richttafeln 2005 G“ von Dr. Klaus Heubeck mit einem Rechnungszins von 4,5 Prozent. Künftige Gehalts- und Rentenanpassungen sind mit 2,5 Prozent, 2,0 bzw. 1,0 Prozent p. a. berücksichtigt.

Pensionsrückstellungen für Zusagen aus Gehaltsverzicht werden in Höhe der Aktivwerte der abgeschlossenen Rückdeckungsversicherungen bilanziert.

Die Rückstellungen für Vorruhestand (im Vorjahr) und Altersteilzeit werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mit einem Zinssatz von 6 Prozent berechnet. Die Rückstellung für Altersteilzeit umfasst den Aufstockungsbetrag, den Erfüllungsrückstand und die Kapitalzahlungen zum Ausgleich von Abschlägen in der gesetzlichen Rentenversicherung. Verbindlich feststehende Vorruhestands- und Altersteilzeitvereinbarungen werden mit dem vollen Teilwert bzw. Barwert, noch nicht feststehende Fälle werden in Höhe der wahrscheinlichen Inanspruchnahme bilanziert. Der Berechnung beider Rückstellungen liegen die „Richttafeln 2005 G“ von Dr. Klaus Heubeck zugrunde.

Die Rückstellung für Mitarbeiterjubiläen wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Berücksichtigung eines Zinssatzes von 5,5 Prozent berechnet. Der Berechnung der Rückstellung liegen die „Richttafeln 2005 G“ von Dr. Klaus Heubeck zugrunde.

Die Rückstellung für Ausgleichsansprüche nach § 89 b HGB ist mit dem Barwert der künftigen Verpflichtungen unter Berücksichtigung von Fluktuationsabschlägen bewertet worden. Der Zinssatz beträgt 5,0 Prozent.

Die Rückstellung für Beihilfeverpflichtungen wird versicherungsmathematisch unter Berücksichtigung der durchschnittlichen Beihilfezahlungen der Vorjahre ermittelt.

Alle übrigen Rückstellungen tragen den erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten angemessen Rechnung. Sie sind in der Höhe gebildet, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

F. Andere Verbindlichkeiten

Der Ansatz erfolgt grundsätzlich mit dem Rückzahlungsbetrag. In einem Fall erfolgt eine Abzinsung unter Anwendung eines Diskontsatzes in Höhe von 3 Prozent.

Sonstige Angaben

Alle Posten in Fremdwährung werden zu den Devisenmittelkursen des Bilanzstichtags bewertet. Einzelne Rückversicherungsabrechnungen wurden geschätzt bzw. zeitversetzt bilanziert.

Erläuterungen zur Jahresbilanz

B I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken

Der Grundbesitz umfasst 18 Grundstücke mit Geschäftsbauten, ein Grundstück mit unfertigen Bauten sowie ein Grundstück ohne Bauten. Der Bilanzwert der von uns im Rahmen unserer Tätigkeit selbst genutzten Grundstücke beträgt zum Bilanzstichtag 51 337 (37 144) Tausend Euro.

B II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	Anteile am Kapital	Eigenkapital gem. § 266 Abs. 3 HGB	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres
B II 1. Anteile an verbundenen Unternehmen	%	Tsd. €	Tsd. €
Öffentliche Versicherung Bremen, Bremen	55,00	5 410	260
Oldenburgische Landesbrandkasse, Oldenburg ¹⁾	45,00	116 116	4 591
Öffentliche Lebensversicherung Oldenburg, Oldenburg ¹⁾	45,00	8 987	377
Provincial Lebensversicherung Hannover, Hannover ¹⁾ ²⁾	50,00	179 550	1 050
Provincial Pensionskasse Hannover AG, Hannover	100,00	7 728	850
ALTE OLDENBURGER Beteiligungsgesellschaft AG, Vechta ²⁾	60,00	59 710	43
ivv Informationsverarbeitung für Versicherungen GmbH, Hannover	81,56	9 436	- 1 216
Norddeutsche Gesellschaft für Vermögensanlagen der Landschaftlichen Brandkasse Hannover mbH, Hannover ²⁾	100,00	66 207	- 1 205
VGH Rechtsschutz Schaden-Service-GmbH, Hannover ²⁾ ³⁾	100,00	51	0
Grundstücksgesellschaft Öffentliche Versicherungen Bremen bR, Bremen ²⁾	93,25	1 636	- 11
VGH Beteiligungs GmbH, Hannover	100,00	31 499	971
VGH Projekt GmbH & Co. Prinzenareal KG, Hannover ⁴⁾	100,00	9 001	-
VGH Projekt GmbH & Co. 2. Immobilien Verwaltungs KG, Hannover	100,00	10 501	2
VGH Projekt GmbH, Hannover	100,00	49	11
B II 2. Beteiligungen			
Öffentliche Feuerversicherung Sachsen-Anhalt, Magdeburg	35,00	40 908	4 188
Öffentliche Lebensversicherung Sachsen-Anhalt, Magdeburg	35,00	14 666	1 100
Ostfriesische Landschaftliche Brandkasse, Aurich	25,00	29 606	374
VGH Projekt GmbH & Co. Prager Platz KG, Hannover	50,00	43 815	715
Hannoversch-Kölnische Beteiligungsgesellschaft mbH, Hannover	50,00	24	- 1
Hannoversch-Kölnische Handels-Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, Hannover	50,00	28 280	- 2
Grundberg Garant Immobilienmanagement GmbH, Hannover	50,00	141	2
NT NORTHWESTDEUTSCHE TREUHAND Gesellschaft zur Betreuung von Wohnungsunternehmen mit beschränkter Haftung, Hannover	40,00	2 479	229
Bildungszentrum der hannoverschen Versicherungsunternehmen GbR, Hannover	26,85	1 910	60
RMX Risk Management Exchange AG, Hannover	26,53	12 001	- 6 245
Herrenhausen Verwaltungs GmbH, Hannover	25,00	34	0
Herrenhausen Verwaltungs GmbH Gastronomie & Co. KG, Hannover	25,00	1 999	- 182
HMG Beteiligungs-GbR der S-Finanzgruppe, Hannover	25,00	32	3
IfMOS Institut für Mittelstandsfragen Osnabrück gGmbH, Osnabrück	20,00	98	- 6
Pro-City GmbH Göttingen, Göttingen	20,00	81	- 1

¹⁾ Über die Anteile am Kapital hinaus übt die Landschaftliche Brandkasse Hannover, Hannover, weitere Trägerrechte aus

²⁾ Die angegebenen Werte beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2008

³⁾ Es besteht ein Ergebnisabführungsvertrag

⁴⁾ Gegründet in 2008

Entwicklung der Aktivposten A, B I bis III	Bilanz- werte	Zugänge	Um- buchungen
	2007		
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
A. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	6 094	818	0
B I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	110 101	65 986	0
B II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	325 135	3 303	-38
2. Beteiligungen	126 213	21 260	38
3. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	4 639	1 238	0
Summe B II.	455 987	25 801	0
B III. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	564 105	210 359	0
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	22 246	9 196	0
3. Hypotheken-, Grundschild- und Rentenschuldforderungen	11 772	86	0
4. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	603 354	157 825	-10 000
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	517 891	198 363	1 534
c) Übrige Ausleihungen	42 353	0	-1 534
5. Einlagen bei Kreditinstituten	82 082	1 913 975	0
6. Andere Kapitalanlagen	8	0	10 000
Summe B III.	1 843 811	2 489 804	0
Insgesamt	2 415 993	2 582 409	0

Bewertungsmethoden zur Ermittlung des Zeitwerts

Als Zeitwert für Grundstücke und Bauten wurde grundsätzlich der Ertragswert angesetzt. Bei den eigengenutzten Immobilien wird der Mischwert aus Ertrags- und Substanzwert angesetzt. Die Bewertung der Grundstücke und Bauten erfolgte 2008.

Die Bewertung der Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen erfolgt nach dem Ertragswertverfahren nach dem IDW ES 1 i. d. F. 2007, dem Net Asset Value, mit einer angemessenen Fortschreibung der Anschaffungskosten oder wird aus Anteilserwerb/-veräußerung hergeleitet. Bei zahlreichen Beteiligungen entsprechen die Zeitwerte den jeweiligen Buchwerten.

Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte	Bilanzwerte*)	Zeitwerte*)	stille Reserven*)
			2008	2008	2008	2008
Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
0	0	1 523	5 389			
2 747	0	7 532	165 808	165 808	301 181	135 373
43 641	0	1 300	283 459	283 459	336 983	53 524
3 502	0	6 019	137 990	137 990	160 876	22 886
364	0	0	5 513	5 513	5 513	0
47 507	0	7 319	426 962	426 962	503 372	76 410
26 910	26	54 898	692 682	692 682	695 376	2 694
11 936	24	1 204	18 326	18 326	18 429	103
1 665	0	0	10 193	10 186	10 397	211
84 117	0	0	667 062	673 851	682 717	8 866
90 177	0	0	627 611	632 995	645 673	12 678
0	0	1 116	39 703	40 313	38 438	- 1 875
1 990 057	0	0	6 000	6 000	6 000	0
0	0	0	10 008	10 008	10 008	0
2 204 862	50	57 218	2 071 585	2 084 361	2 107 038	22 677
2 255 116	50	73 592	2 669 744	2 677 131	2 911 591	234 460

*) ohne A.; einschließlich Agien und Disagien

Bei nicht börsengehandelten Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen, übrigen Ausleihungen und Hypothekenforderungen wird der Zeitwert nach der Discounted-Cashflow-Methode ermittelt. Dabei wird der individuellen Bonität der Anlagen über laufzeitunabhängige Risikoaufschläge Rechnung getragen. Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen mit derivativen Bestandteilen werden mittels geeigneter mathematischer Bewertungsverfahren bewertet. In einzelnen Fällen wird auf unabhängige externe Datenlieferanten zurückgegriffen.

Bei den Sonstigen Ausleihungen wird der Zeitwert anhand von Zinsstrukturkurven ermittelt.

Die übrigen Kapitalanlagen werden entsprechend § 56 Abs.2 und 3 RechVersV bewertet.

B III 3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen

Hier handelt es sich überwiegend um Hypothekendarlehen an Mitarbeiter. Es wurde ein Zwangsversteigerungsverfahren betrieben.

B III 4. Sonstige Ausleihungen

In den Namensschuldverschreibungen sind Finanzinstrumente in Form von strukturierten Produkten mit einem Bilanzwert von 40 366 Tausend Euro enthalten. Die Bewertung zum Bilanzstichtag erfolgt mittels finanzmathematischer Berechnungen auf Basis der wichtigsten Einflussgrößen wie Zinsen und Volatilität. Der Zeitwert beträgt 36 838 Tausend Euro. Da alle Papiere mit einer Kapitalgarantie ausgestattet sind, wird die Differenz bis zum Laufzeitende wieder ausgeglichen.

In den Schuldscheinforderungen und Darlehen sind Finanzinstrumente in Form von strukturierten Produkten mit einem Bilanzwert von 10 000 Tausend Euro enthalten. Die Bewertung zum Bilanzstichtag auf Basis aktueller Zinsstrukturkurven ergibt einen Zeitwert von 5 929 Tausend Euro. Da alle Papiere mit einer Kapitalgarantie ausgestattet sind, wird die Differenz bis zum Laufzeitende wieder ausgeglichen.

Die übrigen Ausleihungen beinhalten mit 29 950 Tausend Euro Namensgenussrechte und mit 9 753 Tausend Euro nicht börsenfähige Genussrechte.

E. Rechnungsabgrenzungsposten

Es handelt sich im Wesentlichen um Agiobeträge aus Namensschuldverschreibungen, Namensgenussscheine und Schuldscheinforderungen von 15 267 (12 610) Tausend Euro, anteilige Zinsen für 2008, die erst in 2009 fällig werden in Höhe von 25 262 (23 050) Tausend Euro, vorausgezahlte Abschlussprovisionen von 1 204 (1 157) Tausend Euro sowie Beitragsguthaben von 711 (540) Tausend Euro.

A II 4. Andere Gewinnrücklagen

Den anderen Gewinnrücklagen werden im Geschäftsjahr 15 000 Tausend Euro zugeführt.

B. Sonderposten mit Rücklageanteil

Der Sonderposten enthält eine Rücklage gemäß § 6 b EStG mit 40 795 (37 398) Tausend Euro aus übertragungsfähigen Verkäufen von Grundstücken. Weiterhin sind Wertberichtigungen aus einer Übertragung gemäß § 6 b EStG auf Grundstücke zweier verbundener Unternehmen mit 4 153 (4 635) Tausend Euro und eine Rücklage gemäß § 14 BerlinFG mit 855 (855) Tausend Euro enthalten.

C. Versicherungstechnische Rückstellungen	versicherungstechnische Bruttoreückstellungen insgesamt		Bruttoreückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen	
	2008	2007	2008	2007	2008	2007
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Unfall	99 972	91 258	59 863	55 095	21 505	20 027
Haftpflicht	270 479	269 801	189 906	187 652	38 076	36 533
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	693 523	684 508	614 217	604 245	76 782	77 711
sonstige Kraftfahrt	27 126	32 244	18 052	17 431	2 464	8 198
Feuer und Sach	343 749	338 820	80 781	82 791	27 907	21 878
davon: Feuer	80 757	75 787	19 144	16 768	16 614	13 430
Verbundene Hausrat	52 078	58 445	6 266	6 446	0	0
Verbundene Gebäude	142 467	139 986	35 418	39 210	0	0
sonstige Sach	68 447	64 602	19 953	20 367	11 293	8 448
Rechtsschutz	48 449	48 726	39 611	39 620	0	5
Selbst abgeschlossenes Geschäft	1 499 574	1 477 880	1 015 161	995 132	168 740	167 331
Übernommenes Geschäft	57 933	58 305	21 479	22 266	19 098	19 208
Gesamtes Versicherungsgeschäft	1 557 507	1 536 185	1 036 640	1 017 398	187 838	186 539

C IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

Die unter diesem Posten mit ausgewiesene vertragliche Beitragsrückerstattung in der Unfallversicherung mit garantierter Beitragsrückgewähr wird nach Art der Lebensversicherung betrieben und hat sich wie folgt entwickelt:

	2008	2007
	€	€
Stand zu Beginn des Geschäftsjahres	387 657	196 374
Zahlungen für den Unfallbonus	15 129	150
Zuführung aus vorhandenen Mitteln Allgemeine Unfall	117 070	81 101
Zuführung aus Geschäftsjahr	7 179	110 332
Stand am Ende des Geschäftsjahres	496 777	387 657

Von dieser erfolgsabhängigen Rückstellung am Ende des Geschäftsjahres entfallen auf bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte laufende Überschussanteile 379 923 Euro. Darüber hinaus sind aus Bonuszahlungen gemäß der Gewinnbeteiligung für Schäden des Geschäftsjahres 75 339 Euro und für Schäden des Vorjahres 41 515 Euro reserviert. Unsere Dividendensätze für die Überschussbeteiligung in der Unfallversicherung mit garantierter Beitragsrückgewähr sind auf der Seite 81 dieses Geschäftsberichts dargestellt.

C VI. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen

Es besteht eine Rückstellung für drohende Verluste in der Sparte Leitungswasser in Höhe von 8 000 (8 000) Tausend Euro.

Es bestehen außerordentliche Aufstockungen zu Schwankungsrückstellungen für die Sparte Verbundene Gebäudeversicherung in Höhe von 57 500 (53 000) Tausend Euro und für die Sparte Sturm in Höhe von 10 500 (9 500) Tausend Euro.

D I. Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Der handelsrechtliche Ansatz dieses Postens beläuft sich im Geschäftsjahr auf 331 352 Tausend Euro, der Teilwert gemäß § 6 a EStG beträgt 206 584 Tausend Euro.

D III. Sonstige Rückstellungen

	2008	2007
	Tsd. €	Tsd. €
Provisionen	21 102	12 234
Ausgleichsansprüche nach § 89 b HGB/Vertriebsstrukturen	20 574	21 051
Verpflichtungen aus Vorruhestand und Altersteilzeit	19 458	21 486
Beihilfeverpflichtungen	8 384	8 911
Urlaubs-, Gleitzeit- und sonstige Personalaufwendungen	4 049	3 959
Mitarbeiterjubiläen	2 790	2 725
Archivierung	2 270	2 240
Prozessrisiken	1 855	1 707
Ökologische Maßnahmen	1 500	0
Übrige Rückstellungen	2 110	2 519
Insgesamt	84 092	76 832

G. Rechnungsabgrenzungsposten

Abgegrenzt werden im Voraus empfangene Zinsen und Mieten von 27 (45) Tausend Euro sowie Disagiobeträge aus Kapitalanlagen in Höhe von 1 807 (1 103) Tausend Euro sowie abgegrenzte im Voraus erhaltene Provisionen in Höhe von 774 (380) Tausend Euro.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

I 2. Technischer Zinsertrag feR	<p>Für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft umfasst die Zinszuführung zur Brutto-Rentendeckungsrückstellung ausschließlich Unfall- und Haftpflichtversicherungen. Sie wird brutto durch Multiplikation des arithmetischen Mittels von Anfangs- und Endbestand der Rentendeckungsrückstellung mit 4 Prozent, 3,25 Prozent, 2,75 Prozent bzw. 2,25 Prozent ermittelt. Bei dem Anteil der passiven Rückversicherung handelt es sich um die den Rückversicherern gutgeschriebenen Depotzinsen. Für das in Rückdeckung übernommene Versicherungsgeschäft werden im Lebensversicherungsgeschäft die vom Vorversicherer erhaltenen Depotzinsen angesetzt.</p> <p>Für die nach Art der Lebensversicherung abgeschlossenen Unfallversicherungen werden die vereinnahmten Erträge des Sicherungsvermögens ausgewiesen.</p>
I 7 a) Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	<p>Von den Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb entfallen 76 621 (78 810) Tausend Euro auf den Abschluss von Versicherungsverträgen und 151 143 (141 553) Tausend Euro auf den laufenden Verwaltungsaufwand.</p>
II 1 b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	<p>Von den Erträgen aus anderen Kapitalanlagen resultieren 11 782 (12 091) Tausend Euro aus Grundstücken und 87 584 (79 361) Tausend Euro aus anderen Kapitalanlagen.</p>
II 2 b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	<p>Dieser Posten enthält außerplanmäßige Abschreibungen auf Beteiligungen in Höhe von 7 319 (1 353) Tausend Euro sowie auf Grundstücke in Höhe von 1 537 (2 900) Tausend Euro.</p>

Versicherungstechnische Rechnung	gebuchte Bruttobeiträge		verdiente Bruttobeiträge		verdiente Nettobeiträge	
	2008	2007	2008	2007	2008	2007
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Unfall	59 108	57 755	59 134	57 516	57 597	56 062
Haftpflicht	102 392	100 796	102 339	100 611	76 764	75 411
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	192 831	195 160	192 781	195 121	190 431	192 926
sonstige Kraftfahrt	129 282	131 021	129 272	130 999	127 203	128 972
Feuer und Sach	375 487	359 609	373 134	358 801	298 007	286 936
davon: Feuer	74 760	73 930	74 891	74 311	47 077	47 100
Verbundene Hausrat	66 842	65 286	66 560	64 943	65 765	64 204
Verbundene Gebäude	149 461	140 553	147 664	140 349	124 158	117 908
sonstige Sach	84 424	79 840	84 019	79 198	61 007	57 724
Rechtsschutz	27 688	27 477	27 915	27 217	27 820	27 087
Selbst abgeschlossenes Geschäft	897 849	881 300	895 327	879 682	782 872	771 446
Übernommenes Geschäft	49 681	48 420	49 647	48 395	30 594	29 956
Gesamtes Versicherungsgeschäft	947 530	929 720	944 974	928 077	813 466	801 402

Sonstige Angaben

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungs- vertreter, Personalaufwen- dungen

	2008	2007
	Tsd. €	Tsd. €
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des §92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	105 870	93 739
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des §92 HGB	2 850	4 443
3. Löhne und Gehälter	80 224	80 159
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	12 968	13 672
5. Aufwendungen für Altersversorgung	7 571	8 215
6. Aufwendungen insgesamt	209 483	200 228

Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle		Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb		Rückversicherungs-Saldo		versicherungs-technisches Ergebnis für eigene Rechnung	
2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007
Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
28 228	20 765	18 299	17 876	- 743	- 2 324	8 524	12 785
47 308	35 722	31 957	31 026	- 5 488	- 11 798	16 409	13 795
164 098	172 904	26 578	26 088	4 625	2 815	10 340	- 1 397
104 321	100 998	26 023	26 685	- 1 289	- 1 618	3 349	10 330
199 289	264 708	99 521	93 263	- 29 446	9 837	15 898	- 27 959
34 587	25 728	22 049	20 772	- 5 800	- 7 617	787	3 085
22 401	21 856	21 483	21 608	- 863	- 464	15 955	5 164
96 664	156 468	32 457	28 680	- 14 282	16 434	- 3 250	- 30 421
45 637	60 656	23 532	22 203	- 8 501	1 484	2 406	- 5 787
15 707	15 190	6 316	5 770	- 774	- 355	5 181	6 477
568 196	611 831	211 529	203 030	- 31 625	- 6 348	60 457	16 891
25 974	34 473	16 236	17 333	- 6 331	- 1 301	459	- 2 133
594 170	646 304	227 765	220 363	- 37 956	- 7 649	60 916	14 758

Anzahl der mindestens ein-jährigen Versicherungsverträge im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft

	2008	2007
	Stück	Stück
Unfall	367 717	365 704
Haftpflicht	702 120	699 614
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	1 045 030	1 031 649
sonstige Kraftfahrt	774 693	769 491
Feuer und Sach	1 570 521	1 580 628
davon: Feuer	172 933	175 017
Verbundene Hausrat	479 726	480 273
Verbundene Gebäude	478 697	482 012
sonstige Sach	439 165	443 326
Rechtsschutz	172 362	170 759
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	4 645 887	4 631 058

Weitere Angaben

Verbindlichkeiten aus der Begebung und Übertragung von Wechseln sowie Haftungsverhältnisse aus der Begebung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten bestehen nicht.

Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren bestehen nicht.

Die Forderungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr betragen 1 477 Tausend Euro.

Gegenüber einem Lebensversicherungsunternehmen besteht die Verpflichtung, weitere Organisationszuschüsse zu leisten, insbesondere um die geschäftsplanmäßige Mindestbeteiligung der Versicherungsnehmer am Überschuss sicherzustellen. Derzeit wird mit einer Einforderung nicht gerechnet.

Als Mitglied des Vereins Verkehrsofferhilfe e. V. sind wir verpflichtet, dem Verein die für die Durchführung des Vereinszwecks erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen. Ferner sind wir Mitglied des Vereins Deutsches Büro Grüne Karte e.V.

Als Mitglied der Pharma-Rückversicherungs-Gemeinschaft haben wir eine anteilige Bürgschaft für den Fall übernommen, dass eines der übrigen Pool-Mitglieder zahlungsunfähig wird. Eine gleichartige Verpflichtung besteht aufgrund von Verträgen mit der Deutschen Kernreaktor-Versicherungsgemeinschaft.

Als Mitglied des Solidaritätspools der Öffentlichen Versicherer haben wir eine Deckungszusage gegeben, bestimmte Terrorismusgroßschäden solidarisch zu tragen. Die Haftung ist auf 17 900 Tausend Euro beschränkt.

Als Mitglied des Verbands öffentlicher Versicherer haben wir satzungsgemäß einen Anteil von 312 Tausend Euro an dem Stammkapital des Verbands übernommen. Unsere Haftung ist auf diesen Betrag, der noch nicht eingefordert ist, begrenzt.

Im Zuge der Maßnahmen zur Stabilisierung der Hypo Real Estate haben wir als Mitglied des GDV einen Anteil an einer Rückbürgschaft in Höhe von 3 333 Tausend Euro übernommen.

Zur Insolvenzsicherung der sich aus Altersteilzeitwertguthaben ergebenden Ansprüche der Mitarbeiter eines anderen öffentlich-rechtlichen Versicherungsunternehmens besteht die Verpflichtung im Fall der Insolvenz, die jeweiligen bis zur Eröffnung des Insolvenzverfahrens entstandenen Ansprüche bis zu einer Gesamthöhe von 2 000 Tausend Euro zu befriedigen.

Außerdem bestehen Resteinzahlungsverpflichtungen von 41 172 Tausend Euro sowie Schuldversprechen von 4 817 Tausend Euro (davon an verbundene Unternehmen 26 102 Tausend Euro).

Die durchschnittliche Zahl der im Berichtsjahr beschäftigten Mitarbeiter beträgt 1 302. Hiervon entfallen im Innendienst 664 auf die Hauptverwaltung und 560 auf unsere Regionaldirektionen. Im Außendienst sind 78 Mitarbeiter bei uns angestellt. Mitarbeiter, die auch mit der Provinzial Lebensversicherung Hannover einen Dienstvertrag haben, sind entsprechend ihres Arbeitseinsatzes anteilig berücksichtigt.

Die Gesamtbezüge des Vorstands betragen für das Geschäftsjahr 1 565 Tausend Euro. An den Vorstand gegebene dinglich gesicherte Darlehen sind am Bilanzstichtag in Höhe von 46 Tausend Euro aktiviert. Die Kredite haben eine Laufzeit von 35 Jahren. Der Zinssatz beträgt 4,6 Prozent. An ehemalige Mitglieder des Vorstands oder deren Hinterbliebene sind insgesamt 1 020 Tausend Euro gezahlt worden. Für diese Personengruppen sind Rückstellungen für laufende Pensionen in Höhe von 14 915 Tausend Euro passiviert.

An Mitglieder des Aufsichtsrats sind im Geschäftsjahr insgesamt 324 Tausend Euro gezahlt worden. Für diese Personengruppe sind am Bilanzstichtag dinglich gesicherte Kredite in Höhe von 60 Tausend Euro. Die Laufzeiten der Kredite liegen zwischen 10 und 35 Jahren. Der durchschnittliche Zinssatz beträgt 5,1 Prozent.

Die Namen der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sind auf den Seiten 33 bis 36 angegeben.

Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer in der Unfallversicherung mit garantierter Beitragsrückgewähr

Für das in 2009 endende Versicherungsjahr wurden folgende Überschussanteilsätze festgelegt:

Unfallversicherungen mit garantierter Beitragsrückgewähr erhalten am Ende eines jeden Versicherungsjahres einen laufenden Überschussanteil in Prozent der überschussberechtigten Deckungsrückstellung.

Bei beitragspflichtigen Versicherungen werden die laufenden Überschussanteile zur Finanzierung einer ab Versicherungsbeginn wirksamen Erhöhung der Invaliditätssumme und – sofern mit abgeschlossen – des Krankenhaustagegeldes mit Genesungsgeld, Unfall-Rente und der Todesfallsumme verwendet (Unfallbonus).

Der Unfallbonus beträgt für:

Versicherungsdauern bis 15 Jahre	90 Prozent
Versicherungsdauern von 16 bis 20 Jahre	80 Prozent
Versicherungsdauern von 21 bis 30 Jahre	60 Prozent
Versicherungsdauern ab 31 Jahre	40 Prozent

Bei beitragsfreien Versicherungen werden die laufenden Überschussanteile verzinslich angesammelt und bei Beendigung der Versicherung ausgezahlt. Die Versicherung erhält den ersten Überschussanteil am Ende des Versicherungsjahres, das auf die Beitragsfreistellung folgt.

Der laufende Überschussanteil beträgt 1,75 Prozent der überschussberechtigten Deckungsrückstellung.

Hannover, den 23. Februar 2009

Der Vorstand

Dr. Pohlhausen

Herdecke

Kasten

Krüger

Thole

Vorholt

Bestätigungsvermerk

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Landschaftlichen Brandkasse Hannover, Hannover, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2008 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hannover, den 5. März 2009

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Werner Hölzl
Wirtschaftsprüfer

André Bödeker
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung des Vorstands während des Berichtsjahres entsprechend den ihm nach Gesetz und Satzung zugewiesenen Aufgaben laufend überwacht. Er war in alle Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen eingebunden. In seinen drei Sitzungen ist er umfassend über die Geschäftsentwicklung des Unternehmens unterrichtet worden. Der Aufsichtsrat befasste sich eingehend mit der Unternehmensplanung für das Geschäftsjahr 2009, insbesondere mit dem Wirtschaftsplan 2009 und der mittelfristigen Ergebnisplanung. Ferner wurde er über den Geschäftsverlauf und die Jahresabschlüsse der Verbundunternehmen informiert. Über den Gang der Geschäfte und die Lage des Unternehmens wurde quartalsweise schriftlich vom Vorstand berichtet.

Der Aufsichtsrat hat in seinen Sitzungen die Auswirkungen der Finanzmarktkrise und die vom Vorstand eingeleiteten Maßnahmen zur Risikobegrenzung intensiv beraten. Darüber hinaus wurden die organisatorischen Veränderungen in den Geschäftsbereichen Schaden und Kraftfahrt-Betrieb sowie die Neuausrichtung bei Immobilieninvestitionen diskutiert und befürwortet. Im Rahmen der Risikoberichterstattung bildeten die Umsetzung der VVG-Reform sowie die Konzeption des künftigen Risikoberichts nach MaRisk Schwerpunktthemen. Ferner wurde vom Vorstand über die aktuellen Entwicklungen zur Neuordnung des öffentlichen Versicherungswesens in Niedersachsen berichtet.

Zur Unterstützung seiner Arbeit hat der Aufsichtsrat verschiedene Ausschüsse gebildet. Der Hauptausschuss, der schwerpunktmäßig die besonderen Themenfelder für den Aufsichtsrat vorbereitet, tagte im Geschäftsjahr dreimal. Des Weiteren wurde er laufend über die Umsetzung der Kapitalanlagestrategie unterrichtet.

Der Ausschuss für Vertriebsfragen befasste sich in seiner Sitzung insbesondere mit der Vertriebsentwicklung 2008. Darüber hinaus waren die VVG-Reform sowie das Modell eines ganzheitlichen Beratungsansatzes, der über alle Sparten hinweg mittels gleich aufgebauter Akquisitionsunterstützungs- und Beratungsprogramme die Vertreter unterstützt, Gegenstand der Erörterung.

Der Ausschuss für Prüfungs- und Rechnungslegungsangelegenheiten trat im Berichtsjahr dreimal zusammen und befasste sich mit der Prüfung und Beratung des Jahresabschlusses sowie des Konzernabschlusses. Darüber hinaus erörterte der Ausschuss zusammen mit dem Abschlussprüfer die wirtschaftliche Lage des Unternehmens, das Risikomanagement, die Ausgestaltung der internen Revision sowie die möglichen Auswirkungen des geplanten Bilanzmodernisierungsgesetzes auf das Unternehmen.

Der Ausschuss für Personalangelegenheiten behandelte die ihm zugewiesenen Aufgaben.

Die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hannover, hat den Jahresabschluss und den Lagebericht der Landschaftlichen Brandkasse Hannover geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Allen Mitgliedern des Aufsichtsrats lagen rechtzeitig vor der Bilanzsitzung der Jahresabschluss nebst Lagebericht und Bericht des Abschlussprüfers vor. Der Abschlussprüfer nahm an der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats teil, berichtete über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung und beantwortete die Fragen der Mitglieder. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung billigte der Aufsichtsrat den Jahresabschluss und stellte ihn in der vorgelegten Form fest. Der Aufsichtsrat legt dem Brandkassenausschuss den festgestellten Jahresabschluss zur Bestätigung vor.

Der Aufsichtsrat dankt den Vorstandsmitgliedern sowie allen Mitarbeitern der VGH für ihren Einsatz und für die geleistete Arbeit.

Hannover, 23. März 2009

v. Lenthe

Vorsitzender

Corporate Governance

Erklärung des Vorstands und des Aufsichtsrats der Landschaftlichen Brandkasse Hannover zum Corporate Governance Kodex

Der Deutsche Corporate Governance Kodex in der aktuellen Fassung stellt wesentliche gesetzliche Vorschriften zur Leitung und Überwachung deutscher börsennotierter Aktiengesellschaften dar und enthält sowohl international als auch national anerkannte Standards guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung. Er soll das deutsche Corporate Governance System transparent und nachvollziehbar machen und das Vertrauen der Anleger, der Kunden, der Mitarbeiter und der Öffentlichkeit in die Leitung und Überwachung deutscher börsennotierter Aktiengesellschaften fördern.

Mit der Ausrichtung auf börsennotierte Aktiengesellschaften ist der Corporate Governance Kodex in seiner Gesamtheit nicht für öffentlich-rechtliche Versicherungsunternehmen anwendbar. Aufsichtsrat und Vorstand der Landschaftlichen Brandkasse Hannover bekennen sich zu den Grundsätzen guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung und haben mit Ausnahme der nachstehenden Einschränkungen alle Regelungen des Corporate Governance Kodex auf freiwilliger Basis übernommen, die unter Berücksichtigung ihrer besonderen Rahmenbedingungen für öffentliche Versicherungsunternehmen Anwendung finden können.

Abgesehen wurde lediglich von der Übernahme der Regelungen zur Vergütung des Vorstands und des Aufsichtsrats in den Ziffern 4.2 und 5.4, der Mitteilung der Abwesenheiten von Mitgliedern des Aufsichtsrats nach Ziffer 5.4.7 sowie der frühzeitigen Veröffentlichung des Konzernabschlusses nach Ziffer 7.1.2 des Kodexes.

Vorstand und Aufsichtsrat haben im zurückliegenden Geschäftsjahr die Ausrichtung ihrer Zusammenarbeit an den Empfehlungen des Kodexes und den unternehmensspezifischen Grundsätzen einer verantwortungsvollen Unternehmensführung überprüft und die Übereinstimmung festgestellt.

Hannover, 23. März 2009

Für den Vorstand:

Dr. Pohlhausen

Krüger

Für den Aufsichtsrat:

v. Lenthe

Geschäftsentwicklung

Landschaftliche Brandkasse Hannover, gegründet im Jahre 1750 durch die Calenberg- Grubenhagensche Landschaft

Jahr	Beiträge	Versicherungs- summen	Anschluss der Brandversicherungsanstalten
1751	4 896 Thl	8 811 900 Thl	
1850	182 036	82 092 250	Fürstentum Hildesheim
1851	299 224	94 994 600	Fürstentum Lüneburg
1873	300 552	133 739 164	Grafschaften Hoya und Diepholz
1878	1 383 649 M	761 250 370 M	Fürstentum Osnabrück
1882	2 069 202	981 222 635	Herzogthümer Bremen und Verden
1925	6 705 983 RM	3 686 312 425 RM	
1938	11 702 000	–	
1945	14 476 000	–	

Jahr	Bruttobeitrag	Nettobeitrag	Versicherungs- technische Nettorück- stellungen	Stammkapital und offene Rücklagen
	Tsd. DM	Tsd. DM	Tsd. DM	Tsd. DM
1950	19 052	16 796	3 648	7 956
1955	33 051	28 230	24 546	10 737
1960	48 494	40 724	48 304	18 644
1965	83 853	68 188	75 542	32 623
1970	133 052	105 564	88 229	51 300
1975	234 010	177 923	128 510	65 400
1980	367 670	279 246	291 556	100 100
1985	957 740	828 532	1 070 388	357 000
1990	1 274 648	1 056 452	1 267 300	609 600
1995	1 698 567	1 439 608	1 750 753	817 000
2000	1 676 859	1 434 713	2 139 868	1 090 000
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
2001	878 740	751 946	1 161 464	583 000
2002	889 494	758 957	1 144 282	583 000
2003	927 251	788 142	1 159 258	593 000
2004	943 324	801 006	1 145 643	613 000
2005	940 159	801 088	1 204 175	648 000
2006	926 062	799 153	1 260 957	688 000
2007	929 720	802 601	1 287 506	718 000
2008	947 530	815 480	1 310 115	733 000

Währungseinheiten:

1751–1817	Thaler-Cassemünze
1817–1834	Thaler-Conventions- münze
1834–1874	Thaler-Courant
1875–1923	Mark
1924–1948	Reichsmark
1949–2000	Deutsche Mark
ab 2001	Euro

Mit Beginn der Reichsmark-Zeit verlieren die Versicherungssummen, die einen Aussagewert nur im Gebäude-Feuergeschäft haben, an Bedeutung. Die anderen Versicherungszweige wie u. a. Leitungswasser, Sturm, Glas, Hagel, Transport, Maschinen, Bauleistungen sowie das Mobiliar-Feuergeschäft gewinnen ständig an Gewicht. Der Aussagewert verlagert sich nunmehr auf die Beitragseinnahmen und die technischen Werte.

Seit 1984 zeichnet die Brandkasse auch das HUK-Geschäft. Es erfolgte eine Bestandsübertragung von der Provinzial.



Ulf Hasse

Vom Stift zum Chef. Ulf Hasse hat das geschafft. Der ehemalige VGH-Azubi leitet heute die Regionaldirektion Göttingen. Sein Führungsgeheimnis: eine gute Kommunikation.

Ulf Hasse ist ein VGH-Urgestein. 1988 begann er seine Ausbildung zum Versicherungskaufmann bei der Landschaftlichen Brandkasse Hannover. „Stift“ nannten sie ihn damals – wie jeden Lehrling. Für ihn war die Ausbildung der Beginn einer erfolgreichen Karriere in der VGH. Im Anschluss an die Lehre arbeitete der Hannoveraner zunächst als Sachbearbeiter. Nebenbei studierte er Wirtschafts-Informatik an der Leibniz-Akademie: jeden Abend nach der Arbeit drei Stunden die Schulbank drücken, plus Unterricht an den Wochenenden. Diesen engagierten Einsatz belohnte die VGH. Nach mehreren Positionen mit wachsender Verantwortung übernahm Hasse 2000 die Abteilungsleitung Vertrag in der Regionaldirektion Hannover – der „Stift“ von einst war Chef geworden.

Vom Unternehmen gab es eine intensive Begleitung, unter anderem mit Seminaren und Hospitationen bei anderen Führungskräften des Hauses. 2007 bot ihm die VGH den Posten des Regionaldirektors in Göttingen an. Die letzte Hürde: ein Management-Entwicklungsgespräch, bei dem die VGH seine Führungsqualitäten auf Herz und Nieren prüfte. „Treffer – versenkt!“, dachte Hasse, als er das Gutachten der Prüfer las. All seine Stärken und Schwächen hatten sie richtig erkannt.

In Göttingen ist der 41-Jährige nun für 37 Vertretungen, sieben Sparkassen und 45 Mitarbeiter verantwortlich. Sein Erfolgsrezept: Authentisch bleiben und viel kommunizieren. „Ich höre gerne zu, ich will alles verstehen.“ Hasse setzt bei seinen Mitarbeitern auf Eigenverantwortung und Initiative: „Wenn jemand sagt, das geht nicht, antworte ich: ‚Was können wir tun, damit es geht?‘“ Die größte Herausforderung sei, sich auf die unterschiedlichen Charaktere einzustellen, so Hasse. „Ich konfrontiere die Mitarbeiter nicht mit vollendeten Tatsachen, sondern binde sie in Entscheidungsprozesse ein.“ Ein Stil, der im ganzen Unternehmen gepflegt werde. „Das prägt.“

Bericht des Vorstands

Wirtschaftliches Umfeld

Die Konjunktorentwicklung wurde im Berichtsjahr 2008 von der sich verschärfenden Finanzkrise geprägt. Nach einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts im ersten Quartal von 1,5 Prozent waren die folgenden Quartale durch sich verschlechternde Wachstumskennziffern geprägt. Nach kräftigen Zuwächsen des realen Bruttoinlandsprodukts von 2,5 Prozent in 2007 ist die Volkswirtschaft im Berichtsjahr um lediglich 1,3 Prozent gewachsen. Die zu Beginn des Jahres noch erwartete Erholung der wirtschaftlichen Lage privater Haushalte, auf die über 80 Prozent der gesamten Versicherungsnachfrage entfallen, ist nicht eingetreten.

Die Entwicklung der Kapitalmärkte war durch die deutliche Verschärfung der internationalen Finanzkrise geprägt, die sich im Herbst 2008 durch den Zusammenbruch des Bankhauses Lehman Brothers bedrohlich zuspitzte. Alle namhaften Industrieländer sahen sich gezwungen, umfangreiche Stützungsmaßnahmen für den Finanzsektor umzusetzen. Hierdurch konnte zwar ein Kollaps verhindert werden, die Vertrauenskrise zwischen den Banken hält jedoch an, da immer noch erhebliche Risiken in den Bilanzen einzelner Banken befürchtet werden. Die daraus resultierende Kreditkrise verstärkt weltweit den konjunkturellen Abwärtstrend.

Im Rentenmarkt blieb diese Entwicklung nicht ohne Auswirkung. Ein Zinsanstieg bis Mitte des Jahres – getrieben durch die Zinsentscheidungen der EZB – ließ die Rendite von 10-jährigen Staatspapieren bis auf 4,7 Prozent steigen. Im zweiten Halbjahr wurden die Zinsen zur Stützung der Konjunktur deutlich abgesenkt. Die Vertrauenskrise im Bankensektor und die Unsicherheiten in der Realwirtschaft führten zu einem Anstieg der Spreads auf Unternehmensanleihen, die Ende Oktober Höchstwerte erreichten.

Die Aktienmärkte waren von den Unsicherheiten noch stärker betroffen. Die Entwicklungen im Bankensektor und die sich verschlechternden Indikatoren der Weltwirtschaft belasteten die Märkte erheblich. Trotz der vielfältigen staatlichen Stützungsmaßnahmen erreichten die Indexstände im Herbst mehrjährige Tiefststände.

Die deutsche Assekuranz ist vor allem aufgrund der Restriktionen durch das Versicherungsaufsichtsrecht sowie einer umsichtigen Anlagepolitik von den heftigen Auswirkungen der Krise nur in einem geringen Umfang betroffen. Diese Stabilität sollte die Akzeptanz von Lebensversicherungsprodukten hinsichtlich der privaten Vorsorge bei Berufsunfähigkeit und Alter in allen Bevölkerungsschichten stärken.

Die Beitragseinnahmen in den deutschen Lebensversicherungen, Pensionskassen und Pensionsfonds konnten um rund 1 Prozent ausgebaut werden. Der Trend von der Kapitallebensversicherung zur Rentenversicherung setzte sich dabei auch aufgrund des weiterhin hohen Neugeschäfts an Riester-Verträgen fort. Zudem wurde in diesem Jahr die letzte Riester-Förderstufe erreicht, dadurch stiegen die Jahresbeiträge in diesem Segment beträchtlich. Schon in den vergangenen Jahren lagen die Auszahlungen an

die Lebensversicherungskunden auf hohem Niveau, die Auszahlungen in 2008 stiegen nochmals um rund 5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die expansive Geschäftsentwicklung früherer Jahre spiegelt sich nun zunehmend in regulären Vertragsabläufen wider, die nur zum Teil durch das Neugeschäft kompensiert werden.*

Allgemeiner Geschäftsverlauf

Das Neugeschäft der Provinzial lag gemessen im statistischen Jahresbeitrag mit 37,1 Millionen Euro um 9,0 Prozent über dem Vorjahreswert (Markt: 7,0 Prozent). Erfreulich ist besonders die Entwicklung bei der staatlich geförderten Rente nach dem AVmG, die in der Stückzahl 22 Prozent am Neugeschäft erreichen konnte. Trotz der Unsicherheiten im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise erreichte das Einmalbeitragsgeschäft mit 37,9 Millionen Euro das Niveau des Vorjahres.

Das Neugeschäft konnte das hohe Beitragsvolumen der ablaufenden und stornierten Verträge nicht kompensieren. Die gebuchten Brutto-Beiträge gingen um 1,8 Prozent (Markt: +0,9 Prozent) auf 582,5 Millionen Euro zurück.

Aufgrund der negativen Kapitalmarktentwicklung lag das Kapitalanlageergebnis mit einer Nettoverzinsung von 3,2 Prozent unter dem Vorjahreswert (4,5 Prozent). Der negativen Entwicklung auf den Aktienmärkten sind wir durch einen sukzessiven Ausstieg aus dieser Risikoklasse begegnet. Die ungesicherte Aktienquote betrug zum Jahresende 1,0 Prozent. Das fallende Zinsniveau im zweiten Halbjahr erhöhte den Zeitwert der Zinspapiere erheblich, so dass zum Bilanzstichtag stille Reserven von 0,5 Prozent der gesamten Kapitalanlagen ausgewiesen werden. Wegen der weitgehenden Vermeidung der Bildung stiller Lasten sank die Solvabilität auf 176 Prozent ab (Vorjahr: 195 Prozent).

Überschussverwendung

Aus dem erwirtschafteten Brutto-Überschuss von 83,5 Millionen Euro werden 79,0 Millionen Euro der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugeführt.

Nach Abzug der erforderlichen Ertragsteuern verbleibt ein Jahresüberschuss von 1,05 Millionen Euro, der zur Ausschüttung einer Dividende auf das eingezahlte Trägerkapital verwendet werden soll.

Die Provinzial hält die Überschussbeteiligung für ihre Versicherungsnehmer für das Geschäftsjahr 2009 konstant. Die laufende Verzinsung der Guthaben beträgt unverändert 4,25 Prozent. Zusätzlich werden unseren Kunden Kosten- und Risikogewinne gutgeschrieben sowie ein Anspruch auf Schlussüberschussbeteiligung gebildet. Darüber hinaus erhalten die Versicherungsnehmer als Reaktion auf die Reform des Versicherungsvertragsgesetzes (VVG) in vielen Bereichen künftig eine Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven. Unter Einbeziehung aller Überschusskomponenten wird eine Gesamtverzinsung von bis zu 5,4 Prozent erzielt.

* alle Marktdaten laut Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V.

Bewertungen durch Rating-Agenturen

Die Provinzial wurde von mehreren Rating-Agenturen auf Basis der Geschäftsberichtsdaten 2007 analysiert und positiv bewertet. Die guten Vorjahresergebnisse bei Standard & Poor's („BBBpi“) sowie bei FitchRatings („BBBq“) wurden bestätigt. Die Wirtschaftswoche hat an die Provinzial drei Sterne vergeben. Die Provinzial liegt damit weiterhin im gehobenen Mittelfeld der Branche.

Der Geschäftsverlauf im Einzelnen

Neuzugang

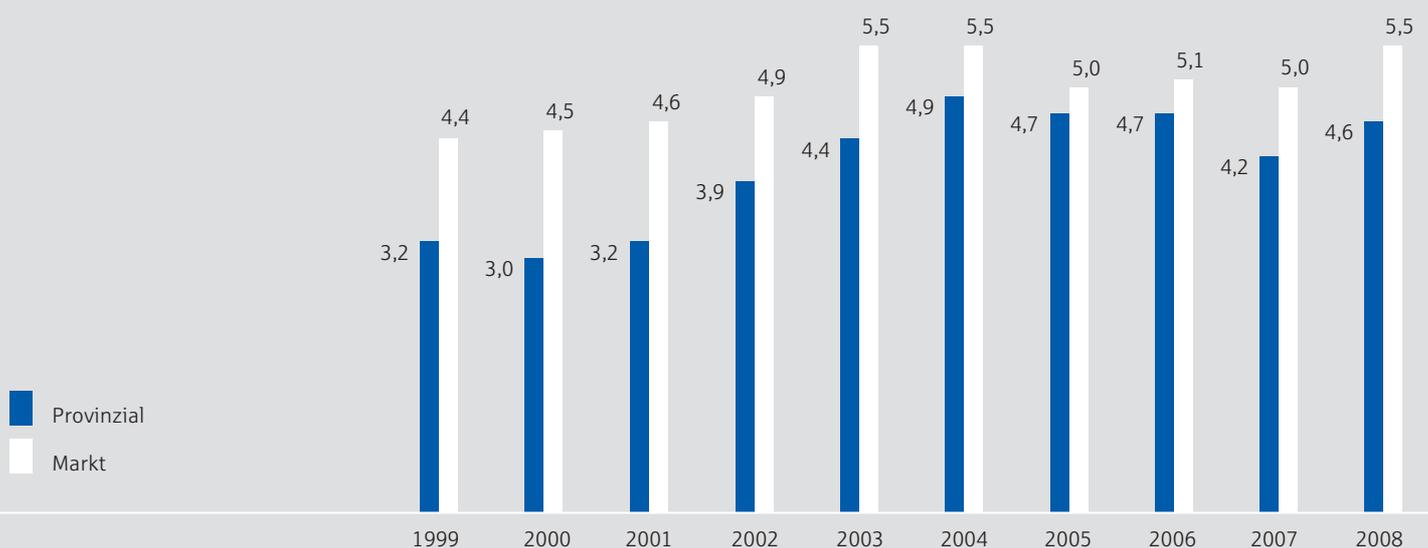
Das Neugeschäft hat sich im Vorjahresvergleich mit einer Steigerung von 9,0 Prozent deutlich verbessert. Diese Entwicklung ist zu einem Teil von der zum Jahresanfang wirksamen Erhöhung der AVmG-Verträge getragen, die bei der Provinzial durch eine hohe Akzeptanz der Kunden gekennzeichnet war und zu einer Erhöhung des statistischen Jahresbeitrags von 6 Millionen Euro geführt hat. Darüber hinaus konnte die steuerlich geförderte Basis-Rente im abgelaufenen Jahr einen Zuwachs von 25 Prozent des statistischen Jahresbeitrags verzeichnen. Diese positiven Entwicklungen verdeutlichen die Bereitschaft breiter Bevölkerungsschichten zum Abschluss zusätzlicher, geförderter Altersversorgungsverträge. Neben den Verträgen nach dem AVmG waren besonders Versicherungen, die eine reine Absicherung des Todesfallrisikos beinhalten, und Versicherungen, die das Erwerbseinkommen im Falle der Berufsunfähigkeit absichern, mit insgesamt 57 Prozent an den Vertragszahlen des Neugeschäfts beteiligt.

Trotz der Unsicherheiten am Kapitalmarkt erlebten auch die Fondsgebundenen Versicherungen einen deutlichen Aufschwung und konnten den Neugeschäftsbeitrag um 36 Prozent auf 1,9 Millionen Euro steigern.

Die Beitragssumme des Neugeschäfts erhöhte sich um 4,2 Prozent auf 750,8 Millionen Euro (Markt: + 8,6 Prozent).

Entwicklung der Stornoquote

in % des statistischen Jahresbeitrags des mittleren Bestands



Bestand und Beitragseinnahme

Das gute Neugeschäft trug wesentlich zu der erfreulichen Entwicklung der Bestandsstückzahlen bei, die um 1,1 Prozent zunahm (Markt: –1,8 Prozent). Der Versicherungsbestand gemessen in Versicherungssumme lag auf Vorjahresniveau. Die Stornoquote betrug 4,6 Prozent (Vorjahr: 4,2 Prozent).

Die Beitragsentwicklung war geprägt von den seit einigen Jahren stark zunehmenden Vertragsabläufen. Die laufenden Beiträge waren daher um 2,3 Prozent rückläufig (Markt: +0,4 Prozent). Demgegenüber verzeichneten die Versicherungen gegen Einmalbeitrag einen Anstieg von 5,4 Prozent. Die gesamten Beitragseinnahmen lagen mit 582,5 Millionen Euro um 1,8 Prozent leicht unter dem Vorjahreswert (Markt: +0,9 Prozent).

Versicherungsleistungen

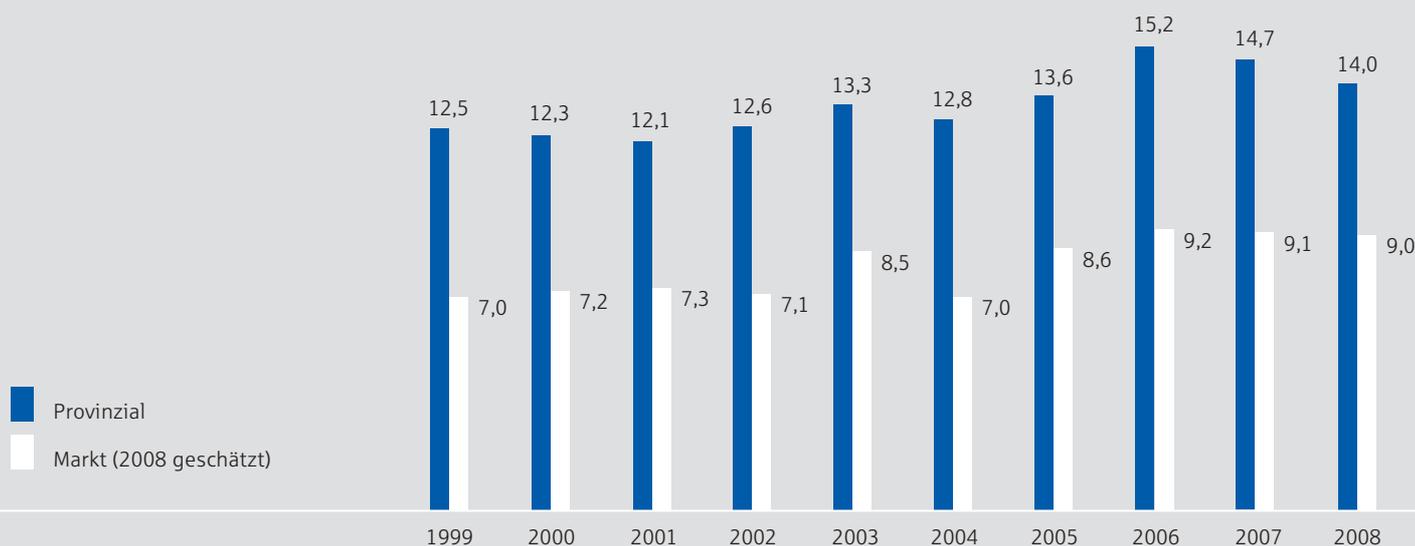
Für Versicherungsfälle, ausgezahlte Gewinnanteile und Rückkäufe leisteten wir 734,4 Millionen Euro (Vorjahr: 661,9 Millionen Euro). Diese Leistungen waren ganz überwiegend Erlebensfallleistungen. Zur Sicherstellung der künftigen Verpflichtungen gegenüber unseren Kunden haben wir insgesamt 6 536,0 Millionen Euro zurückgestellt.

Versicherungstechnisches Ergebnis

Auch 2008 konnte unser Unternehmen aus den versicherungstechnischen Gewinnquellen überdurchschnittliche Ergebnisse erzielen. Die Entwicklung der Kosten- und Risikogewinne ist in der Graphik dargestellt, die den strukturellen Wettbewerbsvorteil der Provinzial aufzeigt.

Entwicklung des versicherungstechnischen Ergebnisses

Rohüberschuss ohne Kapitalanlageergebnis/sonstiges Ergebnis
in % der gebuchten Bruttobeiträge



Die mit den Beiträgen vereinnahmten Kostenanteile überstiegen die tatsächlichen Kosten, so dass sich ein positives Kostenergebnis von 22,0 Millionen Euro ergab. Bezogen auf die gebuchten Bruttobeiträge errechnete sich für die laufenden Aufwendungen ein Kostensatz von 2,04 Prozent.

Die Abschlusskostenquote lag bei 5,4 Prozent (Vorjahr: 5,6 Prozent).

Die Aufwendungen für vorzeitige Versicherungsfälle gestalteten sich erneut günstiger, als sie bei der Kalkulation der Beiträge berücksichtigt waren. Der daraus resultierende Risikogewinn betrug 60,0 Millionen Euro.

Kapitalanlagen

Die Finanzmarktkrise hatte im Berichtsjahr die Aktienmärkte weltweit im Griff. Sowohl der europäische Leitindex EuroStoxx50 als auch der deutsche Leitindex DAX30 haben ihre Tiefststände am 21. November 2008 erreicht. Mit rund 2 170 Punkten im EuroStoxx und rund 4 130 Punkten im DAX entsprach dies einem Rückgang um 51 Prozent bzw. 49 Prozent verglichen mit den jeweiligen Jahresendständen des Jahres 2007. Auch für das Jahr 2009 wird aufgrund der schlechten Konjunkturaussichten und der weiterhin herrschenden Unsicherheit im Finanzsektor eine Belastungsprobe für die Aktienmärkte erwartet.

Auch die Rentenmärkte verzeichnen einen deutlichen Anstieg der Volatilität. Die Verzinsung 10-jähriger Staatsanleihen lag von Februar bis Mitte April meistens unter der 4 Prozent Marke, schnellte dann jedoch im Zeitraum zwischen Mai und Juli auf Stände zwischen 4,5 Prozent und 4,7 Prozent hoch. Damit verzeichnete diese Rendite das höchste Niveau seit dem Ausbruch der Subprime-Krise. Die EZB trat den damit verbundenen Inflationsrisiken Anfang Juli noch mit einer Leitzinserhöhung von 4 Prozent auf 4,25 Prozent entgegen. Ende Dezember lag die Verzinsung der 10-jährigen Staatsanleihen aufgrund der Marktentwicklung bei rund 2,9 Prozent.

Trotz des zuletzt allgemein sinkenden Zinsniveaus lassen sich weiter hohe Kreditaufschläge im Bereich des nicht staatlichen Anleihemarkts feststellen. So hat sich beispielsweise das Spreadniveau zwischen 10-jährigen Pfandbriefen und 10-jährigen Staatsanleihen zum Ende des letzten Quartals teilweise auf über 100 Basispunkte ausgeweitet. Diese Entwicklung symbolisiert zum einen das extrem hohe Maß an Unsicherheit, das die Kapitalmärkte gegenwärtig dominiert. Zum anderen macht es deutlich, welche Bedeutung dem Liquiditätsrisiko gegenwärtig zugeschrieben wird.

Der Kapitalanlagebestand der Provinzial ist um 3,0 Prozent auf 6 503,9 Millionen Euro gesunken. Das Kapitalanlageergebnis lag bei 210,6 Millionen Euro. Dies entspricht einer Nettoverzinsung von 3,2 Prozent (Vorjahr: 4,5 Prozent). Das laufende Nettoergebnis aus Kapitalanlagen hat sich von 280,5 Millionen Euro auf 285,4 Millionen Euro erhöht. Das übrige Ergebnis aus Kapitalanlagen zeigte sich durch marktbedingte

Abschreibungen und Abgangsverluste mit 74,8 Millionen deutlich negativ. Abschreibungen auf Anteile eines Spezialfonds mit einem Betrag von 40,7 Millionen Euro wurden nicht vorgenommen; die Bewertung der Spezialfonds erfolgte nach den Vorschriften des Anlagevermögens.

Die stillen Reserven betragen zum Bilanzstichtag 0,5 Prozent der gesamten Kapitalanlagen.

In Aktien und Investmentanteile wurden lediglich 99,8 Millionen Euro investiert. Demgegenüber wurden zur Risikominderung Fondsanteile mit einem Buchwert in Höhe von 490,8 Millionen Euro veräußert. Hieraus ergab sich ein Abgangsverlust von 31,4 Millionen Euro. Abschreibungen wurden in Höhe von 59,2 Millionen Euro vorgenommen. Weitere Abschreibungen in Höhe von 40,7 Millionen Euro wurden wegen voraussichtlich nicht dauernder Wertminderung unterlassen. Die durchgerechnete Bruttoaktienquote betrug zum Bilanzstichtag 1,0 Prozent auf Buchwertbasis. Aktienbestände in den Spezialfonds waren teilweise durch derivative Finanzinstrumente gesichert.

Der Bestand an festverzinslichen Wertpapieren wurde von 24,4 Millionen Euro auf 25,7 Millionen Euro ausgebaut.

An Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen wurden 13,4 Millionen Euro neu ausgeliehen. Tilgungen flossen in Höhe von 32,2 Millionen Euro zurück. Einzelwertberichtigungen bestehen in Höhe von 0,4 Millionen Euro.

Kapitalanlagen

Aufteilung nach Anlagearten

Grundstücke	0,1 %	2,0 %	verbundene Unternehmen und Beteiligungen
Wertpapiere	15,6 %	5,1 %	Hypotheken
Namenschuldverschreibungen und Namensgenussscheine	46,7 %		
sonstige Kapitalanlagen	4,0 %	26,5 %	Schuldscheinforderungen

Bei Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen waren Zugänge in Höhe von 794,1 Millionen Euro zu verzeichnen, davon entfallen 20,4 Millionen Euro auf die Aktivierung von Zerozinsertträgen. Die Zinsentwicklung im Geschäftsjahr wurde genutzt, die Duration im Zinsbestand zu verlängern und somit den längerfristigen Verpflichtungen auf der Passivseite geeigneter Rechnung zu tragen. Getilgt bzw. verkauft wurden 569,2 Millionen Euro. Es wurden Kursgewinne von 16,3 Millionen Euro erzielt.

Nach der vom GDV empfohlenen Berechnungsmethode ergab sich im Berichtsjahr eine laufende Durchschnittsverzinsung der Kapitalanlagen von 4,4 Prozent (Vorjahr: 4,2 Prozent).

Mitarbeiter

Der Erfolg unseres Unternehmens ist im hohen Maße von der herausragenden Qualität der Mitarbeiter sowie einer ausreichenden Anzahl geeigneter und erfahrener Fach- und Führungskräfte abhängig. Aus diesem Grund wurde das Projekt „Potenzial- und Nachfolgemanagement“ initiiert. Das strategische Nachfolgemanagement in der VGH beinhaltet die regelmäßige Einschätzung möglicher personeller Risiken und Engpässe sowie die Entwicklung und den Einsatz von geeigneten Potenzialbeurteilungs-, Auswahl- und Qualifizierungsmaßnahmen. Derzeit findet eine quantitative und qualitative Bedarfsplanung bei den relevanten Schlüsselfunktionen im Unternehmen statt.

Zum zweiten Mal in Folge wurde die VGH mit dem „InnoWard“, dem Bildungspreis der Deutschen Versicherungswirtschaft ausgezeichnet. In der Kategorie „Personalentwicklung/Qualifizierung“ konnte die VGH unter 15 Teilnehmern, mit dem seit Januar 2007 laufendem Traineeprogramm „Übernahme einer Vertretung“ überzeugen. Besonders hervorgehoben wurde, dass mit diesem stringenten Traineeprogramm innerhalb des Unternehmens ein Schlüssel gefunden wird, der beispielhaft hilft, das Problem der Agenturnachfolge aktiv zu lösen. Wir freuen uns sehr über die Auszeichnung und unterstreichen damit die unternehmenspolitische Entscheidung, den Agentur-Vertriebsweg mittel- und langfristig als entscheidendes Wettbewerbsselement zu fördern.

Die VGH verfolgt weiterhin eine kontinuierliche, umsichtige Stellenentwicklung und bleibt ein attraktiver Arbeitgeber mit vielfältigen Berufschancen. Sie beschäftigt insgesamt 2 247 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und leistet damit als niedersächsisches Unternehmen einen bedeutenden Anteil zur Einkommenserzielung privater und öffentlicher Haushalte in der Region.

Dank des Vorstands

Unser besonderer Dank gilt den hauptberuflichen Vertretungen und Sparkassen sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren großartigen Einsatz und die besonderen Leistungen. Alle haben wesentlich zum Erfolg unserer Unternehmen im Geschäftsjahr 2008 beigetragen. Auch den Personalräten und der Frauenbeauftragten danken wir für die konstruktive Zusammenarbeit.

Risiken der zukünftigen Entwicklung

Das Risiko-Management-System der Provinzial ist seit mehreren Jahren etabliert und wird von der Internen Revision in regelmäßigen Abständen einer Prüfung unterzogen. Wir untergliedern das Gesamtrisiko in folgende Kategorien:

- Versicherungstechnisches Risiko
- Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft
- Risiken aus Kapitalanlagen
- Operationelle und sonstige Risiken

Versicherungstechnisches Risiko

Das versicherungstechnische Risiko in der Lebensversicherung besteht im Wesentlichen darin, dass aus der im Voraus festgesetzten Prämie eine langfristig gleich bleibende Versicherungsleistung zu erbringen ist, die von zukünftigen Entwicklungen abhängt. Zur Beschränkung dieses Risikos werden in den Kalkulationsgrundlagen der Lebensversicherer Sicherheitszuschläge berücksichtigt. Sofern sich die in den Kalkulationsgrundlagen eingerechneten Sicherheitszuschläge als unzureichend erweisen, werden neue Rechnungsgrundlagen und Konzepte zur Stärkung der Deckungsrückstellung erarbeitet. Die verwendeten biometrischen Rechnungsgrundlagen werden von der Aufsichtsbehörde und der Deutschen Aktuarvereinigung als ausreichend für die Berechnung der Deckungsrückstellung angesehen.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft

Das mögliche Risiko eines Forderungsausfalls im Versicherungsgeschäft ist bei der Provinzial gering. Die fälligen Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern am Bilanzstichtag betragen 6,5 Millionen Euro, hiervon sind 1,8 Millionen Euro älter als 90 Tage.

Risiken aus Kapitalanlagen

Die Kapitalanlagen der Provinzial werden unter strikter Beachtung der gesetzlichen, aufsichtsrechtlichen und innerbetrieblichen Bestimmungen in einem strukturierten Anlageprozess investiert. Das Portfolio der Provinzial ist global ausgerichtet und vereint die positiven Effekte breiter Diversifikation und hoher Granularität. Durch das Risikomanagement wird eine laufende Überwachung der Kapitalanlagentätigkeit insbesondere im Hinblick auf die Marktwert Risiken sichergestellt. Ziel ist es, die Risiken der Kapitalanlage frühzeitig zu erkennen, zu analysieren und aufzuzeigen, damit notwendige Gegenmaßnahmen eingeleitet werden können. Der Vorstand wird regelmäßig über die aktuelle Risikosituation informiert. Die Risiken aus Kapitalanlagen umfassen im Wesentlichen:

- Preisrisiken bei nachteiligen Veränderungen der Märkte
- Bonitätsrisiken durch den Ausfall eines Emittenten oder Kontrahenten
- Liquiditätsrisiken durch nicht zeitgerechte Liquiditätszu- und -abflüsse

Grundlage des Risikomanagements bilden das vom Vorstand verabschiedete Risikokapital, das festgelegte Anlageuniversum und die Limitsysteme. Das verfügbare Risikokapital wird mindestens einmal jährlich im Rahmen des Planungsprozesses vom Vorstand im Hinblick auf die absolute Höhe und die prozentuale Risikoauslastung beschlossen.

Das Risikomanagementsystem misst die aus der eingegangenen Kapitalanlagestrategie resultierenden Risiken und stellt sie dem verfügbaren Risikokapital gegenüber. Die Risikomessung erfolgt auf Basis einer Value-at-Risk-Systematik mit einem Konfidenzniveau von 99 Prozent für verschiedene Haltedauern. Die so ermittelten Risikofaktoren werden unter Berücksichtigung von Korrelationen auf die Risikoexposition der Kapitalanlagen angewendet. So ist gewährleistet, dass die Auswirkungen ungünstiger Kapitalmarktentwicklungen auf die Finanz- und Ertragslage des aktuellen Kapitalanlagebestands jederzeit beurteilt werden können.

Die Provinzial verfolgt ein mehrdimensionales Risikosteuerungskonzept mit monatlicher Risikoquantifizierung. Neben der betriebswirtschaftlichen Risikodimension (d. h. im Asset-Liability-Kontext) ist eine rechnungslegungsorientierte (im G+V und Bilanzkontext) und eine aufsichtsrechtliche Betrachtungsweise implementiert. Im Rahmen der risikoadjustierten Portfoliosteuerung wird auf Basis einer Auslastungsanalyse des verfügbaren Risikokapitals über Risikonahme bzw. Risikoreduktion entschieden. Im Fokus liegt dabei immer der Engpass der drei betrachteten Dimensionen. Im operativen Risikomanagement können derivative Finanzinstrumente vor allem zur Sicherung von Marktpreisrisiken und zur Steuerung der Aktienquote eingesetzt werden. Währungsrisiken sind von untergeordneter Bedeutung, da die Vermögensanlage im Wesentlichen in Euro bzw. währungsgesichert getätigt wird.

Das Kreditrisiko für Wertpapiere wird mittels eines mathematisch-stochastischen Verfahrens, das die Veränderung von Credit-Spreads abschätzt, gemessen. Dieses Vorgehen bezieht das Ausfallrisiko und das Downgrade-Risiko indirekt mit ein. Wir unterscheiden den intern gemanagten Direktbestand und den extern gemanagten Spezialfonds. Im Direktbestand wird grundsätzlich nur in Zinstitel hoher Bonität investiert. Ab einem Rating von AA erfolgt die Messung und Überwachung des Kreditrisikos mittels mathematisch-stochastischer Verfahren. Im Spezialfonds-Bestand wird das Kreditrisiko aller Zinsinvestments, d.h. unabhängig vom Rating, in gleicher Art und Weise gemessen und überwacht. Im Bestand befinden sich ungedeckte Zinstitel von Banken mit einem Buchwert von 590,3 Mio. Euro, diese Titel weisen einen Zeitwert von 545,7 Mio. Euro auf. Alle Titel sind von Emittenten die mindestens ein Investmentgrade-Rating aufweisen.

Der jederzeitigen Erfüllbarkeit aller Zahlungsverpflichtungen wird unterjährig durch eine detaillierte Liquiditätsplanung und -steuerung, die auf Jahresbasis aufsetzt und dann auf Monats- und Tagesbasis heruntergebrochen wird, Rechnung getragen.

Zusätzlich werden die Asset-Liability-Management-Methoden zur Durationssteuerung eingesetzt. So ist sichergestellt, dass in Niedrigzinsphasen die Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Rechnungszins gewährleistet ist.

Auf Anforderung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht war von allen Versicherungsgesellschaften zum 31. Dezember 2008 ein Stresstest durchzuführen, der vier negative Kapitalmarktszenarien simuliert. Die Ergebnisse zeigen, dass die Provinzial alle vier Szenarien verkraftet, ohne dass die Risikotragfähigkeit des Unternehmens gefährdet wäre. Freiwillige unterjährige Stresstests fielen ebenfalls ausnahmslos positiv aus.

Ergebnisse des Stresstests

Szenario	Renten – 10 %	Aktien – 16 %	Renten – 5 %	Immobilien – 10 %
			Aktien – 12 %	Aktien – 12 %
Solvabilität nach				
Stressszenario	162,5 %	168,8 %	164,5 %	160,6 %

Die Kapitalanlagen der Provinzial in Höhe von 6,7 Milliarden Euro dienen zum überwiegenden Teil der Bedeckung von zukünftigen Verpflichtungen gegenüber unseren Versicherungsnehmern. Dies stellt besondere Anforderungen an die Sicherheit der Kapitalanlage und an ein damit korrespondierendes Risikomanagement. Die Provinzial sichert daher, neben den oben beschriebenen Risikosystemen, zusätzlich über langfristige, stochastische Simulationen im Rahmen des Asset-Liability-Managements ab, dass die gewählte Kapitalanlagestrategie die Erfordernisse der zinspflichtigen Passiva erfüllen kann. Auf Basis dieser Untersuchungen erfolgt auch die langfristige Liquiditätssteuerung.

Operationelle und sonstige Risiken

Das operationelle Risiko betrifft Risiken, die durch menschliches oder technisches Versagen bzw. durch externe Einflussfaktoren entstehen oder die aus vertraglichen Vereinbarungen oder rechtlichen Rahmenbedingungen resultieren.

Technische Risiken können insbesondere durch eine unzureichende Systemverfügbarkeit sowie den Ausfall technischer Einrichtungen entstehen. Da die wesentlichen Dienstleistungen für EDV-Anwendungen und -Technik auf die ivv – Informationsverarbeitung für Versicherungen GmbH (ivv) übertragen wurden, hat die Provinzial Rahmenvereinbarungen mit der ivv getroffen, um die EDV-Risiken zu begrenzen. Eine umfassende Sicherheitsstrategie, die u. a. die räumlich getrennte Archivierung wichtiger Daten, redundante Rechnersysteme sowie regelmäßige Notfallübungen beinhaltet, gewährleistet in der ivv die Sicherheit und Funktionsfähigkeit der eingesetzten EDV-Systeme. Eine systematische Revision in Zusammenarbeit mit dem IT-Sicherheitsmanagement sowie interne Kontrollen tragen darüber hinaus zur Sicherheit und Verfügbarkeit der EDV-Anlagen, Daten und Programme bei.

Risikoaspekten im organisatorischen und funktionalen Verwaltungsbereich wird durch das Interne Kontrollsystem begegnet, welches das Fehlerrisiko in den Geschäftsprozessen und das Risiko unternehmensschädigender Handlungen reduziert. Alle Zahlungsströme unterliegen strengen Regelungen hinsichtlich der Vollmachten und Kontroll-

verfahren. Entsprechende Funktionstrennungen in den Arbeitsabläufen, das Vier-Augen-Prinzip sowie Stichprobenverfahren nach dem Zufallsprinzip minimieren das Risiko unternehmensschädigender Handlungen bei der Erledigung von Geschäftsvorfällen. Die Angemessenheit, Wirksamkeit und Funktionsfähigkeit des Internen Kontrollsystems wird durch die Interne Revision im Rahmen ihrer Prüfungstätigkeit laufend überwacht.

Rechtliche Risiken können insbesondere aus veränderten Rahmenbedingungen resultieren, die durch Gesetzesänderungen oder gerichtliche Entscheidungen bedingt sind. Diese schließen zivil- und handelsrechtliche sowie bilanz- und steuerrechtliche Risiken ein. Diesen Risiken wird durch das rechtzeitige Ergreifen entsprechender Maßnahmen wie der Begleitung von Vertragsverhandlungen sowie der Überprüfung und Anpassung von bestehenden Verträgen begegnet. Darüber hinaus beobachten wir fortlaufend Änderungen im rechtlichen Umfeld, die unser Unternehmen beeinflussen könnten, und treffen alle erforderlichen und geeigneten Vorkehrungen zur Beherrschung der sich ergebenden Risiken. Neben der Umsetzung des neuen Versicherungsvertragsgesetzes (VVG) bildete die rechtliche Begleitung der im Zuge der Finanzmarktkrise zu bewältigenden Maßnahmen den Schwerpunkt der unternehmensübergreifenden rechtlichen Beratung im Berichtsjahr.

Das strategische Risiko ist immer dann von Bedeutung, wenn auf langfristige Entwicklungen reagiert werden muss, das Unternehmen neu ausgerichtet wird oder steigender Wettbewerb bzw. eine sich verändernde Marktstruktur die Unternehmensziele gefährden. Für die Identifikation der strategischen Risiken bilden die strategischen Unternehmensziele eine wichtige Orientierung. Alle strategischen Veränderungen und deren Auswirkung auf Erfolg und Risiko sind Bestandteil des laufenden Überwachungs- und Controlling-Prozesses.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Mit Hilfe des Risiko-Management-Systems der Provinzial Lebensversicherung sind Risiken, die sich wesentlich oder bestandsgefährdend auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auswirken können, frühzeitig erkennbar. Durch das systematische Erfassen von Veränderungen der Risikopositionen gewährleistet das Risikofrüherkennungssystem, dass den einzelnen Risiken durch geeignete Maßnahmen rechtzeitig begegnet werden kann. Im Ergebnis ist festzustellen, dass gegenwärtig keine Risiken erkennbar sind, die die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Provinzial Lebensversicherung nachhaltig oder wesentlich beeinträchtigen.

Grundsätze der Unternehmensstrategie

Unsere Unternehmensstrategie basiert auf den Grundsätzen Unternehmerische Selbstständigkeit, Regionalität, Verbund mit der Sparkassen-Finanzgruppe, Gemeinwohlorientierung sowie Starke Partnerschaften. Um unsere Wettbewerbsfähigkeit durch Produktivitätswachstum nachhaltig zu sichern, haben wir folgende Ziele formuliert:

- Überdurchschnittliche Ertragskraft
- Marktführerschaft
- Enge Kundenbindung und ausgeprägte Kundennähe
- Attraktive Produkte
- Überdurchschnittliche Servicequalität

Wir setzen auf unsere Hauptvertriebswege Vertretungen und Sparkassen mit hohen Serviceleistungen vor Ort. Die Produktpolitik zielt darauf ab, geänderte Kundenbedürfnisse in neue Produkte umzusetzen. Ein verstärkt modulares Vorgehen sichert dabei Schnelligkeit und Flexibilität. Durch eine Optimierung der Geschäftsprozesse lassen sich Kosten gering halten, um unseren Kunden ein gutes Preis-Leistungs-Verhältnis zu bieten. Personalpolitisch setzen wir auf Ziel- und Teamorientierung, Qualifizierung sowie eine vorausschauende Personaleinsatzsteuerung.

Prognosebericht

Der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. geht für die Lebensversicherung insgesamt (einschließlich Pensionskassen und Pensionsfonds) von einem Rückgang der Beitragseinnahmen um 1 Prozent aus. Dies ist neben den deutlich verschlechterten gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der daraus sich noch verstärkenden Vorsichts- und Abwartehaltung breiter Bevölkerungskreise auf das hohe Niveau der regulären Abläufe zurückzuführen. Allein durch die Verträge, die 2004 im Vorfeld des Alterseinkünftegesetzes abgeschlossen worden sind und in 2009 nach Ende der Fünfjahresfrist zur Beitragsfreistellung ablaufen, führen zu einer Beitrags-einbuße von knapp 2 Prozent. Chancen für die Lebensversicherung bestehen dagegen in dem noch keineswegs gedeckten Bedarf an zusätzlicher privater Altersversorgung. Auch die aktuelle Finanzmarktkrise dürfte perspektivisch die Aussichten für die klassische Lebensversicherung verbessert haben.

Vor dem Hintergrund der gestiegenen Kundenanforderungen und eines härteren Wettbewerbs hat in den Folgejahren die Ausrichtung der Provinzial auf Wachstum unter Sicherung solider Ertragskraft, hoher Servicequalität und enger Kundenbindung Priorität. Für das Jahr 2009 ist vorgesehen, die Lebensversicherung als Schwerpunkt in den Vertriebsaktivitäten zu platzieren. Aus dieser Maßnahme und den ersten Auswirkungen des Strategieprojekts der Provinzial wird als Ergebnis ein Neugeschäft abgeleitet, das gemessen am statistischen Jahresbeitrag spürbar über dem Gesamtergebnis 2008 liegt. Darüber hinaus soll durch eine bessere Platzierung der Einmalbeitragsprodukte das Neugeschäft forciert werden, um zusätzliches Beitragswachstum zu generieren.

Hannover, den 23. Februar 2009

Der Vorstand

Übrige Angaben

A. Bewegung des Bestandes an selbst abgeschlossenen Lebensversicherungen im Geschäftsjahr 2008

	Gesamtes selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft			
	(nur Hauptversicherungen)	(Haupt- und Zusatzversicherungen)		(nur Hauptversicherungen)
	Anzahl der Versicherungen	Laufender Beitrag für 1 Jahr	Einmalbeitrag	Versicherungssumme bzw. 12-fache Jahresrente
		Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	834 637	549 013		25 481 365
II. Zugang während des Geschäftsjahres				
1. Neuzugang				
a) eingelöste Versicherungsscheine	67 723	26 817	31 701	1 807 008
b) Erhöhungen der Versicherungssummen (ohne Pos. 2)		10 247	6 204	154 959
2. Erhöhungen der Versicherungssummen durch Überschussanteile				47 679
3. Übriger Zugang	316	228		11 429
4. Gesamter Zugang	68 039	37 292	37 905	2 021 075
III. Abgang während des Geschäftsjahres				
1. Tod, Berufsunfähigkeit etc.	2 291	1 362		51 582
2. Ablauf der Versicherung/Beitragszahlung	24 079	25 437		960 475
3. Rückkauf und Umwandlung in beitragsfreie Versicherungen	26 618	23 326		813 332
4. Sonstiger vorzeitiger Abgang	4 643	1 724		244 694
5. Übriger Abgang	1 158	396		10 501
6. Gesamter Abgang	58 789	52 245		2 080 584
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	843 887	534 060		25 421 856

Einzelversicherungen								Kollektivversicherungen	
Kapitalversicherungen (einschl. Vermögensbildungs- versicherungen) ohne Risikoversicherungen und sonst. Lebensversicherungen		Risikoversicherungen		Rentenversicherungen (einschl. Berufsunfähig- keits- und Pflegerentenver- sicherungen) ohne sonstige Lebensversicherungen		Sonstige Lebensversicherungen			
Anzahl der Ver- sicherungen	Laufender Beitrag für 1 Jahr	Anzahl der Ver- sicherungen	Laufender Beitrag für 1 Jahr	Anzahl der Ver- sicherungen	Laufender Beitrag für 1 Jahr	Anzahl der Ver- sicherungen	Laufender Beitrag für 1 Jahr	Anzahl der Ver- sicherungen	Laufender Beitrag für 1 Jahr
	Tsd. €		Tsd. €		Tsd. €		Tsd. €		Tsd. €
415 721	348 147	122 435	50 325	214 063	135 650	3 078	3 539	79 340	11 352
6 301	3 566	11 445	5 482	26 100	15 013	1 633	1 905	22 244	851
	2 848		70		7 212		48		69
158	174			32	47			126	7
6 459	6 588	11 455	5 552	26 132	22 272	1 633	1 953	22 370	927
1 338	896	273	144	389	288	2	10	289	24
10 387	14 663	7 997	2 529	1 035	7 656		81	4 660	508
16 691	15 272	730	571	7 948	6 672	282	347	967	464
	7	4 638	1 714		2			5	1
		112	34	957	284			89	78
28 416	30 838	13 750	4 992	10 329	14 902	284	438	6 010	1 075
393 764	323 897	120 130	50 885	229 866	143 020	4 427	5 054	95 700	11 204

B. Struktur des Bestandes an selbst abgeschlossenen Lebensversicherungen (ohne Zusatzversicherungen)

	Gesamtes selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft		Kapitalversicherungen (einschl. Vermögensbildungsversicherungen) ohne Risikoversicherungen und sonst. Lebensversicherungen	
	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme bzw. 12-fache Jahresrente Tsd. €	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme Tsd. €
1. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	834 637	25 481 365	415 721	11 771 064
davon beitragsfrei	143 952	2 242 818	56 459	1 040 394
2. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	843 887	25 421 856	393 764	11 066 370
davon beitragsfrei	161 043	2 365 095	54 584	965 344

C. Struktur des Bestandes an selbst abgeschlossenen Zusatzversicherungen

	Zusatzversicherungen insgesamt		Unfall-Zusatzversicherungen	
	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme bzw. 12-fache Jahresrente Tsd. €	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme Tsd. €
1. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	217 060	10 769 870	78 389	2 039 673
2. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	203 335	10 257 748	71 075	1 867 970

Einzelversicherungen						Kollektivversicherungen	
Risikoversicherungen		Rentenversicherungen (einschl. Berufsunfähigkeits- und Pflegerentenversiche- rungen) ohne sonstige Lebensversicherungen		Sonstige Lebensversicherungen			
Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe	Anzahl der Versicherungen	12-fache Jahresrente	Anzahl der Versicherungen		Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe bzw. 12-fache Jahresrente
	Tsd. €		Tsd. €		Tsd. €		Tsd. €
122 435	6 637 830	214 063	6 103 200	3 078	72 624	79 340	896 647
4 356	40 617	17 570	589 195	172	1 899	65 395	570 713
120 130	6 663 707	229 866	6 571 392	4 427	112 401	95 700	1 007 986
4 322	51 497	19 317	649 725	218	2 454	82 602	696 075

Berufsunfähigkeits- oder Invaliditäts- Zusatzversicherungen		Risiko- und Zeitrenten- Zusatzversicherungen		Sonstige Zusatz- versicherungen	
Anzahl der Versicherungen	12-fache Jahresrente	Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe bzw. 12-fache Jahresrente	Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe bzw. 12-fache Jahresrente
	Tsd. €		Tsd. €		Tsd. €
129 144	8 574 961	5	184	9 522	155 052
123 359	8 239 421	4	176	8 897	150 181

Übrige Angaben

Einzelversicherung

Kapitalbildende Lebensversicherung

Vermögensbildungsversicherung

Risikolebensversicherung

Renten- und Pensionsversicherung

Berufsunfähigkeitsversicherung

Fondsgebundene Lebensversicherung

Versicherungen nach Altersvermögensgesetz

Kollektivversicherung

Kapitalbildende Lebensversicherung

Bausparrisikoversicherung

Restschuldversicherung

Renten- und Pensionsversicherung

Zusatzversicherung

Unfallzusatzversicherung

Berufsunfähigkeits(Invaliditäts)-Zusatzversicherung

Risikozusatzversicherung

Gewinnverwendungsvorschlag

Der Bilanzgewinn wird mit 1 050 Tausend Euro ausgewiesen.

Der Trägerversammlung am 25. März 2009 wird vorgeschlagen, den ausgewiesenen Bilanzgewinn zur Ausschüttung einer Dividende von 7 Prozent auf das eingezahlte Trägerkapital von 15 Millionen Euro an die Träger zu verwenden.

Hannover, den 23. Februar 2009

Der Vorstand

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2008

Aktivseite	2008			2007
	€	€	€	€
A. Ausstehende Einlagen auf das Trägerkapital			45 000 000	45 000 000
davon eingefordert: 0 (0) €				
B. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände			2 483 263	2 936 245
C. Kapitalanlagen				
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		9 342 151		27 789 854
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	611 292			100 000
2. Beteiligungen	127 634 357			120 563 405
3. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	4 966 726	133 212 375		2 781 731
III. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	986 750 670			1 436 955 108
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	25 694 490			24 439 220
3. Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen	332 342 377			351 604 162
4. Sonstige Ausleihungen	4 837 552 199			4 697 615 569
5. Einlagen bei Kreditinstituten	94 000 000			46 000 000
6. Andere Kapitalanlagen	85 000 000	6 361 339 736	6 503 894 262	0
D. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice			11 902 717	13 671 029
E. Forderungen				
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:				
1. Versicherungsnehmer	24 571 336			22 974 691
2. Versicherungsvermittler	1 061 514	25 632 850		1 075 113
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft		449 176		213 992
III. Sonstige Forderungen		175 493 319	201 575 345	5 256 908
davon: an verbundene Unternehmen 170 522 719 (551 753) €				
davon: an Beteiligungsunternehmen 0 (0) €				
F. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Sachanlagen und Vorräte		640 077		710 020
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		12 299 465		16 741 882
III. Andere Vermögensgegenstände		327 275	13 266 817	2 131 636
G. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		106 528 329		100 773 297
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		33 788 335	140 316 664	35 668 715
Summe der Aktivseite			6 918 439 068	6 955 002 577

Passivseite	2008			2007
	€	€	€	€
A. Eigenkapital				
I. Trägerkapital		60 000 000		60 000 000
II. Kapitalrücklage		100 000 000		100 000 000
III. Gewinnrücklagen				
1. Satzungsmäßige Rücklage	6 000 000			6 000 000
2. Andere Gewinnrücklagen	12 500 000	18 500 000		12 500 000
IV. Bilanzgewinn		1 050 000	179 550 000	1 050 000
B. Sonderposten mit Rücklageanteil			0	243 063
C. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	58 668 206			67 434 605
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	10 077 769	48 590 437		11 087 500
II. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	5 996 290 175			5 953 800 079
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	174 771 563	5 821 518 612		170 096 380
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	36 511 889			34 728 849
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	2 982 275	33 529 614		3 242 076
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung				
1. Bruttobetrag	524 458 899			574 133 602
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0	524 458 899	6 428 097 562	0
D. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird				
I. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	11 620 677			13 490 768
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0	11 620 677		0
II. Übrige versicherungstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag	282 040			180 261
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0	282 040	11 902 717	0
E. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		46 494 509		46 245 971
II. Steuerrückstellungen		11 828 229		10 269 080
III. Sonstige Rückstellungen		10 667 668	68 990 406	10 835 500
Übertrag:			6 688 540 685	6 706 485 822

			2008	2007
	€	€	€	€
Übertrag:			6 688 540 685	6 706 485 822
F. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft			184 849 332	181 183 880
G. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber:				
1. Versicherungsnehmern	28 039 520			37 701 243
2. Versicherungsvermittlern	1 806 355	29 845 875		2 271 710
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		160 591		763 881
III. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		1 099		1 909
IV. Sonstige Verbindlichkeiten		5 940 708	35 948 273	13 449 097
davon: aus Steuern 418 634 (731 612) €				
davon: im Rahmen der sozialen Sicherheit 242 306 (265 840) €				
davon: gegenüber verbundenen Unternehmen 1 350 672 (7 904 913) €				
davon: gegenüber Beteiligungsunternehmen 0 (0) €				
H. Rechnungsabgrenzungsposten			9 100 778	13 145 035
Summe der Passivseite			6 918 439 068	6 955 002 577

Bestätigung gemäß AktuarV:

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter den Posten C II und D I der Passiva eingestellten Deckungsrückstellungen unter Beachtung des § 341 f HGB sowie der auf Grund des § 65 Absatz 1 VAG erlassenen Rechtsverordnungen berechnet worden sind; für den Altbestand im Sinne von § 11 c VAG und des Artikels 16 § 2 Satz 2 des Dritten Durchführungsgesetzes/EWG zum VAG ist die Deckungsrückstellung nach dem zuletzt am 11.11.2008 genehmigten Geschäftsplan berechnet worden.

Hannover, den 23. Februar 2009

Krüger
Verantwortlicher Aktuar

Bestätigung gemäß VAG:

In analoger Anwendung zu § 73 VAG bestätige ich, dass das Sicherungsvermögen vorschriftsmäßig angelegt und aufbewahrt ist.

Hannover, den 24. Februar 2009

Dr. Plathe
Treuhänder

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2008

	2008			2007
	€	€	€	€
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	582 541 241			593 432 901
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	- 21 985 863	560 555 378		- 28 848 196
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	8 766 398			5 097 639
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	- 1 009 730	7 756 668	568 312 046	- 417 820
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			53 465 850	35 282 520
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen davon: aus verbundenen Unternehmen 0 (0) €		7 408 786		9 169 424
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen davon: aus verbundenen Unternehmen 171 012 (171 012) €				
aa) Erträge aus Grundstücken	1 768 654			2 292 688
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	287 497 310	289 265 964		277 378 133
c) Erträge aus Zuschreibungen		0		283 820
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		31 876 326		20 789 810
e) Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens mit Rücklageanteil		243 063	328 794 139	24 307
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen			0	284 233
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge feR			3 132 714	427 397
6. Aufwendungen für Versicherungsfälle feR				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	- 665 785 157			- 598 897 406
bb) Anteil der Rückversicherer	20 351 277	- 645 433 880		14 577 479
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	- 1 783 040			3 831 692
bb) Anteil der Rückversicherer	- 259 801	- 2 042 841	- 647 476 721	- 443 226
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung				
aa) Bruttobetrag	- 40 620 005			- 101 276 772
bb) Anteil der Rückversicherer	4 675 183	- 35 944 822		17 016 745
b) Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen		- 101 779	- 36 046 601	- 216
8. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung feR			- 79 006 575	- 158 152 303
Übertrag:			191 174 852	91 852 849

	2008			2007
	€	€	€	€
Übertrag:			191 174 852	91 852 849
9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb feR				
a) Abschlussaufwendungen	- 40 603 102			- 40 214 248
b) Verwaltungsaufwendungen	- 11 903 149	- 52 506 251		- 12 552 245
c) davon ab: Erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		5 062 651	- 47 443 600	3 549 648
10. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zins- und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		- 10 895 324		- 7 546 676
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		- 72 782 134		- 2 543 920
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		- 34 565 095	- 118 242 553	- 4 252 985
11. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen			- 4 720 101	- 17 637
12. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen feR			- 7 685 452	- 10 605 870
13. Versicherungstechnisches Ergebnis feR			13 083 146	17 668 916
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge		3 747 303		4 129 733
2. Sonstige Aufwendungen		- 12 322 226	- 8 574 923	- 16 048 617
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			4 508 223	5 750 032
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		- 3 427 619		- 2 164 178
5. Sonstige Steuern		- 30 604	- 3 458 223	- 35 854
6. Jahresüberschuss			1 050 000	3 550 000
7. Einstellungen in andere Gewinnrücklagen			0	- 2 500 000
8. Bilanzgewinn			1 050 000	1 050 000

Anhang

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

B. Immaterielle Vermögensgegenstände

Die Bewertung der immateriellen Vermögensgegenstände erfolgt mit den Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer.

C. Kapitalanlagen

Grundstücke werden mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um die steuerlich zulässigen linearen und degressiven Abschreibungen, ausgewiesen.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sind mit Anschaffungskosten oder mit dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet. Der Bilanzwert der Personengesellschaften ergibt sich aus dem erworbenen Kapitalanteil zuzüglich Kapitalaufstockungen abzüglich eventueller Kapitalrückflüsse. Das Wertaufholungsgebot wird beachtet.

Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, werden zum Nennwert bilanziert.

Aktien, Investmentanteile, Inhaberschuldverschreibungen, andere festverzinsliche Wertpapiere und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sind, soweit dem Umlaufvermögen zugeordnet, mit dem Börsen- oder Marktpreis, höchstens mit den Anschaffungskosten bewertet; das Wertaufholungsgebot wird beachtet.

Bei den dem Anlagevermögen zugeordneten Investmentanteilen erfolgt die Bewertung grundsätzlich zu Anschaffungskosten. Abschreibungen werden vorgenommen bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung.

Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen, Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sowie übrige Ausleihungen und andere Kapitalanlagen sind zum Nennwert bzw. in Höhe der noch nicht getilgten Rückzahlungsbeträge aktiviert. Erforderliche Abschreibungen werden vorgenommen. Agio- und Disagioträge werden durch aktive oder passive Rechnungsabgrenzung kapitalanteilig auf die Laufzeit verteilt.

Die Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sind teilweise zu Anschaffungskosten bewertet. Die unter den übrigen Ausleihungen ausgewiesenen nicht börsenfähigen Genussrechte sind teilweise zu Anschaffungskosten bilanziert.

Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine sind in Höhe der Rückzahlungsbeträge angesetzt.

Die unter den übrigen Ausleihungen bilanzierten Wertpapiere sind zum Nennwert bilanziert.

Einlagen bei Kreditinstituten werden mit dem Nominalbetrag ausgewiesen.

- D. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice**
- Die Kapitalanlagen für die fondsgebundene Lebensversicherung werden mit dem Zeitwert angesetzt.
- E. Forderungen**
- Forderungen werden grundsätzlich mit dem Nennwert angesetzt. Notwendige Abschreibungen und Wertberichtigungen werden vorgenommen.
- Die noch nicht fälligen Forderungen an Versicherungsnehmer sind für jede Versicherung einzelvertraglich, prospektiv und mit implizit angesetzten Kosten berechnet.
- F. Sonstige Vermögensgegenstände**
- Der Bilanzansatz der Sachanlagen und Vorräte erfolgt mit den Anschaffungskosten, vermindert um die steuerlich zulässige Absetzung für Abnutzung.
- Der Ausweis der laufenden Guthaben bei Kreditinstituten, der Schecks, des Kassenbestands sowie der anderen Vermögensgegenstände erfolgt mit dem Nennbetrag.
- B. Sonderposten mit Rücklageanteil**
- Dieser Posten wurde im Vorjahr, soweit steuerlich zulässig, auch in der Handelsbilanz gebildet.
- C. Versicherungstechnische Rückstellungen**
- Die Beitragsüberträge für das selbst abgeschlossene Geschäft werden je Versicherungsvertrag einzeln ermittelt. Sie sind um die steuerlich zulässigen verausgabten anteiligen Kosten gekürzt. Die Anteile für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft entsprechen den Rückversicherungsverträgen. Der koordinierte Ländererlass vom 9. 3. 1973 wird berücksichtigt.
- Die Deckungsrückstellung für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft einschließlich der darin enthaltenen Überschussbeteiligung ist für jede Versicherung einzelvertraglich, prospektiv und mit implizit angesetzten Kosten berechnet.
- Die Berechnungen für den Altbestand im Sinne des § 11 c VAG und des Artikels 16 § 2 Satz 2 des Dritten Durchführungsgesetzes/EWG zum VAG und die Berechnungen der Auffüllungsbeträge für Renten- und BU-Versicherungen sind nach den von der Aufsichtsbehörde genehmigten Geschäftsplänen erfolgt.

Für die wesentlichen Teilbestände des Altbestands werden

- bei Kapitalversicherungen die Sterbetafeln 1926/42 und 1967 mit einem Rechnungszins von 3 Prozent und einem Zillmersatz von 35 Promille der Versicherungssumme bzw. die Sterbetafel 1986 mit einem Rechnungszins von 3,5 Prozent und einem Zillmersatz von 35 Promille der Versicherungssumme,
- bei Rentenversicherungen die Sterbetafel 1949/51 mit einem Rechnungszins von 3 Prozent und einem Zillmersatz von 35 Prozent der Jahresrente bzw. die Sterbetafeln 1987 R mit einem Rechnungszins von 3,5 Prozent und einem Zillmersatz von 5 Prozent der Jahresrente sowie für die Berechnungen zur Ermittlung der Auffüllungsbeträge auf Basis des von der DAV empfohlenen Interpolationsverfahrens die Sterbetafeln DAV 2004 R Bestand und DAV 2004 R-B20, bzw. DAV 94 R, mit einem Rechnungszins von 4 Prozent als Rechnungsgrundlage verwendet.

Den Berechnungen für die wesentlichen Teilbestände des Neubestands liegen bei Kapitalversicherungen die DAV-Sterbetafeln 1994 T bzw. bei Rentenversicherungen die DAV-Sterbetafeln 1994 R und DAV 2004 R sowie ein Rechnungszins von 4 Prozent, 3,25 Prozent, 2,75 Prozent bzw. 2,25 Prozent und ein Zillmersatz von 40 Promille der Beitragssumme zugrunde.

Die Ermittlung der Auffüllungsbeträge für Rentenversicherungen erfolgt auf Basis des von der DAV empfohlenen Interpolationsverfahrens mit den Sterbetafeln DAV 2004 R-Bestand und DAV 2004 R-B20 und dem jeweiligen Rechnungszins. Zusätzlich werden bei der Berechnung Kapitalabfindungs- und Stornowahrscheinlichkeiten sowie Verwaltungskosten gemäß den Ermittlungsgrundsätzen der DAV berücksichtigt.

Die von uns eingesetzten biometrischen Rechnungsgrundlagen sind von der DAV hergeleitet worden und tragen den Erfordernissen des AGG Rechnung.

Nähere Hinweise über die Herleitung dieser biometrischen Rechnungsgrundlagen finden sich in den Blättern der Deutschen Gesellschaft für Versicherungs- und Finanzmathematik e. V. (DGVM), zu beziehen über den Springer Verlag Berlin/Heidelberg (www.springerlink.com). Weitere, nicht in den Blättern des DGVM veröffentlichte Hinweise finden sich unter www.aktuar.de (Veröffentlichungen/Sonstige).

Bei der Berechnung der Bonus- und Verwaltungskostenrückstellungen im Altbestand sowie im Neubestand liegen die gleichen Rechnungsgrundlagen vor wie bei der zugehörigen Hauptversicherung.

Die Berechnungen für den Schlussüberschussanteilfonds sind prospektiv und einzelvertraglich durchgeführt.

Für den Altbestand im Sinne des § 11c VAG und des Artikels 16 § 2 Satz 2 des Dritten Durchführungsgesetzes/EWG zum VAG wird der Schlussüberschussanteilfonds und der Fonds für die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven als Barwert der künftigen Leistungen unter Berücksichtigung der Ausscheidewahrscheinlichkeiten der jeweiligen Hauptversicherung und einem Gesamtdiskontsatz von 5,5 Prozent berechnet.

Der Schlussüberschussanteilfonds und der Fonds für die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven des Neubestands wird nach dem in § 28 Abs. 7 RechVersV beschriebenen Verfahren mit einem Gesamtdiskontsatz von 5,5 Prozent berechnet.

Der Anspruch auf Schlusszahlung für BU-Versicherungen wird in voller Höhe innerhalb des Schlussüberschussanteilfonds reserviert.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft wird individuell je Schadenfall ermittelt. Für Spätschäden wird die fällige Versicherungsleistung unter Abzug der Deckungsrückstellung passiviert.

Zu den noch nicht abgewickelten Versicherungsfällen werden die steuerlich rückstellungsfähigen Regulierungsaufwendungen hinzugesetzt. Für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft entsprechen die Rückstellungen den Rückversicherungsverträgen.

D. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird

Die Deckungsrückstellung der fondsgebundenen Lebensversicherungen sowie die übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen der fondsgebundenen Überschussanteile der AVmG-Verträge werden nach der retrospektiven Methode aus den vorhandenen Fondsanteilen der einzelnen Versicherungen ermittelt. Die Fondsanteile werden am Bilanzstichtag zum Zeitwert ermittelt.

E. Andere Rückstellungen

Die Pensionsrückstellung ist nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mit dem in § 6 a EStG festgelegten Teilwert der Verpflichtungen bewertet. Der Berechnung der Rückstellung liegen die „Richttafeln 2005 G“ von Dr. Klaus Heubeck mit einem Zinssatz von 6 Prozent zugrunde.

Pensionsrückstellungen für Zusagen aus Gehaltsverzicht werden in Höhe der Aktivwerte der abgeschlossenen Rückdeckungsversicherungen bilanziert.

Die Rückstellungen für Vorruhestand (im Vorjahr) und Altersteilzeit werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mit einem Zinssatz von 6 Prozent berechnet. Die Rückstellung für Altersteilzeit umfasst den Aufstockungsbetrag, den Erfüllungsrückstand und die Kapitalzahlungen zum Ausgleich von Abschlägen in der gesetzlichen Rentenversicherung. Verbindlich feststehende Vorruhestands- und Altersteilzeitvereinbarungen werden mit dem vollen Teilwert passiviert. Der Berechnung beider Rückstellungen sind die „Richttafeln 2005 G“ von Dr. Klaus Heubeck zugrunde gelegt.

Die Rückstellung für Mitarbeiterjubiläen wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Berücksichtigung eines Zinssatzes von 5,5 Prozent berechnet. Der Bewertung sind die „Richttafeln 2005 G“ von Dr. Klaus Heubeck zugrunde gelegt.

Alle übrigen Rückstellungen tragen den erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten angemessen Rechnung. Sie sind in der Höhe gebildet, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig sind.

F. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft

Die Depotverbindlichkeiten sind nach den Berechnungsgrundlagen der Rückversicherungsverträge ermittelt.

G. Andere Verbindlichkeiten

Der Ansatz erfolgt grundsätzlich mit dem Rückzahlungsbetrag. In einem Fall erfolgt eine Abzinsung unter Anwendung eines Diskontsatzes in Höhe von 3 Prozent.

Sonstige Angaben

Alle Positionen in Fremdwährung werden zu den Devisenmittelkursen des Bilanzstichtags bewertet.

Erläuterungen zur Jahresbilanz

C I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken

Der Grundbesitz umfasst zum Bilanzstichtag zwei Grundstücke ohne Bauten. Im Geschäftsjahr wurden keine Bauten selbst genutzt. Bei den Abschreibungen auf Grundstücke handelt es sich ausschließlich um planmäßige Abschreibungen.

C II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

C II 1. Anteile an verbundenen Unternehmen

VGH Projekt GmbH & Co. 1. Immobilien Verwaltungs KG, Hannover

C II 2. Beteiligungen

VV Immobilien GmbH & Co. US City KG, München

Anteile am Kapital	Eigenkapital gem. §266 Abs. 3 HGB	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres
%	Tsd. €	Tsd. €
100,00	96	1
22,22	145 137	- 14 207

In diesem Posten sind drei Beteiligungen enthalten, die mit einem Buchwert von insgesamt 36,9 Millionen Euro stille Lasten in Höhe von 12,4 Millionen Euro aufweisen. Diesen stillen Lasten stehen stille Reserven in Höhe von 20,9 Millionen Euro gegenüber.

**C III 1. Aktien, Investment-
anteile und andere
nicht festverzinsliche
Wertpapiere**

In diesem Posten ist ein Spezialsondervermögen enthalten, das mit einem Bilanzwert von 338,9 Millionen Euro und einem Zeitwert in Höhe von 298,2 Millionen Euro im Anlagevermögen ausgewiesen wird. Es wird von einer nur vorübergehenden Wertminderung ausgegangen; eine Abschreibung erfolgte nicht. Die Differenz zwischen Buchwert und Zeitwert ist durch die allgemeine Spreadausweitung bei Unternehmensanleihen und die Entwicklung der Aktienmärkte bedingt.

Weiterhin sind in diesem Posten derivative Finanzinstrumente (Optionen, Futures) mit einem Buchwert in Höhe von 532 Tausend Euro enthalten. Der entsprechende Zeitwert beträgt 729 Tausend Euro. Hiervon entfällt ein Buchwert in Höhe von 498 Tausend Euro mit einem Zeitwert von 693 Tausend Euro auf die Absicherung von Dollarrisiken durch einen Long-Put. Die Bewertung erfolgt mittels finanzmathematischer Berechnungen auf der Basis wichtiger Einflussgrößen wie Börsenkurs und Volatilität.

**C III 3. Hypotheken-, Grund-
schuld- und Renten-
schuldforderungen**

Bei 9 Hypothekendarlehen übersteigen die Ausleihungen die vorgeschriebene Beleihungsgrenze um insgesamt 412 Tausend Euro. Diese Darlehen sind durch Bürgschaften gem. §1 Absatz 1 Nr.3e der Anlageverordnung zusätzlich gesichert. Wir betreiben 21 Zwangsversteigerungsverfahren.

**C III 4. Sonstige
Ausleihungen**

In den Namensschuldverschreibungen sind Finanzinstrumente mit einem Bilanzwert von 309 718 Tausend Euro enthalten. Die Bewertung zum Bilanzstichtag erfolgt mittels finanzmathematischer Berechnungen auf Basis der wichtigsten Einflussgrößen wie Zinsen und Volatilität. Der Zeitwert beträgt 281 989 Tausend Euro. Da alle Papiere mit einer Kapitalgarantie ausgestattet sind, wird die Differenz bis zum Laufzeitende wieder ausgeglichen.

In den Schuldscheinforderungen und Darlehen sind Finanzinstrumente mit einem Bilanzwert von 179 406 Tausend Euro enthalten. Die Bewertung zum Bilanzstichtag auf Basis aktueller Zinsstrukturkurven ergibt einen Zeitwert von 138 121 Tausend Euro. Da alle Papiere mit einer Kapitalgarantie ausgestattet sind, wird die Differenz bis zum Laufzeitende wieder ausgeglichen.

Die übrigen Ausleihungen beinhalten mit 206 036 Tausend Euro Namensgenussrechte, mit 7 769 Tausend Euro nicht börsenfähige Genussrechte und mit 8 874 Tausend Euro weitere Sonstige Ausleihungen.

Entwicklung der Aktivposten B, C I bis III	Bilanz- werte	Zugänge	Um- buchungen
	2007		
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
B. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	2 936	261	0
C I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	27 790	8 298	0
C II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	100	0	511
2. Beteiligungen	120 563	19 631	- 511
3. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2 782	3 094	0
Summe C II.	123 445	22 725	0
C III. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1 436 955	99 813	0
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	24 439	9 400	0
3. Hypotheken, Grundschul- und Rentenschuldforderungen	351 604	13 422	0
4. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	2 852 561	363 630	- 35 000
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	1 544 586	408 871	- 50 000
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	78 912	20 493	0
d) Übrige Ausleihungen	221 557	1 122	0
5. Einlagen bei Kreditinstituten	46 000	2 277 300	0
6. Andere Kapitalanlagen	0	0	85 000
Summe C III.	6 556 614	3 194 051	0
Insgesamt	6 710 785	3 225 335	0

Bewertungsmethoden zur Ermittlung des Zeitwerts

Als Zeitwert für Grundstücke und Bauten wird grundsätzlich der Ertragswert angesetzt. Die Bewertung der Grundstücke und Bauten erfolgte 2008.

Die Bewertung der Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen erfolgt nach dem Net Asset Value, mit einer angemessenen Fortschreibung der Anschaffungskosten oder wird aus Anteilserwerb/-veräußerung hergeleitet.

Bei nicht börsengehandelten Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen, übrigen Ausleihungen und Hypothekenforderungen wird der Zeitwert nach der Discounted-Cashflow-Methode ermittelt. Dabei wird der individuellen Bonität der Anlagen über Risikoaufschläge Rechnung getragen. Namensschuldverschreibungen

Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte	Bilanzwerte*)	Zeitwerte*)	stille Reserven*)
Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
0	0	714	2 483			
26 358	0	388	9 342	9 342	16 005	6 663
0	0	0	611	611	611	0
7 549	0	4 500	127 634	127 634	136 122	8 488
909	0	0	4 967	4 967	4 967	0
8 458	0	4 500	133 212	133 212	141 700	8 488
490 786	0	59 231	986 751	986 751	951 236	- 35 515
0	0	8 145	25 694	25 694	25 700	6
32 227	0	457	332 342	332 229	345 692	13 463
369 663	0	0	2 811 528	2 828 273	2 866 140	37 867
180 137	0	0	1 723 320	1 724 288	1 733 632	9 344
19 379	0	0	80 026	80 026	80 026	0
0	0	0	222 679	228 659	221 851	- 6 808
2 229 300	0	0	94 000	94 000	94 000	0
0	0	0	85 000	85 000	85 000	0
3 321 492	0	67 833	6 361 340	6 384 920	6 403 277	18 357
3 356 308	0	73 435	6 506 377	6 527 474	6 560 982	33 508

*) ohne B.; einschließlich Agien und Disagien

und Schuldscheindarlehen mit derivativen Bestandteilen werden mittels geeigneter mathematischer Bewertungsverfahren bewertet. In einzelnen Fällen wird auf unabhängige externe Datenlieferanten zurückgegriffen.

Die übrigen Kapitalanlagen werden entsprechend § 56 Abs. 2 und 3 RechVersV bewertet.

Für in die Überschussbeteiligung einzubeziehenden Kapitalanlagen:

	Tsd. €
Gesamtsumme der Anschaffungskosten	6 527 474
Gesamtsumme des beizulegenden Zeitwertes	6 560 982
Saldo	<u>33 508</u>

D. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolicen

	Fondsanteile 2008	Bilanzwert 2008
	Anzahl	Tsd. €
Der Anlagestock setzt sich zusammen aus:		
DekaSystem		
Ertrag	1 014,6	42
Wachstum	5 988,6	203
Chance	7 553,5	206
Chance Plus	8 819,9	199
DekaStruktur: 2		
Ertrag Plus	13 467,0	583
Wachstum	49 276,6	1 770
Chance	107 463,3	2 948
Chance Plus	91 153,8	1 777
DekaStruktur: 3		
Ertrag Plus	15 038,7	679
Wachstum	35 144,7	1 417
Chance	14 810,2	514
Chance Plus	8 208,3	226
DekaStruktur: 4		
Ertrag	332,6	16
Ertrag Plus	1 849,2	86
Wachstum	7 353,7	337
Chance	10 466,6	484
Chance Plus	9 864,8	416
Insgesamt	387 806,1	11 903

E I 1. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer

Die ausgewiesenen Forderungen enthalten 6 417 (7 254) Tausend Euro fällige Ansprüche sowie noch nicht fällige Ansprüche von 18 154 (15 720) Tausend Euro.

G. Rechnungsabgrenzungsposten

Es handelt sich im Wesentlichen um Agiobeträge aus Namensschuldverschreibungen mit 18 947 (20 439) Tausend Euro, Schuldscheinforderungen in Höhe von 8 786 (7 293) Tausend Euro sowie übrige Ausleihungen 6 005 (7 764) Tausend Euro.

Des Weiteren beinhaltet der Posten abgegrenzte Zinsen für Schuldscheinforderungen und Darlehen in Höhe von 105 915 (100 115) Tausend Euro und für Wertpapiere von 571 (540) Tausend Euro, die erst in 2009 fällig werden.

B. Sonderposten mit Rücklageanteil

Der Sonderposten beinhaltet im Vorjahr eine Wertberichtigung aus einer Übertragung gemäß § 6 b EStG auf das Grundstück der VGH & Partner Grundstücksgesellschaft bR mit 243 Tausend Euro. Die Anteile an dieser Gesellschaft wurden im Geschäftsjahr veräußert.

**C IV. Rückstellung für
erfolgsabhängige und
erfolgsunabhängige
Beitragsrückerstattung**

	2008	2007
	Tsd. €	Tsd. €
Stand zu Beginn des Geschäftsjahres	574 134	521 578
Entnahmen im Geschäftsjahr	– 128 681	– 105 597
Zuführung aus dem Bruttoüberschuss des Geschäftsjahres	79 006	158 152
Stand am Ende des Geschäftsjahres	524 459	574 134

Die in der Rückstellung enthaltenen Verpflichtungen betreffen ausschließlich die erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung. Die Entnahmen enthalten auch die den Rechnungszinsfuß übersteigenden Zinsen auf angesammelte Überschussanteile.

Von der Rückstellung Ende 2008 entfallen auf	
bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte laufende Überschussanteile	96 455 Tausend Euro
bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Schlussüberschussanteile	33 666 Tausend Euro
davon festgelegt für die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven	8 975 Tausend Euro
den Fonds für Schlussüberschussanteile	261 378 Tausend Euro
davon Fonds für die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven	78 938 Tausend Euro

Unsere Dividendensätze für das Jahr 2009 sind auf den Seiten 124 bis 143 dieses Geschäftsberichtes dargestellt.

E III. Sonstige Rückstellungen

	2008	2007
	Tsd. €	Tsd. €
Verpflichtungen aus Vorruhestand und Altersteilzeit	3 590	4 083
Provisionen	3 544	3 688
Urlaubs-, Gleitzeit- und sonstige Personalaufwendungen	1 470	1 326
Mitarbeiterjubiläen	554	523
Jahresabschlusskosten und Geschäftsbericht	516	590
Archivierung	430	420
Risiken aus Termingeschäften	382	0
IHK- und Berufsgenossenschaftsbeiträge	64	107
übrige Rückstellungen	118	98
Insgesamt	10 668	10 835

**G I 1. Verbindlichkeiten aus
dem selbst abgeschlos-
senen Versicherungs-
geschäft gegenüber
Versicherungsnehmern**

Die ausgewiesenen Verbindlichkeiten beinhalten 19 454 (17 279) Tausend Euro gutgeschriebene Überschussanteile sowie 1 951 (1 879) Tausend Euro noch nicht abgehobene Gewinnanteile.

**H. Rechnungs-
abgrenzungsposten**

Abgegrenzt werden im Voraus empfangene Zinsen und Mieten von 728 (854) Tausend Euro sowie Disagio aus Kapitalanlagen in Höhe von 8 373 (12 291) Tausend Euro.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

I 1 a) Gebuchte Bruttobeiträge	2008	2007
	Tsd. €	Tsd. €
Einzelversicherungen		
laufende Beiträge	535 061	547 186
Einmalbeiträge	30 852	23 814
Kollektivversicherungen		
laufende Beiträge	9 575	10 279
Einmalbeiträge	7 053	12 154
Selbst abgeschlossenes Geschäft	582 541	593 433
Die gebuchten Bruttobeiträge verteilen sich wie folgt:		
mit Gewinnbeteiligung	578 022	590 617
Verträge, bei denen das Kapitalanlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird	4 519	2 816

I 3. Erträge aus Kapitalanlagen / Erträge und Aufwendungen aus Kapitalanlagen aus fondsgebundenen Lebensversicherungen sind nicht enthalten.

I 10. Aufwendungen für Kapitalanlagen

I 10 b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen In diesem Posten sind außerplanmäßige Abschreibungen auf Kapitalanlagen in Höhe von 5 018 Tausend Euro enthalten.

I 11. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen Der Ausweis betrifft nicht realisierte Verluste in Höhe von 4 720 Tausend Euro als Differenz der Anschaffungskosten zum Buchwert am Bilanzstichtag.

Rückversicherungssaldo Der Rückversicherungssaldo beträgt 6 834 (5 435) Tausend Euro zu Lasten des Rückversicherers.

Sonstige Angaben

Weitere Angaben

Verbindlichkeiten aus der Begebung und Übertragung von Wechseln sowie Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten bestehen nicht. Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren bestehen in Höhe von 125 Tausend Euro.

Als Mitglied des Verbands öffentlicher Versicherer haben wir satzungsgemäß einen Anteil von 87 Tausend Euro an dem Stammkapital des Verbands übernommen. Unsere Haftung ist auf diesen Betrag, der noch nicht eingefordert ist, begrenzt.

Außerdem bestehen Resteinzahlungsverpflichtungen bei zwei verbundenen Unternehmen, neun Beteiligungen sowie zwei Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, in Höhe von insgesamt 64 144 Tausend Euro.

Darüber hinaus besteht eine latente Verpflichtung zur Einzahlung zusätzlicher Eigenmittel gegenüber dem Sicherungsfonds für die Lebensversicherer bzw. der Beteiligung PROTEKTOR Lebensversicherung-AG in Höhe von 60 417 Tausend Euro.

Im Zuge der Maßnahmen zur Stabilisierung der Hypo Real Estate haben wir als Mitglied des GDV einen Anteil an einer Rückbürgschaft in Höhe von 7 372 Tausend Euro übernommen.

Die durchschnittliche Zahl der im Berichtsjahr beschäftigten Mitarbeiter beträgt 285. Hiervon entfallen im Innendienst 215 auf die Hauptverwaltung und 20 auf unsere Regionaldirektionen. Im Außendienst sind 50 Mitarbeiter angestellt. Mitarbeiter, die auch mit der Landschaftlichen Brandkasse Hannover einen Dienstvertrag haben, sind entsprechend ihres Arbeitseinsatzes anteilig berücksichtigt.

Die Gesamtbezüge des Vorstands betragen für das Geschäftsjahr 664 Tausend Euro. An den Vorstand gegebene dinglich gesicherte Darlehen sind am Bilanzstichtag in Höhe von 306 Tausend Euro aktiviert. Die Laufzeiten der Kredite liegen zwischen 5 und 34 Jahren. Der durchschnittliche Zinssatz beträgt 4,6 Prozent. Rückzahlungen erfolgten im Geschäftsjahr in Höhe von 17 Tausend Euro. An ehemalige Mitglieder des Vorstands sind insgesamt 688 Tausend Euro gezahlt worden. Für diese Personengruppen sind Rückstellungen für laufende Pensionen in Höhe von 6 052 Tausend Euro passiviert.

An Mitglieder des Aufsichtsrats sind im Geschäftsjahr insgesamt 232 Tausend Euro gezahlt worden. Für diese Personengruppe sind am Bilanzstichtag dinglich gesicherte Kredite in Höhe von 102 Tausend Euro aktiviert. Die Laufzeiten der Kredite liegen zwischen 5 und 27 Jahren. Der durchschnittliche Zinssatz beträgt 4,2 Prozent.

Die Provinzial Lebensversicherung Hannover, Hannover, wird als Tochterunternehmen in den Konzernabschluss der Landschaftlichen Brandkasse Hannover, Hannover, einbezogen. Der Konzernabschluss wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Die Namen der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sind auf den Seiten 38 und 39 angegeben.

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

	2008	2007
	Tsd. €	Tsd. €
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	24 401	23 405
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	989	1 653
3. Löhne und Gehälter	18 486	18 551
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	2 954	3 077
5. Aufwendungen für Altersversorgung	400	3 507
6. Aufwendungen insgesamt	47 230	50 193

Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer

Bei Abschluss eines Lebensversicherungsvertrags wird ein langfristiges Vertragsverhältnis eingegangen. Um die vereinbarten Versicherungsleistungen während der gesamten Versicherungsdauer zu gewährleisten, sind die in die Tarifikalkulation einfließenden Rechnungsgrundlagen besonders vorsichtig gewählt. An den erwirtschafteten Überschüssen und vorhandenen Bewertungsreserven werden die Versicherungsnehmer im Jahr 2009 gemäß der folgenden Deklaration beteiligt.

Die für die nachfolgende Deklaration benötigten Mittel werden vollständig der Rückstellung für Beitragsrückerstattung entnommen. Eine Ausschüttung in Form der Direktgutschrift erfolgt nur für den Teil der Beteiligung an den Bewertungsreserven, der die Leistung aus der Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven übersteigt.

Für das Jahr 2009 werden im Einzelnen folgende Überschussanteile festgesetzt:

A. Einzelkapitalversicherungen und Kollektivversicherungen nach Einzeltarifen

I. Tarifgruppen 42, 68, 87, 94, 2000, 2002, 2004, 2007 und 2008

1. Beitragspflichtige und beitragsfreie Kapitalversicherungen (außer Risikoversicherungen)

a) laufende Überschussanteile

Am Schluss des in 2009 endenden Versicherungsjahres wird ein Überschussanteil ausgeschüttet, der sich entsprechend seiner Entstehung wie folgt zusammensetzt:

Zinsgewinn

Er wird in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals gewährt und beträgt im Jahr 2009 für

Tarifgruppen 42 und 68	1,25 %
Tarifgruppe 87	0,75 %
Tarifgruppe 94	
mit 3,5 % Rechnungszins	0,75 %
mit 4,0 % Rechnungszins	0,25 %
Tarifgruppen 2000 und 2002	1,00 %
Tarifgruppe 2004	1,50 %
Tarifgruppen 2007 und 2008	2,00 %

Risikogewinn

Er wird in Prozent des rechnungsmäßigen Beitrags für das Todesfallrisiko gewährt.

Tarifgruppe 87 (Tarifgruppen 42 und 68):

Der Gewinnprozentsatz beträgt im Jahr 2009 bis zu einem erreichten Alter von 44 Jahren 60 (70) %, fällt dann jährlich um 5 % bis auf 20 (25) %. Der Risikogewinn ist auf 4 (5) ‰ (bei Tarifen auf verbundene Leben 8 (10) ‰) der Risikosumme pro Versicherungsjahr begrenzt.

Tarifgruppen 94, 2000, 2002, 2004, 2007 und 2008:

Der Gewinnprozentsatz beträgt im Jahr 2009 unabhängig vom erreichten Alter für

Männertarife	30 %
Frauentarife	15 %
Tarife auf verbundene Leben	30 %

Der Risikogewinn ist auf 4 ‰ (bei Tarifen auf verbundene Leben 8 ‰) der Risikosumme pro Versicherungsjahr begrenzt.

Kosten- und sonstiger Gewinn

Er wird in Promille der Todesfallsumme für beitragspflichtige Versicherungsjahre gewährt und beträgt im Jahr 2009 für

Tarifgruppe 42	
Normaltarif	2,00 ‰
Tarifgruppe 68	
Normaltarif	0,85 ‰
Tarifgruppe 87	
Normaltarif	0,75 ‰
Verbundtarif	0,50 ‰
Tarifgruppen 94, 2000, 2002, 2004, 2007 und 2008	
Normaltarif	
Männertarife	0,70 ‰
Frauentarife	0,60 ‰
Tarife auf verbundene Leben	0,70 ‰
Kollektivversicherungen nach Einzeltarifen und Verbundtarif:	
Männertarife	0,60 ‰
Frauentarife	0,50 ‰
Tarife auf verbundene Leben	0,60 ‰

Bei Versicherungen nach dem VermBG und nach Verbundtarif der Tarifgruppe 68 entfallen Kosten- und sonstige Gewinne.

Die Überschussverwendung und die Überschussanteilsätze für Versicherungen nach Tarif AHV, Tarifgruppe 42, entsprechen denen der Tarifgruppe 68. Die Überschussanteilsätze für Tarif AHV, Tarifgruppe 94, entsprechen denen der Tarifgruppe 87, Verbundtarif.

Überschussverwendung

Entsprechend der vereinbarten Überschussverwendung wird dieser jährliche Überschussanteil entweder in bar ausgezahlt bzw. mit dem Beitrag des folgenden Versicherungsjahres verrechnet, verzinslich angesammelt, zur Erhöhung der Versicherungsleistung im Todes- und Erlebensfall (Summenzuwachs) oder zur Erhöhung der Versicherungsleistung im Erlebensfall (Erlebensfallbonus, nicht für die Tarifgruppen 42, 68 und 87 möglich) verwendet. Summenzuwachs und Erlebensfallbonus sind ebenfalls gewinnberechtigt. Für Barbezug beträgt die Mindestversicherungssumme 5 000 EUR.

b) Schlussüberschussanteile und Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven

Für beitragspflichtige Versicherungen werden am Schluss des in 2009 endenden Versicherungsjahres nicht garantierte Anwartschaften auf Schlussüberschussanteile und auf eine Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven gebildet bzw. bereits bestehende nicht garantierte Anwartschaften erhöht.

Tarifgruppen 42, 68 und 87:

Die Schlussüberschussanteile und die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven werden fällig bei Tod, Heirat (sofern mitversichert) oder Ablauf der Versicherungsdauer. Bei Kündigung des Vertrags werden ebenfalls die erreichten Schlussüberschussanteile und die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven gezahlt, wenn

- die Deckungsrückstellung für die Hauptversicherung und für den Summenzuwachs zusammen mit den Schlussüberschussanteilen und der Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven die Erlebensfallsumme erreicht oder
- der Versicherte das 65. Lebensjahr vollendet hat oder
- der Versicherungsvertrag innerhalb der letzten drei Versicherungsjahre aufgelöst wird und der Versicherte zu diesem Zeitpunkt das 62. Lebensjahr (für Frauen das 60. Lebensjahr) vollendet hat.

Ansonsten werden die Schlussüberschussanteile und die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven bei Rückkauf nach einem Drittel der Laufzeit, spätestens nach 10 Jahren, in verminderter Höhe fällig.

Tarifgruppen 94, 2000, 2002, 2004, 2007 und 2008:

Die Schlussüberschussanteile und die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven werden fällig bei Ablauf der Versicherungsdauer. Bei Tod (sofern für die laufenden Überschussanteile nicht der Erlebensfallbonus vereinbart wurde) oder Heirat (sofern mitversichert) werden die Schlussüberschussanteile und die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven in anteiliger Höhe fällig. Bei Kündigung oder Tod werden die erreichten Schlussüberschussanteile und die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven in voller Höhe gezahlt, wenn die versicherte Person das 60. Lebensjahr (bei Tarifen auf verbundene Leben ist das Alter der jüngeren Person maßgebend) vollendet hat und die Restlaufzeit des Vertrags 5 Jahre nicht überschreitet.

Ansonsten werden die Schlussüberschussanteile und die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven bei Rückkauf nach einem Drittel der Laufzeit, spätestens nach 10 Jahren in verminderter Höhe fällig.

Der Schlussüberschussanteil wird in Promille der vereinbarten Erlebensfallsumme gewährt. Er beträgt im Jahr 2009 für

Tarifgruppe 42	4,00 ‰
Tarifgruppen 68 und 87	1,50 ‰
Tarifgruppe 94	1,25 ‰
Tarifgruppen 2000 und 2002	2,00 ‰
Tarifgruppe 2004	2,50 ‰
Tarifgruppen 2007 und 2008 (außer Sterbegeldversicherungen)	5,00 ‰
Sterbegeldversicherungen	2,00 ‰

Die Zuteilung erfolgt solange, bis insgesamt für

Tarifgruppen 68, 87 und 94	120 ‰
Tarifgruppen 2000, 2002 und 2004	140 ‰
Tarifgruppen 2007 und 2008	200 ‰

der vereinbarten Erlebensfallsumme erreicht sind.

Die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven wird außer bei Tarifgruppe 2008 in Promille der vereinbarten Erlebensfallsumme gewährt. Für Tarifgruppe 2008 wird die Sockelbeteiligung in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals der Hauptversicherung ermittelt. Der jeweilige Promille-/Prozentsatz beträgt im Jahr 2009 für

Tarifgruppe 42	2,00 ‰
Tarifgruppen 68 und 87	1,00 ‰
Tarifgruppe 94	0,75 ‰
Tarifgruppen 2000 und 2002	1,00 ‰
Tarifgruppe 2004	1,50 ‰
Tarifgruppe 2007	2,00 ‰
Tarifgruppe 2008	0,50 ‰

Die Zuteilung erfolgt solange, bis insgesamt für

Tarifgruppen 68, 87 und 94	70 ‰
Tarifgruppen 2000 und 2002	70 ‰
Tarifgruppen 2004 und 2007	80 ‰

der vereinbarten Erlebensfallsumme erreicht sind.

Für Versicherungen nach dem VermBG entfallen Schlussüberschusszuteilung und Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven.

c) Sonderleistung im Todesfall
(Mindestgewinnbeteiligung)

Im Jahr 2009 wird für beitragspflichtige Versicherungen der Tarifgruppen 68 und 87 im Todesfall unter Einbeziehung der erreichten Todesfallleistung aus der Überschussbeteiligung ein Gewinnanteil von 10 % der vereinbarten Todesfallsumme gezahlt.

Die Sonderleistung im Todesfall entfällt bei Vereinbarung von Barbezug oder Verrechnung der Überschussanteile mit den Beiträgen.

III. Risikoversicherungen

1. Versicherungen mit laufender Beitragszahlung

Diese Versicherungen erhalten eine Überschussbeteiligung, die ab Versicherungsbeginn auf den Beitrag angerechnet wird. Der Überschussanteil wird in Prozent des gewinnberechtigten Beitrags gewährt und beträgt im Jahr 2009 für

Tarifgruppe 68	70 %
Tarifgruppe 87	
Normaltarif	60 %
Bausparrisiko	60 %
Tarifgruppen 94, 2000, 2002, 2004, 2007 und 2008	
Männertarif	45 %
Frauentarif	35 %
Tarif auf verbundene Leben	40 %
Bausparrisiko	60 %

Alternativ kann bei Versicherungsbeginn anstelle der Beitragsreduzierung ein sofortiger Todesfallbonus gewählt werden. Der Überschussanteil wird bei Tod im Jahr 2009 in Prozent der vereinbarten Todesfallsumme gewährt und beträgt für

Tarifgruppe 68	240 %
Tarifgruppe 87	180 %
Tarifgruppen 94, 2000, 2002, 2004, 2007 und 2008	
Männertarif	120 %
Frauentarif	100 %
Tarif auf verbundene Leben	110 %

Für Versicherungen nach Tarifgruppe 2008 mit einer während der Vertragslaufzeit konstanten Versicherungssumme, die mindestens 38 000 EUR beträgt, erhöht sich der Überschussanteil für

Männertarife auf	160 %
Frauentarife auf	120 %
Tarife auf verbundene Leben auf	140 %

2. Beitragsfreie Versicherungen

Bei Tod im Jahr 2009 wird ein Überschussanteil in Prozent der vereinbarten Todesfallsumme gewährt. Er beträgt für

Tarifgruppe 68	
Normaltarif	240 %
Tarifgruppe 87	
Normaltarif	180 %
Tarifgruppen 94, 2000, 2002, 2004, 2007 und 2008, Normaltarif	
Männertarife	120 %
Frauentarife	100 %
Tarife auf verbundene Leben	110 %
Tarifgruppen 94, 2000, 2002 und 2008, Restkreditversicherungen	
Männertarife	70 %
Frauentarife	60 %

B. Gruppenkapitalversicherungen nach Sondertarifen

Zu dieser Gruppe zählen die Firmen-, Verbands- und Vereinsgruppen-(Sterbegeld-)versicherungen. Es gelten die gleichen Regelungen wie für Einzelkapitalversicherungen (siehe A.), allerdings gilt für

Kosten- und sonstiger Gewinn

Er wird in Promille der Todesfallsumme für beitragspflichtige Versicherungsjahre gewährt und beträgt im Jahr 2009 für

Tarifgruppe 68	0,75 ‰
Tarifgruppe 87	0,50 ‰
Tarifgruppen 94, 2000, 2002, 2004, 2007 und 2008	
Männertarife	0,50 ‰
Frauentarife	0,40 ‰
Tarife auf verbundene Leben	0,50 ‰

C. Renten- und Pensionsversicherungen

I. Tarifgruppe 42

1. Aufgeschobene Renten

a) Versicherungen mit laufender Beitragszahlung

Am Schluss des in 2009 endenden Versicherungsjahres wird eine Grund- und Zusatzdividende in Prozent des gewinnberechtigten Jahresbeitrags ausgeschüttet. Sie beträgt in Abhängigkeit vom Versicherungsjahr

Versicherungsjahr	Grund- und Zusatzdividende
2.– 4.	5 %
5.– 9.	20 %
10.–14.	25 %
15.–19.	35 %
20.–24.	50 %
25.–29.	55 %
ab 30.	65 %

Die Überschussanteile werden verzinslich angesammelt und dienen am Ende der Aufschubzeit der Erhöhung der versicherten Rente bzw. der Kapitalabfindung.

Bei Tod oder Rückkauf vor Rentenbeginn werden die bis dahin verzinslich angesammelten Überschussanteile ausgezahlt.

b) Versicherungen gegen Einmalbeitrag und beitragsfreie Versicherungen

Am Schluss des in 2009 endenden Versicherungsjahres wird ein Überschussanteil in Höhe von 1,25 % des gewinnberechtigten Deckungskapitals gewährt, verzinslich angesammelt und bei Beendigung der Aufschubzeit fällig. Die angesammelten Überschussanteile dienen der Erhöhung der versicherten Rente bzw. der Kapitalabfindung. Bei Tod oder Rückkauf vor Rentenbeginn werden sie ausgezahlt.

2. Laufende Renten

An die Bezieher von Renten werden Überschüsse in Form einer Zinsrente ausgeschüttet. Diese errechnet sich als Differenz zwischen der mit Rechnungsgrundlagen zweiter Ordnung gerechneten Rente aus dem bei Rentenbeginn vorhandenen Deckungskapital und der versicherten Rente. Für die Rechnungsgrundlagen zweiter Ordnung wird im Jahr 2009 ein Zinsfuß in Höhe des Rechnungszinses zuzüglich 1,0 % zugrunde gelegt.

II. Tarifgruppen 87, 94, 95, 2000, 2002, 2004, 2005, 2007 und 2008

(ohne Versicherungen nach dem AVmG)

1. Laufende Überschussbeteiligung

Am Schluss des in 2009 endenden Versicherungsjahres wird ein Überschussanteil ausgeschüttet, der sich entsprechend seiner Entstehung wie folgt zusammensetzt:

Zinsgewinn

Er wird in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals gewährt und beträgt im Jahr 2009

in der Aufschub- und Rentenbezugszeit für

Tarifgruppen 87 und 94	0,75 %
Tarifgruppe 95	0,25 %
Tarifgruppen 2000 und 2002	1,00 %
Tarifgruppe 2004	1,50 %

in der Aufschubzeit für

Tarifgruppe 2005	1,50 %
Tarifgruppen 2007 und 2008	2,00 %

in der Rentenbezugszeit für

Tarifgruppe 2005	1,75 %
Tarifgruppen 2007 und 2008	2,25 %

Darüber hinaus erhalten Rentenversicherungen mit Todesfallleistung Risiko- und Kostengewinne.

Risikogewinn

Er wird in Prozent des rechnungsmäßigen Beitrags für das Todesfallrisiko gewährt und beträgt für Rentenversicherungen mit Todesfallleistung nach den Tarifgruppen 2005, 2007 und 2008 im Jahr 2009 für

Männertarife	30 %
Frauentarife	15 %

Der Risikogewinn ist auf 4 ‰ der Risikosumme pro Versicherungsjahr begrenzt.

Kostengewinn

Er wird in Promille der vereinbarten Todesfallleistung für beitragspflichtige Versicherungsjahre gewährt und beträgt für Rentenversicherungen mit Todesfallleistung nach den Tarifgruppen 2005, 2007 und 2008 im Jahr 2009 für

Normaltarif	
Männer	0,70 ‰
Frauen	0,60 ‰

Kollektivversicherungen nach Einzeltarifen und Verbundtarif

Männertarife	0,60 ‰
Frauentarife	0,50 ‰

Die laufenden Überschussanteile werden während der Aufschubzeit entsprechend der gewählten Überschussverwendung entweder zur Erhöhung der versicherten Leistung (Bonusrente, Erlebensfallbonus) verwendet, in bar ausgezahlt bzw. mit dem Beitrag des folgenden Versicherungsjahres verrechnet oder verzinslich angesammelt. Für die Barauszahlung bzw. Beitragsverrechnung muss die versicherte Jahresrente mindestens 1 500 EUR betragen. Während der Rentenbezugszeit werden die laufenden Überschussanteile entsprechend der gewählten Überschussverwendung entweder zur Finanzierung einer ab Rentenbeginn fälligen Gewinnrente bzw. zur jährlichen Erhöhung der versicherten Leistung (Bonusrente) verwendet oder in bar ausgezahlt.

2. Schlussüberschussanteile und Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven

Für beitragspflichtige Versicherungen aller Tarifgruppen und für tariflich beitragsfreie Versicherungen der Tarifgruppen 2007 und 2008 werden am Schluss des in 2009 endenden Versicherungsjahres nicht garantierte Anwartschaften auf Schlussüberschussanteile und auf eine Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven gebildet bzw. bereits bestehende nicht garantierte Anwartschaften erhöht.

Tarifgruppe 87:

Die Schlussüberschussanteile und die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven werden bei Ablauf der Aufschubzeit und bei Tod fällig. Bei Kündigung des Vertrags werden ebenfalls die erreichten Schlussüberschussanteile und die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven gezahlt, wenn

- der Versicherte das 65. Lebensjahr vollendet hat oder
- der Versicherungsvertrag innerhalb der letzten drei Versicherungsjahre aufgelöst wird und der Versicherte zu diesem Zeitpunkt das 62. Lebensjahr (für Frauen das 60. Lebensjahr) vollendet hat.

Ansonsten werden die Schlussüberschussanteile und die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven bei Rückkauf nach einem Drittel der Laufzeit, spätestens nach 10 Jahren in verminderter Höhe fällig.

Tarifgruppen 94, 95, 2000, 2002, 2004, 2005, 2007 und 2008:

Die Schlussüberschussanteile und die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven werden bei Ablauf der Aufschubzeit fällig. Bei Kündigung werden die erreichten Schlussüberschussanteile und die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven in voller Höhe gezahlt, wenn die versicherte Person das 60. Lebensjahr vollendet hat und die verbleibende Aufschubzeit des Vertrags 5 Jahre nicht überschreitet.

Ansonsten werden die Schlussüberschussanteile und die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven bei Rückkauf nach einem Drittel der Laufzeit, spätestens nach 10 Jahren in verminderter Höhe fällig.

Der Schlussüberschussanteil wird in Prozent der vereinbarten Jahresrente bzw. ab Tarifgruppe 2004 in Promille der garantierten Kapitalabfindung gewährt. Er beträgt im Jahr 2009 für

Tarifgruppen 87, 94, 95, 2000, 2002	0,0 %
Tarifgruppe 2004	0,0 ‰
Tarifgruppe 2005	4,0 ‰
Tarifgruppen 2007 und 2008	
beitragspflichtige Versicherungen	7,0 ‰
beitragsfreie Versicherungen	3,0 ‰

Die Zuteilung erfolgt solange, bis insgesamt für

Tarifgruppen 87, 94 und 95	150 %
Tarifgruppen 2000 und 2002	150 %
Tarifgruppen 2004 und 2005	160 ‰
Tarifgruppen 2007 und 2008	280 ‰

der vereinbarten Jahresrente bzw. der garantierten Kapitalabfindung (ab Tarifgruppe 2004) erreicht sind.

Die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven wird außer für Tarifgruppe 2008 in Promille der garantierten Kapitalabfindung gewährt.

Für Tarifgruppe 2008 wird die Sockelbeteiligung in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals der Hauptversicherung ermittelt. Der jeweilige Promille-/Prozentsatz beträgt im Jahr 2009 für

Tarifgruppen 87, 94, 95, 2000, 2002	0,0 ‰
Tarifgruppe 2004	0,0 ‰
Tarifgruppe 2005	2,0 ‰
Tarifgruppe 2007	
beitragspflichtige Versicherungen	2,0 ‰
beitragsfreie Versicherungen	2,0 ‰
Tarifgruppe 2008	
beitragspflichtige Versicherungen	0,50 %
beitragsfreie Versicherungen	0,25 %

Die Zuteilung erfolgt solange, bis insgesamt für

Tarifgruppen 87, 94 und 95	80 ‰
Tarifgruppen 2000 und 2002	80 ‰
Tarifgruppen 2004, 2005 und 2007	80 ‰

der garantierten Kapitalabfindung erreicht sind.

III. Versicherungen nach dem AVmG und Flexible FirmenRenten

1. Laufende Überschussbeteiligung in der Aufschubzeit

Am Ende des Kalenderjahres 2009 wird für Versicherungen in der Aufschubzeit ein Überschussanteil ausgeschüttet, der sich entsprechend seiner Entstehung wie folgt zusammensetzt:

Zinsgewinn

Er wird in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals gewährt und beträgt im Jahr 2009 für

Tarifgruppe 2002	1,00 %
Tarifgruppen 2004, 2005 und 2006	1,50 %
Tarifgruppen 2007 und 2008	2,00 %

Grundüberschuss

Er wird in Promille der gewinnberechtigten Summe der bisher gezahlten Beiträge gewährt und beträgt im Jahr 2009 für

Tarifgruppen 2002, 2004, 2007 und 2008	0,0 ‰
Tarifgruppen 2005 und 2006: PrämienRente, Normaltarif	0,9 ‰
PrämienRente, Kollektivversicherungen nach Einzeltarif	0,7 ‰
PrämienRente, Kollektivversicherungen nach Sondertarif	0,6 ‰
PrämienRenteFonds	0,0 ‰
Flexible FirmenRente	0,0 ‰

Die laufenden Überschussanteile können während der Aufschubzeit entweder verzinslich angesammelt (nur PrämienRente) werden, in Fondsanteile umgewandelt und einem Sondervermögen zugeführt werden (nur PrämienRente), zur jährlichen Erhöhung der versicherten Leistung (Bonusrente, nur Flexible FirmenRente) verwendet werden oder bar ausgezahlt (nur Flexible FirmenRente) werden.

2. Laufende Überschussbeteiligung in der Rentenbezugszeit

Am Anfang des in 2009 beginnenden Versicherungsjahres (für Versicherungen nach dem AVmG) bzw. am Schluss des in 2009 endenden Versicherungsjahres (für Flexible FirmenRenten) wird für Versicherungen in der Rentenbezugszeit ein Überschussanteil ausgeschüttet. Er wird in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals gewährt und beträgt im Jahr 2009 für Versicherungen nach dem AVmG für

Tarifgruppe 2002	1,00 ‰
Tarifgruppen 2004, 2005 und 2006	1,50 ‰
Tarifgruppen 2007 und 2008	2,00 ‰
und für Flexible FirmenRenten für	
Tarifgruppe 2006	1,75 ‰
Tarifgruppen 2007 und 2008	2,25 ‰

Die laufenden Überschussanteile werden zur jährlichen Erhöhung der versicherten Leistung (Bonusrente) verwendet.

3. Schlussüberschussanteile

Bei Ablauf der Aufschubzeit oder bei Rentenbeginn bzw. Vertragsbeendigung innerhalb der Abrufphase können Schlussüberschussanteile gewährt werden. Sie werden in Prozent des Ansammlungsguthabens bzw. (bei Umwandlung der laufenden Überschussanteile in Fondsanteile bzw. Bonusrente) in Prozent der Summe der ausgeschütteten Überschussanteile festgelegt. Der Prozentsatz beträgt im Jahr 2009 für

PrämienRente	
Tarifgruppen 2002, 2004, 2005, 2006, 2007 und 2008	16 %
PrämienRenteFonds	
Tarifgruppen 2007 und 2008	16 %
Flexible FirmenRente Normaltarif und Kollektivversicherungen nach Einzeltarif	
Tarifgruppe 2005	50 %
Tarifgruppen 2007 und 2008	60 %
Kollektivversicherungen nach Sondertarif	
Tarifgruppen 2005, 2007 und 2008	16 %

D. Selbstständige Berufsunfähigkeitsversicherungen und Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen

I. Versicherungen mit laufender Beitragszahlung

1. Tarifgruppe 68

Im Jahr 2009 wird für das abgelaufene Versicherungsjahr (für SBV ab dem 3. Versicherungsjahr) ein Überschussanteil in Prozent des gewinnberechtigten Jahreszusatzbeitrags bzw. gewinnberechtigten Jahresbeitrags (SBV) gewährt, fällig als Schlusszahlung bei Tod, Berufsunfähigkeit, Kündigung, Umwandlung in eine beitragsfreie Versicherung oder Ablauf. Die Höhe des Überschussanteils ist abhängig vom Geschlecht und Eintrittsalter der versicherten Person und beträgt im Jahr 2009 für

Eintrittsalter	Frauen	Männer
bis zu 39 Jahre	45 %	30 %
über 39 Jahre	30 %	15 %

Alternativ kann bei Tarif BRL mit einer Versicherungsdauer bis zu 20 Jahren eine Überschussbeteiligung in Prozent des gewinnberechtigten Jahreszusatzbeitrags gewählt werden, die ab Versicherungsbeginn auf den Beitrag angerechnet wird. Die Höhe der Überschussbeteiligung ist abhängig vom Geschlecht und Eintrittsalter der versicherten Person und beträgt im Jahr 2009 für

Eintrittsalter	Frauen	Männer
bis zu 39 Jahre	30 %	20 %
über 39 Jahre	20 %	10 %

Zusätzlich erhalten die Versicherungen bei Ablauf, Rückkauf oder Tod im Jahr 2009, sofern keine Leistung aus der Berufsunfähigkeitsversicherung fällig wurde, für jedes vom 3. Versicherungsjahr an zurückgelegte volle beitragspflichtige Jahr einen Überschussanteil in Höhe von 10 % des gewinnberechtigten Jahresbeitrags bzw. Jahreszusatzbeitrags.

2. Tarifgruppen 87 und 94

Diese Versicherungen erhalten eine Überschussbeteiligung, die ab Versicherungsbeginn auf den Beitrag angerechnet wird. Der Überschussanteil wird in Prozent des gewinnberechtigten Jahresbeitrags bzw. Jahreszusatzbeitrags gewährt und beträgt im Jahr 2009 für

Tarifgruppen 87 und 94 20%

Alternativ wird ein Überschussanteil gewährt, der als Schlusszahlung bei Tod, Berufsunfähigkeit, Kündigung, Umwandlung in eine beitragsfreie Versicherung oder Ablauf fällig wird. Der Überschussanteil wird in Prozent des gewinnberechtigten Jahresbeitrags bzw. Jahreszusatzbeitrags gewährt und beträgt im Jahr 2009 für

Tarifgruppen 87 und 94 30%

3. Tarifgruppen 2000, 2002, 2004, 2007 und 2008

Diese Versicherungen erhalten eine Überschussbeteiligung, die ab Versicherungsbeginn auf den Beitrag angerechnet oder am Ende eines Versicherungsjahres zugeteilt und verzinslich angesammelt wird.

a) Selbstständige Berufsunfähigkeitsversicherungen

Der Überschussanteil wird in Prozent des gewinnberechtigten Jahresbeitrags gewährt und beträgt im Jahr 2009 für

Berufsklasse	Männertarife	Frauentarife
A	55 %	45 %
B	45 %	35 %
C	20 %	10 %
D	15 %	5 %

b) Berufsunfähigkeitszusatzversicherungen

Der Überschussanteil wird in Prozent des gewinnberechtigten Jahreszusatzbeitrags gewährt und beträgt im Jahr 2009 für

Berufsklasse	Männertarife	Frauentarife
A	45 %	40 %
B	30 %	25 %
C	15 %	10 %
D	10 %	5 %

II. Versicherungen gegen Einmalbeitrag und durch Umwandlung beitragsfreie Versicherungen

Im Jahr 2009 wird für das abgelaufene Versicherungsjahr ein Überschussanteil in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals gewährt, der als Schlusszahlung bei Tod, Berufsunfähigkeit, Kündigung oder Ablauf fällig wird. Die Höhe des Überschussanteils beträgt für

Tarifgruppe 68	1,25 %
Tarifgruppe 87	0,75 %
Tarifgruppe 94	0,25 %
Tarifgruppen 2000 und 2002	1,00 %
Tarifgruppe 2004	1,50 %
Tarifgruppen 2007 und 2008	2,00 %

III. Laufende Berufsunfähigkeitsbarrenten

Laufende Barrenten erhalten zum Jahrestag der Versicherung, erstmals am Ende des auf den Eintritt der Berufsunfähigkeit folgenden Versicherungsjahres eine beitragsfreie Zusatzrente in Prozent der jeweils gewährten Rente. Der Prozentsatz beträgt im Jahr 2009 für

Tarifgruppe 68	1,25 %
Tarifgruppe 87	0,75 %
Tarifgruppe 94	0,25 %
Tarifgruppen 2000 und 2002	1,00 %
Tarifgruppe 2004	1,50 %
Tarifgruppen 2007 und 2008	2,00 %

IV. Laufende Beitragsbefreiung bei Berufsunfähigkeit

Verträge mit laufender Beitragsbefreiung erhalten einen Überschussanteil in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals für die Beitragsbefreiung, fällig als Schlusszahlung bei Ablauf der Beitragsbefreiung. Die Höhe des Überschussanteils beträgt im Jahr 2009 für

Tarifgruppe 68	1,25 %
Tarifgruppe 87	0,75 %
Tarifgruppe 94	0,25 %
Tarifgruppen 2000 und 2002	1,00 %
Tarifgruppe 2004	1,50 %
Tarifgruppen 2007 und 2008	2,00 %

E. Unfall-Zusatzversicherungen

Unfall-Zusatzversicherungen mit abgekürzter Beitragszahlungsdauer, gegen Einmalbeitrag und Unfall-Zusatzversicherungen, die durch Umwandlung beitragsfrei wurden, erhalten am Ende des Versicherungsjahres einen Überschussanteil in Prozent des Deckungskapitals der Unfall-Zusatzversicherung. Der Überschussanteil wird verzinslich angesammelt. Er beträgt im Jahr 2009 für

Tarifgruppe 68	1,25 %
Tarifgruppe 87	0,75 %
Tarifgruppe 94	0,25 %
Tarifgruppen 2000 und 2002	1,00 %
Tarifgruppe 2004	1,50 %
Tarifgruppen 2007 und 2008	2,00 %

F. Fondsgebundene Versicherungen

I. Fondsgebundene Lebensversicherungen und Fondsgebundene Rentenversicherungen in der Aufschubzeit

1. Laufende Überschussanteile

Fondsgebundene Versicherungen erhalten einen laufenden Überschussanteil, der monatlich dem Fondsguthaben zugeführt wird. Der laufende Überschussanteil setzt sich zusammen aus:

Risikogewinn

Er wird in Prozent des rechnungsmäßigen monatlichen Beitrags für das Todesfallrisiko gewährt und beträgt 2009 für

Männertarife	30 %
Frauentarife	20 %

Kostengewinn

Er wird in Prozent eines Zwölftel des Jahresbeitrags gewährt. Er beträgt 2009 für die

Tarifgruppen 2000, 2004, 2005	1,0 %
Tarifgruppen 2006, 2007, 2008 und 2009	0,0 %

Zinsgewinn

Fondsgebundene Rentenversicherungen mit Beitragserhaltungsgarantie erhalten zusätzlich einen Zinsgewinn in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals. Er beträgt im Jahr 2009 für

Tarifgruppe 2006	1,50 %
Tarifgruppen 2007, 2008 und 2009	2,00 %

2. Schlussüberschussanteile

Für beitragspflichtige Versicherungen mit Beitragserhaltungsgarantie der Tarifgruppe 2009 werden am Schluss des in 2009 endenden Versicherungsjahres nicht garantierte Anwartschaften auf Schlussüberschussanteile und auf eine Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven gebildet bzw. bereits bestehende nicht garantierte Anwartschaften erhöht.

Die Schlussüberschussanteile und die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven werden bei Ablauf der Aufschubzeit fällig. Bei Kündigung werden die erreichten Schlussüberschussanteile und die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven in voller Höhe gezahlt, wenn die versicherte Person das 60. Lebensjahr vollendet hat und die verbleibende Aufschubzeit des Vertrags 5 Jahre nicht überschreitet.

Ansonsten werden die Schlussüberschussanteile und die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven bei Rückkauf nach einem Drittel der Laufzeit, spätestens nach 10 Jahren in verminderter Höhe fällig.

Die Schlussüberschussanteile und die Sockelbeteiligung werden in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals der Hauptversicherung für beitragspflichtige Versicherungsjahre festgelegt. Der jeweilige Prozentsatz beträgt im Jahr 2009 für die

Schlussüberschussanteile	0,75 %
Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven	0,25 %

II. Fondsgebundene Rentenversicherungen in der Rentenbezugszeit

Am Schluss des in 2009 endenden Versicherungsjahres wird für Versicherungen in der Rentenbezugszeit ein laufender Überschussanteil ausgeschüttet. Er wird in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals gewährt und beträgt im Jahr 2009 für

Tarifgruppen 2000 und 2002	1,00 %
Tarifgruppe 2004	1,50 %
Tarifgruppen 2005 und 2006	1,75 %
Tarifgruppen 2007, 2008 und 2009	2,25 %

Der laufende Überschussanteil wird zur jährlichen Erhöhung der versicherten Leistung (Bonusrente) verwendet.

G. Frauenbonus

Zu Kapitalbildenden und Risikoversicherungen der Tarifgruppen 42 und 68, bei denen mindestens eine versicherte Person eine Frau ist, wird bei Tod der Frau eine zusätzliche Todesfallleistung in Prozent der jeweiligen Todesfallsumme gewährt. Sie beträgt im Jahr 2009 für

Versicherungen nach „Frauentarif“	10 %
sonst	20 %

H. Verzinsung des Ansammlungsguthabens

Dividendenguthaben aufgrund der Dividendenbezugsform „Verzinsliche Ansammlung“ werden ab dem 1. 1. 2009 mit einem Rechnungszins und einem Ansamlungsüberschussanteil von zusammen 4,25 % verzinst.

I. Beteiligung an den Bewertungsreserven

Die Beteiligung an den Bewertungsreserven für kapitalbildende Versicherungen und Rentenversicherungen in der Aufschubzeit erfolgt für den einzelnen Vertrag mit Hilfe einer Maßzahl, die die Entwicklung des Deckungskapitals und eines eventuell vorhandenen Ansammlungsguthabens des jeweiligen Vertrags berücksichtigt. Der individuelle Anteil an den verteilungsfähigen Bewertungsreserven ergibt sich aus dem Verhältnis der Maßzahl des einzelnen Vertrags zur Summe der Maßzahlen aller anspruchsberechtigten Verträge.

Die individuelle Maßzahl und die Summe aller Maßzahlen werden jeweils mit den Vertragswerten zum 31. 12. eines Geschäftsjahres fortgeschrieben und haben eine Gültigkeit von 12 Monaten.

Die verteilungsfähigen Bewertungsreserven werden monatlich mit den Werten des ersten Börsentags im Monat ermittelt. Dabei sind für die Zuteilung bei vorzeitiger Vertragsbeendigung und im Leistungsfall die verteilungsfähigen Bewertungsreserven des Vormonats maßgeblich. Bei planmäßiger Vertragsbeendigung (Ablauf der Versicherungsdauer bzw. Ablauf der Aufschubzeit) sind die verteilungsfähigen Bewertungsreserven maßgeblich, die zwei Monate vor dem Beendigungstermin festgestellt wurden.

Sofern für den jeweiligen Vertrag eine Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven festgelegt wurde, wird die Leistung aus der Sockelbeteiligung auf den individuellen Anteil an den verteilungsfähigen Bewertungsreserven angerechnet.

Kapitalbildende Rentenversicherungen im Rentenbezug werden in Form einer widerruflichen, nicht garantierten Schlussüberschussrente an den Bewertungsreserven beteiligt. Die nicht garantierte Schlussüberschussrente kann am Ende eines Rentenbezugsjahres gebildet bzw. erhöht werden. Die Erhöhung wird mit Hilfe eines fiktiven Zinsüberschusses, der in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals festgelegt wird, und den für die Bilanzierung maßgeblichen Rechnungsgrundlagen ermittelt. Der fiktive Zinsüberschuss beträgt im Jahr 2009 für

alle Tarifgruppen	0,00 %
-------------------	--------

J. Weitere Erläuterungen

Die Grundlagen der Überschussbeteiligung für die Tarifgruppen 42, 68 und 87 – insbesondere die Ermittlung der Bemessungsgrundlagen – sind in dem von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht genehmigten Gesamtgeschäftsplan für die Überschussbeteiligung festgelegt.

zu A.

Zur Tarifgruppe 42 gehören der Tarif FV und alle mit römischen Ziffern bezeichneten Tarife der Kapitalversicherungen. Sie wurde 1968 für den Neuzugang geschlossen. Der Rechnungszins beträgt bis auf wenige Ausnahmen 3,0 %.

Die Tarifgruppe 68 wurde zwischen 1968 und 1987 geführt. Der Rechnungszins beträgt 3,0 %.

Die Tarifgruppe 87 wurde zwischen 1987 und 1994 geführt. Der Rechnungszins beträgt 3,5 %.

Die Tarifgruppe 94 war zwischen 1995 und Juni 2000 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt mit wenigen Ausnahmen 4,0 % (Ausnahmen u. a. Tarif AHV, Bausparrisikoversicherungen: 3,5 %).

Die Tarifgruppe 2000 war zwischen Juli 2000 und September 2001 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 3,25 %.

Die Tarifgruppe 2002 war zwischen Oktober 2001 und Dezember 2003 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 3,25 %.

Die Tarifgruppe 2004 war zwischen Januar 2004 und Dezember 2006 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 2,75 %.

Die Tarifgruppe 2007 war im Jahr 2007 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 2,25 %.

Die Tarifgruppe 2008 ist ab Januar 2008 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 2,25 %.

zu A. I.

Das gewinnberechtigte Deckungskapital der Tarifgruppen 94, 2000, 2002 und 2004 setzt sich zusammen aus dem positiven gezillmerten Deckungskapital der Hauptversicherung und dem Deckungskapital des Summenzuwachses bzw. Erlebensfallbonus jeweils zu Beginn des Versicherungsjahres. Für beitragspflichtige Versicherungen (außer bei den Tarifgruppen 2004, 2007 und 2008) erhöht sich dieser Betrag um einen Nettjahresbeitrag.

zu A. III.

Der gewinnberechtigte Beitrag der Tarifgruppen 94, 2000, 2002, 2004, 2007 und 2008 entspricht dem tariflichen Brutto-Beitrag ohne Berücksichtigung von Zuschlägen für erhöhte Risiken.

zu C.

Die Tarifgruppe 42 wurde 1992 für den Neuzugang geschlossen. Der Rechnungszins beträgt 3,0 %.

Die Tarifgruppe 87 wurde zwischen 1992 und 1994 geführt. Der Rechnungszins beträgt 3,5 %.

Die Tarifgruppe 94 war in den ersten acht Monaten des Jahres 1995 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 3,5 %.

Die Tarifgruppe 95 war zwischen September 1995 und Juni 2000 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 4,0 %.

Die Tarifgruppe 2000 war zwischen Juli 2000 und September 2001 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 3,25 %.

Die Tarifgruppe 2002 war zwischen Oktober 2001 und Dezember 2003 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 3,25 %.

Die Tarifgruppe 2004 war zwischen Januar und November 2004 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 2,75 %.

Die Tarifgruppe 2005 war zwischen November 2004 und Dezember 2006 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 2,75 %.

Die Tarifgruppe 2006 für Verträge nach dem AVmG war im Jahr 2006 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 2,75 %.

Die Tarifgruppe 2007 war im Jahr 2007 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 2,25 %.

Die Tarifgruppe 2008 ist ab Januar 2008 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 2,25 %.

zu C. II.

Das gewinnberechtigende Deckungskapital der Tarifgruppen 94, 95, 2000, 2002, 2004, 2005, 2007 und 2008 für Rentenversicherungen in der Aufschubzeit (während der Rentenbezugszeit) setzt sich zusammen aus dem positiven geillmerten Deckungskapital der Hauptversicherung und dem Deckungskapital einer vorhandenen Bonusrente jeweils zu Beginn (am Ende) des Versicherungsjahres. Für beitragspflichtige Versicherungen (außer bei den Tarifgruppen 2004, 2005, 2007 und 2008) erhöht sich dieser Betrag um einen Nettojahresbeitrag.

zu C. III.

Das gewinnberechtigende Deckungskapital für Versicherungen in der Aufschubzeit wird aus den anteiligen Deckungskapitalen zum Monatsende abgeleitet.

Die gewinnberechtigende Summe der bisher gezahlten Beiträge für Versicherungen in der Aufschubzeit wird aus den jeweils zum Monatsende erreichten Summen anteilig abgeleitet. Das gewinnberechtigende Deckungskapital für Versicherungen während der Rentenbezugszeit setzt sich zusammen aus dem positiven Deckungskapital der Hauptversicherung und dem Deckungskapital einer vorhandenen Bonusrente jeweils zu Beginn des Versicherungsjahres für Versicherungen nach dem AVmG bzw. am Ende des Versicherungsjahres für Flexible FirmenRenten.

zu D.

Die Tarifgruppe 68 wurde 1993 für den Neuzugang geschlossen. Der Rechnungszins beträgt 3,0 %.

Die Tarifgruppe 87 wurde zwischen 1993 und 1994 geführt. Der Rechnungszins beträgt 3,5 %.

Die Tarifgruppe 94 war zwischen 1995 und Juni 2000 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 4,0 %.

Die Tarifgruppe 2000 war zwischen Juli 2000 und September 2001 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 3,25 %.

Die Tarifgruppe 2002 war zwischen Oktober 2001 und Dezember 2003 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 3,25 %.

Die Tarifgruppe 2004 war zwischen Januar 2004 und Dezember 2006 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 2,75 %.

Die Tarifgruppe 2007 war im Jahr 2007 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 2,25 %.

Die Tarifgruppe 2008 ist ab Januar 2008 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 2,25 %.

zu D. I. Der gewinnberechtigte Beitrag der Tarifgruppen 94, 2000, 2002, 2004, 2007 und 2008 entspricht dem tariflichen Brutto-Beitrag ohne Berücksichtigung von medizinischen Zuschlägen.

zu D. II. und D. IV. Das gewinnberechtigte Deckungskapital der Tarifgruppen 94, 2000, 2002, 2004, 2007 und 2008 entspricht dem Deckungskapital zu Beginn des Versicherungsjahres.

zu E. Das gewinnberechtigte Deckungskapital der Tarifgruppen 94, 2000, 2002, 2004, 2007 und 2008 entspricht dem Deckungskapital zu Beginn des Versicherungsjahres.

zu F. Die Tarifgruppe 2006 war im Jahr 2006 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins für die Beitragserhaltungsgarantie beträgt 2,75 %.
Die Tarifgruppe 2007 war im Jahr 2007 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins für die Beitragserhaltungsgarantie beträgt 2,25 %
Die Tarifgruppe 2008 war zwischen Januar 2008 und August 2008 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins für die Beitragserhaltungsgarantie beträgt 2,25 %.
Die Tarifgruppe 2009 ist ab August 2008 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins für die Beitragserhaltungsgarantie beträgt 2,25 %.

zu F. I. Das gewinnberechtigte Deckungskapital der Fondsgebundenen Rentenversicherungen mit Beitragserhaltungsgarantie nach den Tarifgruppen 2006, 2007, 2008 und 2009 wird in der Aufschubzeit aus den anteiligen Deckungskapitalen für die Beitragserhaltungsgarantie jeweils zum Monatsende abgeleitet.

Das gewinnberechtigte Deckungskapital der Fondsgebundenen Rentenversicherung während der Rentenbezugszeit setzt sich aus dem Deckungskapital der Hauptversicherung und dem Deckungskapital einer vorhandenen Bonusrente jeweils am Ende des Versicherungsjahres zusammen.

Hannover, den 23. Februar 2009

Der Vorstand

Dr. Pohlhausen

Herdecke

Kasten

Krüger

Thole

Vorholt

Bestätigungsvermerk

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Provinzial Lebensversicherung Hannover, Hannover, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2008 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hannover, den 5. März 2009

KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
(vormals: KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft)

Dr. Ellenbürger
Wirtschaftsprüfer

Schuster
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung des Vorstands während des Berichtsjahres entsprechend den ihm nach Gesetz und Satzung zugewiesenen Aufgaben laufend überwacht. Er war in alle Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen eingebunden. In seinen drei Sitzungen ist er umfassend über die Geschäftsentwicklung des Unternehmens unterrichtet worden. Der Aufsichtsrat befasste sich eingehend mit der Unternehmensplanung für das Geschäftsjahr 2009, insbesondere mit dem Wirtschaftsplan 2009 und der mittelfristigen Ergebnisplanung. Ferner wurde er über den Geschäftsverlauf und die Jahresabschlüsse der Verbundunternehmen informiert. Über den Gang der Geschäfte und die Lage des Unternehmens wurde quartalsweise schriftlich vom Vorstand berichtet.

Der Aufsichtsrat hat in seinen Sitzungen die Auswirkungen der Finanzmarktkrise und die vom Vorstand eingeleiteten Maßnahmen zur Risikobegrenzung intensiv beraten. Darüber hinaus wurde die Neuausrichtung bei Immobilieninvestitionen diskutiert und befürwortet. Im Rahmen der Risikoberichterstattung bildeten die Umsetzung der VVG-Reform sowie die Konzeption des künftigen Risikoberichts nach MaRisk Schwerpunktthemen. Ferner wurde vom Vorstand über die aktuellen Entwicklungen zur Neuordnung des öffentlichen Versicherungswesens in Niedersachsen berichtet.

Zur Unterstützung seiner Arbeit hat der Aufsichtsrat verschiedene Ausschüsse gebildet. Der Hauptausschuss, der schwerpunktmäßig die besonderen Themenfelder für den Aufsichtsrat vorbereitet, tagte im Geschäftsjahr dreimal. Des Weiteren wurde er laufend über die Umsetzung der Kapitalanlagestrategie unterrichtet.

Der Ausschuss für Vertriebsfragen befasste sich in seiner Sitzung insbesondere mit der Vertriebsentwicklung 2008. Darüber hinaus waren die VVG-Reform sowie das Modell eines ganzheitlichen Beratungsansatzes, der über alle Sparten hinweg mittels gleich aufgebauter Akquisitionsunterstützungs- und Beratungsprogramme die Vertreter unterstützt, Gegenstand der Erörterung.

Der Ausschuss für Prüfungs- und Rechnungslegungsangelegenheiten trat im Berichtsjahr dreimal zusammen und befasste sich mit der Prüfung und Beratung des Jahresabschlusses. Darüber hinaus erörterte der Ausschuss zusammen mit dem Abschlussprüfer die wirtschaftliche Lage des Unternehmens, das Risikomanagement, die Ausgestaltung der internen Revision sowie die möglichen Auswirkungen des geplanten Bilanzmodernisierungsgesetzes auf das Unternehmen.

Der Ausschuss für Personalangelegenheiten behandelte die ihm zugewiesenen Aufgaben.

Die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hannover, hat den Jahresabschluss und den Lagebericht der Provinzial Lebensversicherung Hannover geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Allen Mitgliedern des Aufsichtsrats lagen rechtzeitig vor der Bilanzsitzung der Jahresabschluss nebst Lagebericht und Bericht des Abschlussprüfers vor. Der Abschlussprüfer nahm an der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats teil, berichtete über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung und beantwortete die Fragen der Mitglieder. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung billigte der Aufsichtsrat den Jahresabschluss und stellte ihn in der vorgelegten Form fest. Der Aufsichtsrat legt der Trägerversammlung den festgestellten Jahresabschluss zur Bestätigung vor.

Der Verantwortliche Aktuar hat in der Bilanzsitzung die wesentlichen Ergebnisse seines Erläuterungsberichts zu den Geschäftsplänen, Rechnungsgrundlagen und der mittelfristigen Solvabilitätsentwicklung vorgetragen sowie Fragen aus dem Gremium beantwortet. Der Aufsichtsrat schließt sich den Aussagen und der Bestätigung des Aktuars an.

Der Aufsichtsrat dankt den Vorstandsmitgliedern sowie allen Mitarbeitern der VGH für ihren Einsatz und für die geleistete Arbeit.

Hannover, 23. März 2009

v. Lenthe
Vorsitzender

Geschäftsentwicklung

Provincial Lebensversicherung Hannover, gegründet im Jahre 1918 durch Beschluss des Hannoverschen Provinzial- Landtags

Jahr			Versicherungs- technische Nettorück- stellungen	Trägerkapital und offene Rücklagen	Lebensver- sicherungs- bestand
	Tsd. RM	Tsd. RM	Tsd. RM	Tsd. RM	Tsd. RM
1925	1 513	363	104	–	28 701
1938	11 670	9 730	44 264	–	207 574
1945	12 863	12 836	104 232	–	294 275
1947	12 443	9 340	121 016	–	279 310
	Tsd. DM	Tsd. DM	Tsd. DM	Tsd. DM	Tsd. DM
1949	11 160	7 583	34 290	1 856	152 275
1950	11 246	7 949	40 127	1 298	152 275
1955	23 992	21 331	89 206	1 338	216 991
1960	45 172	40 369	166 528	4 800	378 524
1965	79 429	73 986	262 458	12 500	753 963
1970	141 871	131 583	423 957	24 700	1 340 381
1975	282 112	263 607	823 268	49 000	2 687 508
1980	527 346	482 772	1 568 911	95 000	5 741 932
1985	356 803	315 131	2 413 961	17 400	9 914 373
1990	644 460	581 952	4 378 988	51 450	18 552 433
1995	1 027 910	952 105	6 777 143	141 450	30 226 087
2000	1 427 541	1 390 395	10 731 639	141 450	40 909 627
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
2001	762 197	723 563	5 666 250	171 000	23 141 197
2002	723 092	684 952	5 722 179	171 000	23 774 910
2003	640 656	611 942	5 832 779	171 000	24 289 775
2004	621 806	596 876	5 946 472	171 000	25 256 340
2005	629 589	602 849	6 133 634	173 000	25 288 161
2006	618 834	592 789	6 330 595	176 000	25 462 586
2007	593 433	564 585	6 459 342	178 500	25 481 365
2008	582 541	560 555	6 440 000	178 500	25 421 856

Währungseinheiten:
1924–1948 Reichsmark
1949–2000 Deutsche Mark
ab 2001 Euro

Bis 1983 zeichnete die Provincial das HUK-Geschäft. Zum 1.1.1984 erfolgte eine Bestandsübertragung auf die Brandkasse.



Sara Schiewe

Veranstaltungsprofi bei einer Versicherung? Auch so etwas gibt's. Sara Schiewe hat sich bei der VGH ihren Berufswunsch erfüllt: Sie organisiert Events vom Betriebsfest bis zum Fachsymposium.

Australien oder Ausbildung? Nach dem Abitur überlegte Sara Schiewe lange, ob sie erst einige Zeit ihr Traumland oder doch gleich die Arbeitswelt erkunden sollte. Die Cellerin entschied sich für die zweite Variante. 2003 begann sie bei der VGH ein duales Studium, eine Kombination aus Versicherungslehre und BWL-Studium. Dabei hatte ihr Berufsziel auf den ersten Blick nicht viel mit Versicherungen zu tun. Schiewe wollte Event-Managerin werden. Von der Ausbildung bei der VGH versprach sie sich eine solide Basis für einen späteren Quereinstieg. Ein duales Studium sollte es aber in jedem Fall sein: „Die Studienzeit war kurz, und ich konnte gleichzeitig mein erstes Geld verdienen“, sagt die heute 25-Jährige.

Im 3-Monats-Turnus wechselten sich Theorie an der Berufsakademie und Praxisblöcke in der VGH ab. „Es ist viel einfacher, in der Theorie etwas zu lernen, was man aus der Praxis kennt“, sagt Schiewe. Ihr großes Ziel Veranstaltungsmanagement verlor sie dabei nicht aus den Augen. Regelmäßig tauschte sie sich mit der Personalabteilung darüber aus, wohin die Reise gehen soll. Es folgte eine lange Station in der Marketing-Abteilung. Am Ende der Ausbildung stand sie wieder vor der Entscheidung: VGH, Event-Branche – oder Australien?

Sie machte alles drei: Bei der VGH wurde gerade die Unternehmenskommunikation als Abteilung aufgebaut, und im Veranstaltungsmanagement war eine Stelle frei. Schiewe bewarb sich und übernahm den Job. Heute plant sie interne und externe Veranstaltungen der VGH und ist rundum zufrieden. „Es ist der Beruf, den ich immer machen wollte.“ Und im November 2008 war sie auch endlich in Australien. Sechs Wochen am Stück – selbst das ist bei der VGH möglich.

Bericht des Vorstands

Wirtschaftliches Umfeld

Die Konjunktur hat im Berichtsjahr 2008 durch die sich verschärfende Finanzkrise einen spürbaren Dämpfer erhalten. Nach einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts im ersten Quartal von 1,5 Prozent waren die folgenden Quartale von sich deutlich verschlechternden Wachstumskennziffern geprägt. Nach kräftigen Zuwächsen von 2,5 Prozent in 2007 hat das Bruttoinlandsprodukt im Berichtsjahr um lediglich 1,3 Prozent zugenommen. Die noch zu Beginn des Jahres erwartete Erholung der wirtschaftlichen Lage privater Haushalte, auf die über 80 Prozent der gesamten Versicherungsnachfrage entfallen, ist nicht eingetreten.

Der mit steigender Beschäftigung einhergehende stärkere Lohnanstieg wurde im Jahresverlauf weitgehend durch eine ungünstige Preisentwicklung aufgezehrt, so dass die Realeinkommen wohl abermals leicht zurückgegangen sind. Am Arbeitsmarkt zeigten die Reformen ihre Wirkung: Die Zahl der Arbeitslosen ist im November 2008 auf unter drei Millionen gesunken und die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten liegt über eine halbe Million höher als im Vorjahr.

Mit einem Beitragsplus von 2,9 Prozent in 2008 ist die PKV (Private Krankenversicherung) wiederholt Wachstumsmotor der deutschen Assekuranz (Beitragswachstum der deutschen Versicherungswirtschaft in 2008: 1,5 Prozent), wenngleich ein immer höherer Anteil des Marktwachstums auf Beitragsanpassungen beruht. Die veränderten Rahmenbedingungen zwischen GKV (Gesetzliche Krankenversicherung) und PKV haben sich äußerst negativ auf das PKV-Wachstum ausgewirkt. Ihr Nettoneuzugang in der Vollversicherung lag zur Jahresmitte deutlich unter dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Von dem Prämienwachstum entfallen 30 Prozent auf das Neugeschäft, 70 Prozent auf Beitragsanhebungen oder Tarifumstellungen. Die Zukunftsperspektive für die private Krankenversicherung ist unsicher. Das Geschäftsmodell der PKV wird zunehmend von der Politik beeinflusst, und damit ist seine weitere Zukunft in hohem Maße abhängig vom Ausgang der nächsten und den nachfolgenden Bundestagswahlen.

Allgemeiner Geschäftsverlauf

Die Provinzial Krankenversicherung Hannover AG (Provinzial Kranken) befindet sich weiterhin in einer Phase des Wachstums und setzt auch im zwölften Geschäftsjahr die positive Entwicklung fort. Trotz der Neuregelungen der Gesundheitsreform, die insgesamt eine Verschlechterung der Rahmenbedingungen für die privaten Krankenversicherer bedeuten, konnte die Provinzial Kranken ihr Geschäftsergebnis gegenüber 2007 deutlich steigern. Das Unternehmen konnte vor allem im zweiten Halbjahr 2008 eine Vielzahl neuer Verträge hinzugewinnen und insbesondere freiwillig Versicherte aus der GKV von der Leistungsfähigkeit der Provinzial Kranken überzeugen.

Die Provinzial Kranken ist in ihrem Tätigkeitsgebiet begrenzt auf die Bundesländer Niedersachsen und Bremen. Der Provinzial Kranken werden im Wesentlichen Versicherungsverträge über die Außendienstorganisation der VGH Versicherungen sowie über die niedersächsischen Sparkassen vermittelt. Das Tarifwerk umfasst die gängigen Tarife für die in Frage kommenden Berufsgruppen und deren Angehörige:

- Krankheitskostenversicherung
- Krankentagegeldversicherung
- Selbstständige Krankenhaustagegeldversicherung
- Sonstige selbstständige Teilversicherungen
- Pflegepflichtversicherung

Ergebnis

Wie in den Vorjahren führte auch das Jahr 2008 zu einem positiven Gesamtergebnis. Die Provinzial Kranken erwirtschaftete einen Rohüberschuss vor Zuführung zur Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung und vor Steuern vom Einkommen und vom Ertrag in Höhe von 4,4 Millionen Euro. Die versicherungsgeschäftliche Ergebnisquote gemäß PKV-Kennzahlenkatalog lag bei 14,2 Prozent.

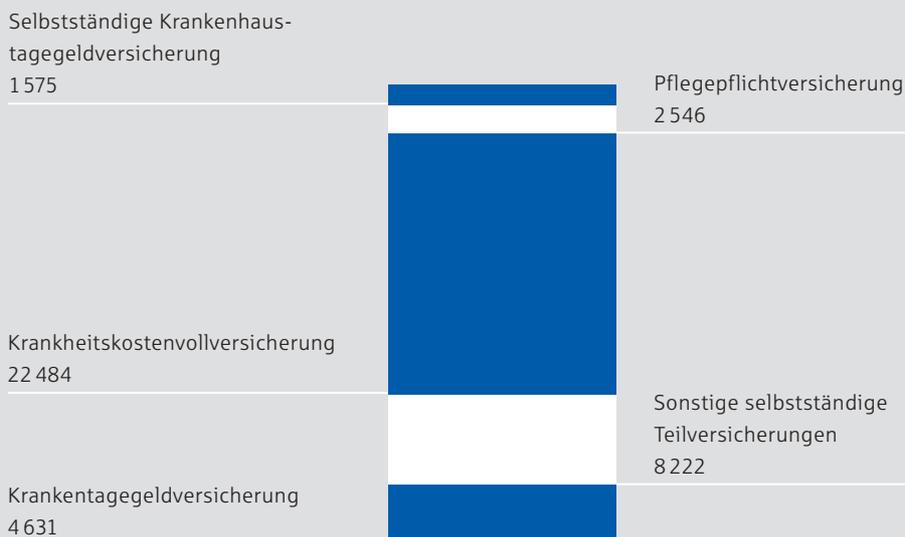
Bewertung durch Rating-Agenturen

„Versicherungs-Champion 2008“

Die Provinzial Kranken wurde im Juni auf dem Capital Versicherungs-Gipfel in Köln zum „Versicherungs-Champion 2008“ gekürt und belegt damit (neben zwei Mitbewerbern) den ersten Platz in der Riege der privaten Krankenversicherer in Deutschland. Umfassende Testverfahren, die das Wirtschaftsmagazin gemeinsam mit dem Analysehaus Morgen & Morgen und der Nafi-Unternehmensberatung durchführte, zeigten, dass die Provinzial Kranken in den Disziplinen Produktqualität, Preis-/Leistungsverhältnis und Kundenzufriedenheit hervorragend abgeschnitten hat. Außerdem gehörten solide Bilanzkennzahlen zu den Bewertungskriterien.

Gebuchte Bruttobeiträge nach Tarifgruppen für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft

in Tsd. €



„Map-Report 2008“

Ebenfalls überzeugen konnte die Provinzial Kranken im sechsten Folgerating durch den Finanz- und Wirtschaftsdienst „map-report“. Im Berichtsjahr konnte die Provinzial Kranken ihre hervorragende Bewertung („ppp“) wieder erreichen. Grundlage sowohl für die langfristige Betrachtung des m-Ratings als auch für den Kurzfristvergleich beim p-Rating sind die Bilanzdaten, die Servicekennzahlen und die Beitragsentwicklungen.

„Morgen & Morgen KV-Bilanztest“

Im „Morgen & Morgen KV-Bilanztest“, der in dem Finanzmagazin Capital veröffentlicht wurde, erreichte die Provinzial Kranken die Kategorie 1: „ausgezeichnet“. Um in die Spitzengruppe geratet zu werden, mussten die Unternehmen in allen fünf bewerteten Bilanzkategorien die gesetzte Benchmark überspringen. Die Provinzial Kranken gehört damit zu einem der besten Versicherungsunternehmen in der PKV.

Produktatings

Auch in verschiedenen Produktatings konnte insbesondere die Pfl egetagegeldversicherung der Provinzial Kranken im Berichtsjahr überzeugen: Die Zeitschrift Euro 07/08 zeichnete die Pfl egetagegeldversicherung mit der Versicherungsnote 1 bei den Frauen und Note 2 bei den Männern aus. Die Versicherungsnote ergibt sich aus dem Verhältnis von Beitrag und Leistung. Darüber hinaus hat das Verbrauchermagazin Finanztest den Pfl egetagegeldtarif vier Mal mit dem Qualitätsurteil „gut“ ausgezeichnet. Damit belegte die Provinzial Kranken jeweils den 2. Platz.

Der Geschäftsverlauf im Einzelnen

Neugeschäftsentwicklung

Die Gesundheitsreform und die Diskussionen in den Medien über die Veränderungen im Gesundheitswesen haben viele Verbraucher verunsichert. Dennoch konnte die Provinzial Kranken in einem vertrieblich schweren Umfeld in 2008 ein deutlich besseres Neugeschäftsergebnis erzielen als im Vorjahr. Die Neugeschäftsproduktion liegt mit 8,4 Prozent über dem Vergleichswert aus 2007. Insbesondere die letzten Monate des Jahres waren sehr erfolgreich, so dass die schwächeren Monate des ersten Quartals ausgeglichen werden konnten.

Die Provinzial Kranken konnte durch gezielte Akzente der eigenen Vertriebsorganisationen vom sogenannten „Alte-Welt-Schlussverkauf“ profitieren und ein sehr positives Jahresendgeschäft erzielen. Insbesondere bei der Vollversicherung wurde eine deutliche Steigerung bei der Produktion von 13,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr erreicht, während bei der Zusatzversicherung ein leichter Rückgang zu verzeichnen war (– 1,0 Prozent).

Im Geschäftsjahr 2008 haben 14 863 neue versicherte Personen der Provinzial Kranken ihr Vertrauen geschenkt und sich für eine Krankenversicherung entschieden – davon 2 095 Personen für eine Vollversicherung.

Beitrags- und Bestandsentwicklung

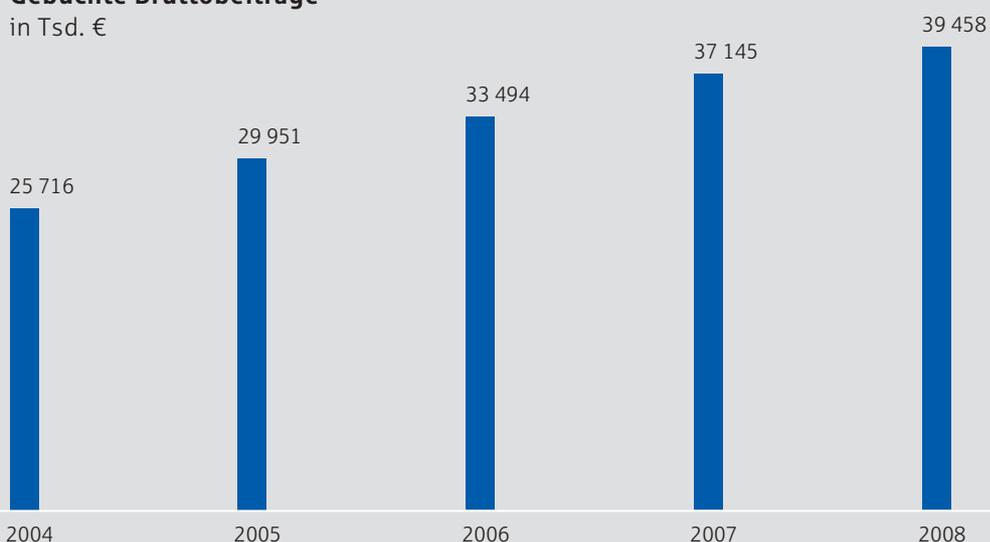
Die gebuchten Bruttobeiträge beliefen sich im Geschäftsjahr auf 39,5 Millionen Euro (Vorjahr: 37,1 Millionen Euro). Die Beiträge für Vollversicherungen erreichten 22,5 Millionen Euro, dies entspricht einem Wachstum von 6,8 Prozent. Damit hatte die Krankheitskostenvollversicherung einen Anteil von 57 Prozent an den gebuchten Bruttobeiträgen. Im Bereich der Zusatzversicherungen konnte eine Beitragshöhe von 14,4 Millionen Euro erreicht werden, dies bedeutet eine Steigerung von 4,7 Prozent. Insgesamt liegt der Zuwachs bei den Beiträgen (Monatssollbeiträge Januar–Dezember 2008) in der Vollversicherung mit 8,3 Prozent deutlich über dem Branchendurchschnitt (+ 3,2 Prozent) und resultiert bei der Provinzial Kranken überwiegend aus Neugeschäft und nicht aus Beitragsanpassungen.

Im Berichtsjahr konnte der Bestand an Versicherten weiter ausgebaut werden: Zum 31. Dezember 2008 haben 131 118 Personen ihren Versicherungsschutz im Krankheits- oder Pflegefall der Provinzial Kranken anvertraut. Damit stieg der Bestand in 2008 um 5,7 Prozent. Zum Bilanzstichtag waren bei der Provinzial Kranken 11 882 Personen vollversichert, dies entspricht einem Wachstum von 9,3 Prozent. Eine Zusatzversicherung haben 119 236 Personen, ein Plus von 5,4 Prozent. Die Anzahl der pflegepflichtversicherten Personen (inklusive der Personen, die über die Gemeinschaft privater Versicherungsunternehmen zur Durchführung der Pflegeversicherung (GPV) mitversichert sind) beläuft sich zum 31. 12. 2008 auf 12 833 Versicherte.

Entscheidend für diese positive Entwicklung ist der fortwährende Zugang neuer versicherter Personen, die im Marktvergleich maßvollen Beitragsanpassungen sowie die sich stetig verbessernde Stornoquote. Diese konnte im Berichtsjahr noch einmal gesenkt werden und liegt bei 4,5 Prozent (Vorjahr: 6,2 Prozent).

Gebuchte Bruttobeiträge

in Tsd. €



Beitragsanpassung und -rückerstattung

In der Beitragsanpassung zum 1. Januar 2008 konnten in großem Umfang Beitrags-senkungen durchgeführt werden, von der zwei Drittel der Kunden (ca. 80 000 Personen) profitierten. Im Mittel konnten die Beiträge um 2 Prozent gesenkt werden. Beitrags-erhöhungen, insbesondere bei Männern, sind zum Teil auf die gesetzlich vorgeschrie-bene Umverteilung der Schwangerschaftskosten gemäß des Allgemeinen Gleich-behandlungsgesetzes (AGG) zurückzuführen.

Ab dem 1. Juli 2008 ist das Pflegeweiterentwicklungsgesetz in Kraft getreten. Durch die Leistungserweiterung wurden die Beiträge in der privaten Pflegepflichtversicherung branchenweit angepasst. Die günstige Kostensituation der Provinzial Kranken hat sich dabei positiv auf die Beitragsanpassung der Kunden ausgewirkt.

Der Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung wurden zur Abmilderung notwendig gewordener Beitragsanpassungen insgesamt Einmalbeiträge in Höhe von 1,0 Millionen Euro für unsere Kunden entnommen. 0,4 Millionen Euro wurden an Versicherte ausgezahlt, die leistungsfrei geblieben sind. Dabei handelt es sich um eine erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung, mit der das Unternehmen seine Kunden an den erwirtschafteten Überschüssen beteiligt. Mit der Rückerstattung von Beiträgen wer-den Eigenverantwortlichkeit und gesundheitsbewusstes Verhalten der Kunden belohnt.

Für den Bestand musste zum 1. Januar 2009 keine Beitragsänderung veranlasst werden. Im Neugeschäft sind im gesamten Zusatzversicherungsbereich keine Beitragsanpas-sungen erforderlich. Lediglich in den Vollkostentarifen und im ambulanten Beihilfetarif wurden für das Neugeschäft Anpassungen zum 1. Januar 2009 vorgenommen.

Leistungen

Die Leistungen für die Versicherten stiegen im Berichtsjahr entsprechend der Planung im zweistelligen Prozentbereich. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen auf das Bestandswachstum und den älter werdenden Bestand zurückzuführen. Die Brutto-Aufwendungen für Versicherungsfälle beliefen sich im Geschäftsjahr unter Berücksich-tigung der Veränderung der Schadenrückstellungen und der Schadenregulierungs-aufwendungen auf 17,4 Millionen Euro. Ausgabensteigerungen sehen die Frühwarn-indikatoren des PKV-Verbands insbesondere in den Bereichen der ambulanten Versorgung und der Zahnversorgung.

Die Schadenquote gemäß PKV-Kennzahlenkatalog liegt mit 70,7 Prozent annähernd auf dem Niveau des Vorjahres (69,3 Prozent). Aufgrund der günstigen Schadensituation liegen die Leistungsaufwendungen immer noch deutlich unter dem Marktdurchschnitt. Die gute Risikostruktur in unserem Geschäftsgebiet sowie Selektionsgewinne durch eine risikogerechte Annahmepolitik gelten als Gründe für diese weiterhin positive Entwicklung. Von den gesamten Leistungsausgaben entfielen 44,6 Prozent auf den ambulanten Bereich, gefolgt vom stationären Bereich mit 22,2 Prozent, Zahnbehand-lung und Zahnersatz mit 17,2 Prozent, dem Krankentagegeld mit 13,5 Prozent sowie dem Krankenhaustagegeld mit 2,3 Prozent.

Versicherungstechnische Rückstellungen

Die Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung wurde zum Bilanzstichtag auf 11,3 Millionen Euro erhöht (Vorjahr: 9,7 Millionen Euro). Die RfB-Quote, die angibt, in welcher Relation zu den Beitragseinnahmen zusätzliche Mittel zur Finanzierung von Beitragsanpassungen oder für Barausschüttungen zur Verfügung stehen, wurde auf 31,8 Prozent erhöht (Vorjahr: 30,4 Prozent).

Gemäß § 12 a Abs. 3 Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) ist die Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung aus überrechnungsmäßigen Zinsen unabhängig vom Unternehmenserfolg zu bilden und innerhalb von drei Jahren beitragsmildernd für Versicherte zu verwenden, die am Bilanzstichtag mindestens das 55. Lebensjahr vollendet haben. Des Weiteren stehen finanzielle Mittel für die Pflegepflichtversicherung zur Verfügung. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden der Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung 0,5 Millionen Euro zugeführt.

Kosten

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 5,9 Millionen Euro für den Versicherungsbetrieb aufgewendet. Diese Kosten setzen sich aus den Abschluss- und Verwaltungskosten zusammen.

Aufgrund eines starken Jahresendgeschäfts stiegen die Abschlusskosten auf 4,7 Millionen Euro (Vorjahr: 4,2 Millionen Euro), woraus sich eine Abschlusskostenquote gemäß PKV-Kennzahlenkatalog von 11,9 Prozent (Vorjahr: 11,3 Prozent) ergibt. Die Verwaltungskostenquote lag im Jahr 2008 bei 3,2 Prozent (Vorjahr: 3,3 Prozent).

Die Kostenquoten der Provinzial Kranken sind damit im Marktvergleich nach wie vor überdurchschnittlich. Im Vergleich zu jungen Krankenversicherern, die alle eine hohe Fixkostenbelastung aufweisen, ist die Kostensituation aber weiterhin als gut zu bewerten.

Kapitalanlagen

Die Entwicklung der Kapitalmärkte war durch die deutliche Verschärfung der internationalen Finanzkrise geprägt. Alle namhaften Industrieländer sahen sich gezwungen, umfangreiche Stützungsmaßnahmen für den Finanzsektor umzusetzen.

Im Rentenmarkt blieb diese Entwicklung nicht ohne Auswirkung. Im zweiten Halbjahr wurden die Zinsen zur Stützung der Konjunktur deutlich abgesenkt. Die Vertrauenskrise im Bankensektor und die Unsicherheiten in der Realwirtschaft führten zu einem Anstieg der Spreads auf Unternehmensanleihen, die Ende Oktober Höchstwerte erreichten. Die Aktienmärkte waren von den Unsicherheiten noch stärker betroffen. Die Entwicklungen im Bankensektor und die sich verschlechternden Indikatoren der Weltwirtschaft belasteten die Märkte erheblich.

Der Kapitalanlagebestand erhöhte sich im Geschäftsjahr von 77,4 Millionen Euro auf 100,8 Millionen Euro. Eine Übersicht über die Entwicklung und Zusammensetzung des Kapitalanlagebestands geben die Seiten 170 und 171 des Geschäftsberichts. Die Nettokapitalerträge fielen aufgrund der Finanzmarktkrise leicht von 3,1 Millionen Euro auf 3,0 Millionen Euro, da Abschreibungen auf ein Sondervermögen notwendig wurden, die nicht kompensiert werden konnten.

Die zu Anschaffungskosten bilanzierten Wertpapiere wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Über alle Kapitalanlagen weist die Provinzial Kranken eine stille Reserve von 3,4 Millionen Euro aus.

Die Nettoverzinsung lag im Berichtszeitraum bei 3,3 Prozent (Vorjahr: 4,5 Prozent). Sie bildet die Grundlage für die Ermittlung des Überzinsbetrags gemäß § 12 a VAG. Im Rahmen der Überzinsverwendungsvorschriften wurden 2008 gemäß § 12 a Abs. 2 und 3 VAG keine Mittel aufgewendet.

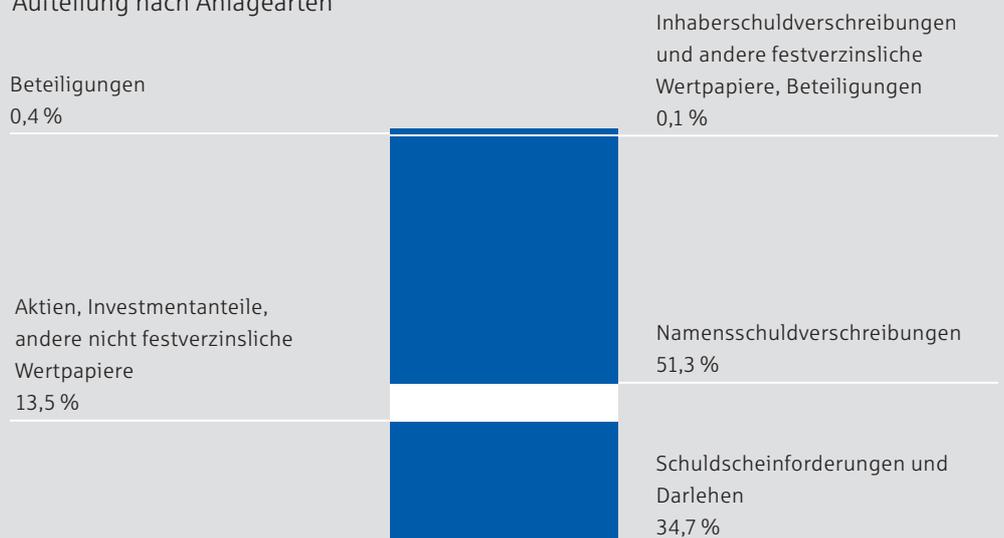
Mitarbeiter

Im Innendienst der Provinzial Kranken waren im Berichtsjahr in den Bereichen Antrags- und Bestandsbearbeitung, Medizinische Risikoprüfung, Leistungsbearbeitung, Grundsatzzfragen, Mathematik und Controlling/Vorstandsreferat 31 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (28 Kapazitäten) tätig. Darüber hinaus beschäftigt die Provinzial Kranken zwei Auszubildende.

Die Vertriebswege werden in allen Fragen rund um das Thema Krankenversicherung durch Spezialisten im angestellten Außendienst der VGH unterstützt. Diese in den letzten Jahren aufgebaute Außendienstorganisation sorgt für eine verbesserte Kundenberatung und verhilft zu positiven Vertriebsergebnissen und einer zufriedenstellenden Stornosituation.

Kapitalanlagen

Aufteilung nach Anlagearten



Dank des Vorstands

Die Provinzial Kranken hat das Geschäftsjahr 2008 erfolgreich abgeschlossen und verdankt dies dem Engagement und der Kompetenz ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Innen- und angestellten Außendienst sowie den selbstständigen Vertretungen und der niedersächsischen Sparkassenorganisation. Daher gilt ihnen unser herzlicher Dank und unsere Anerkennung. Der Dank des Vorstands gilt ebenfalls allen Kunden für das entgegengebrachte Vertrauen.

Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die Provinzial Kranken besitzt seit Jahren ein etabliertes Risikomanagementsystem, das von der Internen Revision in regelmäßigen Abständen einer Prüfung unterzogen wird. Als Risiken der zukünftigen Entwicklung bei einer privaten Krankenversicherung gelten im Wesentlichen:

- sozialpolitische Änderungsrisiken (medizinisch-technischer Fortschritt, Änderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen)
- versicherungstechnische Risiken (Prämien-/Versicherungsleistungs-, Reserve- und Zinsgarantierisiko)
- Risiken aus der Zeichnungspolitik (medizinische Risikoprüfung bzw. -selektion)
- Risiken der Kapitalanlagen (u. a. Zins-, Bonitäts- und Kursänderungsrisiken)
- operationale Risiken (Störungen bei DV-Systemen und betrieblichen Prozessen)

Sozialpolitische Änderungsrisiken

Ein wesentliches Risiko für die Provinzial Kranken wie für alle privaten Krankenversicherer besteht im Eingriff des Gesetzgebers in die Finanzierungsformen des Gesundheitswesens.

Insbesondere das GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz (GKV-WSG) wird die zukünftige Bestands- und Beitragsentwicklung beeinflussen. Mit Stichtag 1. Januar 2009 muss jede private Krankenversicherung, die die substitutive Krankenversicherung vertreibt, einen brancheneinheitlichen Basistarif anbieten. Der Basistarif ist ein gesetzlich definiertes Produkt, welches nach Art, Umfang und Höhe mit den Leistungen der gesetzlichen Kassen vergleichbar sein muss. Da der Basistarif durch die einschnürenden gesetzlichen Vorgaben nicht kostendeckend sein wird, muss die verbleibende Deckungslücke laut Gesetz von den PKV-Bestandsversicherten getragen werden. Das Gesetz gibt als maximale Beitragshöhe den durchschnittlichen Höchstbeitrag in der GKV vor. Individuelle Risikozuschläge aufgrund von Vorerkrankungen dürfen beim Basistarif nicht erhoben werden, so dass die Risiken nicht risikoäquivalent kalkuliert werden können.

Ebenfalls zum 1. Januar 2009 gilt in Deutschland eine allgemeine Pflicht zur Versicherung. Das bedeutet, dass sich alle dem PKV-System zugehörigen Personen, die nicht krankenversichert sind, bei einem Unternehmen der privaten Krankenversicherung versichern müssen. Der Versicherer darf eine Versicherung, die eine Pflicht zur Versicherung erfüllt, nicht ohne den Nachweis einer Folgeversicherung kündigen (§ 206 Abs. 1 VVG).

Zum 1. Januar 2009 haben die Privatversicherten die Möglichkeit zur Mitnahme der Alterungsrückstellung. In die Beiträge von Versicherten, deren Versicherungsschutz vor dem 1. Januar 2009 begründet wurde, ist die Übertragungsmöglichkeit von Alterungsrückstellungen nicht einkalkuliert. Gleichwohl erhalten die Versicherten einmalig die Gelegenheit, unter Übertragung eines Teils der Alterungsrückstellungen in den Basistarif eines anderen Unternehmens zu wechseln, wenn die Kündigung zwischen dem 1. Januar und dem 30. Juni 2009 erfolgt.

Ein weiterer Eckpunkt der Gesundheitsreform ist das Angebot von so genannten Wahlтарifen mit klassischen PKV-Elementen wie beispielsweise Selbstbehalten, Beitragsrückerstattungen oder Kostenerstattungstarifen durch die gesetzlichen Krankenkassen. Diese tief greifende Änderung durch das GKV-WSG stellt für die Provinzial Kranken ein bedeutendes Risiko dar. Im Marktvergleich hat die Provinzial Kranken in Relation zum Gesamtbestand einen hohen Anteil an Zusatzversicherungen. Mit der Einführung der Wahlтарife treten die gesetzlichen Kassen in Konkurrenz zu den privaten Krankenversicherern und genießen aufgrund ihrer Stellung als Körperschaften des öffentlichen Rechts spezifische Vorteile, die ihnen im Wettbewerb nützen.

Tarife, mit denen die gesetzlichen Kassen ihren Versicherten einen „privaten“ Zusatzschutz anbieten, sind nach Auffassung des PKV-Verbands sowie laut verschiedener juristischer Gutachten und Stellungnahmen nicht verfassungskonform. Aus diesem Grund hat sich die Provinzial Kranken an der Verfassungsbeschwerde der Branche beteiligt. Die Klage der Provinzial Kranken richtet sich vor allem gegen die neuen Wahlтарife sowie die weiteren Änderungen des GKV-WSG zur Einführung des Basistarifs.

In der einseitigen finanziellen Förderung der gesetzlichen Kassen und der GKV-Versicherten im Rahmen des aktuellen Konjunkturpaktes der Bundesregierung besteht ein weiterer Eingriff des Gesetzgebers in die Finanzierungsformen des Gesundheitswesens. Aufgrund der wirtschaftlichen Lage hat sich die Bundesregierung Mitte Januar 2009 auf ein zweites Konjunkturpaket geeinigt. Ein Eckpunkt des Maßnahmenbündels, welches die schwache Wirtschaft ankurbeln soll, ist die Absenkung des Beitragssatzes der GKV mit steuerfinanzierten Milliardenzuschüssen. Für den PKV-Verband ist die Beitrags-Subvention nur für die GKV verfassungsrechtlich fragwürdig. Die 8,6 Millionen Versicherten in der privaten Krankenversicherung werden von dieser Entlastung ausgegrenzt, obwohl sie als Steuerzahler in vollem Umfang zur Finanzierung der Kosten beitragen müssten.

Auch die Unternehmen der privaten Krankenversicherung werden im Wettbewerb mit der GKV benachteiligt. Sie müssen gegen die abermals steuerlich subventionierten GKV-Beiträge konkurrieren. Des Weiteren wird die Deckelung der Prämien im Basistarif immer schmerzhafter, je intensiver der Kassenbeitrag subventioniert wird. So schmälert die im Konjunkturpaket II verabschiedete Beitragsverschiebung von 15,5 Prozent auf 14,9 Prozent die maximalen Einnahmen der Versicherer um fast vier Prozent. Für diese Unterdeckung müssen dann wieder die Privatversicherten aufkommen.

Trotz der zusätzlichen Hürden der Gesundheitsreform wird die Provinzial Kranken die Herausforderungen dieses Gesetzes selbstbewusst annehmen. Neugeschäftschancen bieten sich vor allem bei weiteren Einschränkungen des GKV-Leistungskatalogs sowie Rationierungen von Gesundheitsleistungen, die einer privaten Absicherung vorbehalten sind. Außerdem versucht die Provinzial Kranken, den sich ergebenden Risiken durch eine breite Tarifpalette und Maßnahmen zur Ausschöpfung des Potenzials unserer Vertriebswege zu begegnen. Insbesondere für freiwillig GKV-Versicherte bleibt die Provinzial Kranken ein attraktiver Krankenversicherer. Die starke Vertriebsorganisation kann im Rahmen von Kundengesprächen zur Altersvorsorge das Thema „Gesundheitsvorsorge“ zielgerichtet einbinden. Aufgrund der spürbaren Verschlechterungen in der GKV und den Diskussionen in den Medien über die Veränderungen im Gesundheitswesen halten immer mehr Menschen im Geschäftsgebiet eine zusätzliche private Absicherung für notwendig. Die gute Marktposition in der privaten Pflegeversicherung könnte vor dem Hintergrund des Marktpotenzials einer alternden Gesellschaft ebenfalls weiter ausgebaut werden.

Versicherungstechnische Risiken

Das Prämien-/Versicherungsleistungsrisiko beschreibt die Gefahr, dass eine im Voraus festgelegte Versicherungsprämie nicht ausreichend ist, um über die gesamte Versicherungsdauer die zugesagten Leistungen zu finanzieren. Die für die rechnungsmäßigen Versicherungsleistungen zugrunde gelegten tariflichen Kopfschäden werden jährlich überprüft, bei Änderungsbedarf können die Prämien angepasst werden. Zudem werden die in den technischen Berechnungsgrundlagen dokumentierten Kalkulationsverfahren einem unabhängigen Treuhänder und der Aufsichtsbehörde vorgelegt. Zum Schutz vor einzelnen Großschadenereignissen hat sich die Provinzial Kranken durch einen Rückversicherungsvertrag abgesichert.

Das Reserverisiko meint die Angemessenheit der versicherungstechnischen Rückstellungen. Bei der Provinzial Kranken erfolgt die Berechnung entsprechend der gesetzlichen Vorschriften unter Berücksichtigung marktüblicher Sicherheitszuschläge.

Das Zinsgarantierisiko umfasst das Risiko, dass der in die Prämien einkalkulierte Rechnungszins nicht erwirtschaftet wird. Der gegenwärtig branchenweit angesetzte Rechnungszins liegt bei 3,5 Prozent. Das Ergebnis zur Überprüfung des Rechnungszinses wird dem PKV-Verband, der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und dem mathematischen Treuhänder vorgelegt.

Risiken aus der Zeichnungspolitik

Die Grundlage für eine vorsichtige Zeichnungspolitik liefert eine fundierte medizinische Gesundheitsprüfung. Hierdurch wird der Versichertenbestand vor hohen Leistungsausgaben geschützt und die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens bleibt langfristig gewährleistet.

Risiken aus Kapitalanlagen

Die Kapitalanlagen der Provinzial Kranken werden unter strikter Beachtung der gesetzlichen, aufsichtsrechtlichen und innerbetrieblichen Bestimmungen in einem strukturierten Anlageprozess getätigt. Das Portfolio ist global ausgerichtet und vereint die positiven Effekte breiter Diversifikation und hoher Granularität. Durch das Risikomanagement wird eine laufende Überwachung der Kapitalanlagentätigkeit insbesondere im Hinblick auf die Marktwert Risiken sichergestellt. Ziel ist es, die Risiken der Kapitalanlage frühzeitig zu erkennen, zu analysieren und aufzuzeigen, damit notwendige Gegenmaßnahmen eingeleitet werden können. Der Vorstand wird regelmäßig über die aktuelle Risikosituation informiert. Die Risiken aus Kapitalanlagen umfassen im Wesentlichen:

- Preisrisiken bei nachteiligen Veränderungen der Märkte
- Bonitätsrisiken durch den Ausfall eines Emittenten oder Kontrahenten
- Liquiditätsrisiken durch nicht zeitgerechte Liquiditätszu- und -abflüsse

Grundlage des Risikomanagements bilden das vom Vorstand verabschiedete Risikokapital, das festgelegte Anlageuniversum und die Limitsysteme. Das verfügbare Risikokapital wird mindestens einmal jährlich im Rahmen des Planungsprozesses vom Vorstand im Hinblick auf die absolute Höhe und die prozentuale Risikoauslastung beschlossen.

Das Risikomanagementsystem misst die aus der eingegangenen Kapitalanlagestrategie resultierenden Risiken und stellt sie dem verfügbaren Risikokapital gegenüber. Die Risikomessung erfolgt auf Basis einer Value-at-Risk-Systematik mit einem Konfidenzniveau von 99 Prozent für verschiedene Haltedauern. Die so ermittelten Risikofaktoren werden unter Berücksichtigung von Korrelationen auf die Risikoexposition der Kapitalanlagen angewendet. So ist gewährleistet, dass die Auswirkungen ungünstiger Kapitalmarktentwicklungen auf die Finanz- und Ertragslage des aktuellen Kapitalanlagebestands jederzeit beurteilt werden können.

Die Provinzial Kranken verfolgt ein mehrdimensionales Risikosteuerungskonzept mit monatlicher Risikoquantifizierung. Neben der betriebswirtschaftlichen Risikodimension (d. h. im Asset-Liability-Kontext) sind eine rechnungslegungsorientierte (im Gewinn- und Verlustrechnungs- und Bilanzkontext) und eine aufsichtsrechtliche Betrachtungsweise implementiert. Im Rahmen der risikoadjustierten Portfoliosteuerung wird auf Basis einer Auslastungsanalyse des verfügbaren Risikokapitals über Risikonahme bzw. Risikoreduktion entschieden. Im Fokus liegt dabei immer der Engpass der drei betrachteten Dimensionen.

Im operativen Risikomanagement können derivative Finanzinstrumente vor allem zur Sicherung von Marktpreisrisiken und zur Steuerung der Aktienquote eingesetzt werden. Währungsrisiken sind von untergeordneter Bedeutung, da die Vermögensanlage im Wesentlichen in Euro bzw. währungsgesichert getätigt wird.

Bonitätsrisiken der Kontrahenten werden im indirekten Kapitalanlagebestand über Anlagerichtlinien gesteuert. Im Direktbestand wird dem Bonitätsrisiko durch sorgfältige Auswahl und Streuung der Emittenten und eine monatliche kontinuierliche Ratingüberprüfung begegnet.

Der jederzeitigen Erfüllbarkeit aller Zahlungsverpflichtungen wird unterjährig durch eine detaillierte Liquiditätsplanung und -steuerung, die auf Jahresbasis aufsetzt und dann auf Monats- und Tagesbasis heruntergebrochen wird, Rechnung getragen.

Auf Anforderung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht war von allen Versicherungsgesellschaften zum 31. Dezember 2008 ein Stresstest durchzuführen, der vier negative Kapitalmarktszenarien simuliert. Die Ergebnisse zeigen, dass die Provinzial Kranken alle vier Szenarien verkraftet, ohne dass die Risikotragfähigkeit des Unternehmens gefährdet wäre. Freiwillige unterjährige Stresstests fielen ebenfalls ausnahmslos positiv aus.

Operationelle Risiken

Das operationale Risiko betrifft Risiken, die durch menschliches oder technisches Versagen bzw. durch externe Einflussfaktoren entstehen oder die aus vertraglichen Vereinbarungen oder rechtlichen Rahmenbedingungen resultieren.

Technische Risiken können insbesondere durch eine unzureichende Systemverfügbarkeit sowie den Ausfall technischer Einrichtungen entstehen. Eine umfassende Sicherheitsstrategie bei den Dienstleistern für die EDV-Anwendungen, der Hanse-Merkur Krankenversicherung aG und der ivv-Informationsverarbeitung für Versicherungen GmbH, gewährleistet die Sicherheit und Funktionsfähigkeit der eingesetzten EDV-Systeme. Eine systematische Revision sowie interne Kontrollen tragen darüber hinaus zur Sicherheit und Verfügbarkeit der IT-Anlagen, Daten und Programme bei.

Risikoaspekten im organisatorischen und funktionalen Verwaltungsbereich wird durch das Interne Kontrollsystem begegnet, welches das Fehlerrisiko in den Geschäftsprozessen und das Risiko unternehmensschädigender Handlungen reduziert. Alle Zahlungsströme unterliegen strengen Regelungen hinsichtlich der Vollmachten und Kontrollverfahren. Entsprechende Funktionstrennungen in den Arbeitsabläufen, das Vier-Augen-Prinzip sowie Stichprobenverfahren nach dem Zufallsprinzip minimieren das Risiko unternehmensschädigender Handlungen bei der Erledigung von Geschäftsvorfällen. Die Angemessenheit, Wirksamkeit und Funktionsfähigkeit des Internen Kontrollsystems wird durch die Innenrevision im Rahmen ihrer Prüfungstätigkeit laufend überwacht.

Rechtliche Risiken können insbesondere aus veränderten rechtlichen Rahmenbedingungen resultieren, die durch Gesetzesänderungen oder gerichtliche Entscheidungen bedingt sind. Diese schließen zivil- und handelsrechtliche sowie bilanz- und steuerrechtliche Risiken ein. Diesen Risiken wird durch das rechtzeitige Ergreifen entsprechender Maßnahmen wie der Überprüfung und Anpassung von Verträgen begegnet. Darüber hinaus beobachten wir Änderungen im rechtlichen Umfeld, die

unser Unternehmen beeinflussen könnten, und treffen alle erforderlichen und geeigneten Vorkehrungen zur Beherrschung der sich ergebenden Risiken. So bildete das GKV-WSG den Schwerpunkt der unternehmensübergreifenden rechtlichen Beratung im Berichtsjahr. Um die entsprechenden Anforderungen zu realisieren, wurden frühzeitig Maßnahmen eingeleitet und umgesetzt.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Mit Hilfe des Risikomanagementsystems sind Risiken, die sich wesentlich oder bestandsgefährdend auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auswirken können, frühzeitig erkennbar. Durch das systematische Erfassen von Veränderungen der Risikopositionen gewährleistet das Risikofrüherkennungs-System, dass den einzelnen Risiken durch geeignete Maßnahmen rechtzeitig begegnet werden kann. Im Ergebnis ist festzustellen, dass gegenwärtig keine Risiken erkennbar sind, die die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Provinzial Kranken nachhaltig oder wesentlich beeinträchtigen.

Strategie

Als Basis der Strategie dienen die Grundsätze Regionalität, Kundennähe und der Verbund mit den Sparkassen. Dabei zu beachten sind wesentliche externe Rahmenbedingungen wie der demografische Wandel, verändertes Kundenverhalten und politisch-rechtliche Vorgaben. Von besonderer Bedeutung für die private Krankenversicherung sind die gesundheitspolitischen Rahmenbedingungen.

Um die gesteckten Ziele zu erreichen, setzt die Provinzial Kranken weiterhin auf die Entwicklung und das Angebot bedarfsgerechter Produkte, ein dichtes Servicenetz über die hauptberuflichen Vertretungen und die Sparkassen im Geschäftsgebiet in Niedersachsen und Bremen sowie die Unterstützung vor Ort durch Krankenversicherungsspezialisten. Zudem soll das Kooperationsgeschäft mit gesetzlichen Kassen weiter vorangetrieben werden. Des Weiteren wird sukzessive die Zusammenarbeit mit der Alte Oldenburger Krankenversicherung AG forciert. Neben dem Ausbau ihrer Marktposition werden die beiden Unternehmen, die in unterschiedlichen und sich nunmehr ergänzenden Marktsegmenten tätig sind, durch die Nutzung von Synergien im Finanzverbund von dem Zusammenschluss profitieren.

Prognosebericht

Entwicklung des Versicherungsmarkts

Für die private Krankenversicherung prognostiziert der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV) für 2009 ein Beitragswachstum von 3 Prozent. Zur Hälfte resultiert dieses aus der höheren Zahl an Versicherten und zur anderen Hälfte aus Beitragsanpassungen im Bestand. Neben der rezessiven Konjunkturentwicklung und damit einhergehenden Verschlechterung der Lage der privaten Haushalte vermindert der Bevölkerungsrückgang in den jüngeren Altersgruppen das Potenzial an Neukunden. Weiter expandieren wird das Zusatzversicherungsgeschäft. Wegen des vergleichsweise niedrigen durchschnittlichen Prämienaufkommens pro Zusatzversicherung wirkt sich diese Entwicklung nur eingeschränkt auf die Beitragsentwicklung aus.

Mittelfristige Geschäftserwartung

Die Provinzial Kranken rechnet für das Geschäftsjahr 2009 mit einem Wachstum bei den Beitragseinnahmen von etwa zehn Prozent. Zu den positiven Einschätzungen der Geschäftsentwicklung führen die Veränderungen im gesetzlichen Kassenumfeld, wie z. B. die Einführung des Gesundheitsfonds. Die Provinzial Kranken erwartet, dass auch in 2009, wie auch bereits im Berichtsjahr, verstärkt freiwillig GKV-Versicherte durch die Steigerung des durchschnittlichen Beitragssatzes in der GKV zum 1. Januar 2009 sowie durch die Leistungskürzungen in der GKV, die in den letzten Jahren zu beobachten waren, von der Provinzial Kranken überzeugt werden können. Das sehr gute „Jahres-Endgeschäft“ der Provinzial Kranken im letzten Quartal 2008 mit Wirksamkeit in 2009 sowie der Vertriebschwerpunkt der „Lebensversicherung“ bei der Vertriebsorganisation der VGH stimmt ebenfalls positiv. Bei dem einmaligen „Wechselfenster“ im 1. Halbjahr 2009 mit Portabilität der Alterungsrückstellung auch im Bestand wird mit keinen stärkeren Auswirkungen auf die Beitragsentwicklung gerechnet. Schwer absehbar sind allerdings die noch offenen Folgen der Kapitalmarktkrise vor allem für die selbstständigen Unternehmer, die eine wichtige Zielgruppe der Provinzial Kranken darstellen.

Schlusserklärung

Unsere Gesellschaft erhielt bei jedem im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung. Maßnahmen auf Veranlassung oder im Interesse dieser Unternehmen wurden im vergangenen Geschäftsjahr nicht getroffen oder unterlassen. Dieser Beurteilung liegen Umstände zugrunde, die uns im Zeitpunkt der berichtspflichtigen Vorgänge bekannt waren.

Hannover, den 3. März 2009

Der Vorstand

Gewinnverwendungsvorschlag

Der Bilanzgewinn wird mit 650 Tausend Euro ausgewiesen.

Der Hauptversammlung am 30. März 2009 wird nach Zustimmung des Aufsichtsrats vorgeschlagen, den Bilanzgewinn in die anderen Gewinnrücklagen einzustellen.

Hannover, den 3. März 2009

Der Vorstand

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2008

Aktivseite	2008			2007
	€	€	€	€
A. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände			143 786	153 638
B. Kapitalanlagen				
I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
Beteiligungen		408 880		355 200
II. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	13 622 120			7 004 649
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	98 500			98 500
3. Sonstige Ausleihungen	86 697 846			69 991 510
4. Einlagen bei Kreditinstituten	0	100 418 466	100 827 346	0
C. Forderungen				
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:				
1. Versicherungsnehmer	367 313			322 066
2. Versicherungsvermittler	410 727	778 040		113 683
davon: an verbundenen Unternehmen 407 248 (110 317) €				
davon: an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 0 (0) €				
II. Sonstige Forderungen		39 558	817 598	105 830
davon: an verbundenen Unternehmen 24 924 (18 044) €				
davon: an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 0 (0) €				
D. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Sachanlagen und Vorräte		86 556		56 510
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		1 088 918		9 358 506
III. Andere Vermögensgegenstände		33 806	1 209 280	0
E. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		1 706 264		1 257 427
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		246 557	1 952 821	270 414
Summe der Aktivseite			104 950 831	89 087 933

Bestätigung gemäß VAG:

Gemäß § 73 VAG bestätige ich, dass das Sicherungsvermögen vorschriftsmäßig angelegt und aufbewahrt ist.

Hannover, den 4. März 2009

Dr. Plathe

Treuhänder

Passivseite	2008			2007
	€	€	€	€
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital		6 000 000		6 000 000
II. Kapitalrücklage		4 000 000		4 000 000
davon: Rücklage gemäß § 5 Abs. 5 Nr. 3 VAG: 1 609 216 (1 609 216) €				
III. Gewinnrücklagen				
1. gesetzliche Rücklage	227 250			193 000
2. andere Gewinnrücklagen	3 383 000	3 610 250		2 623 000
IV. Bilanzgewinn		650 000	14 260 250	760 000
B. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	68 713 929			54 083 964
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0	68 713 929		0
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	4 085 427			4 554 418
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	35 000	4 050 427		20 000
III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung				
1. erfolgsabhängige				
a) Bruttobetrag	11 349 460			9 700 925
b) davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0			0
	11 349 460			9 700 925
2. erfolgsunabhängige				
a) Bruttobetrag	1 294 613			1 725 633
b) davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0			0
	1 294 613	12 644 073		1 725 633
IV. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag	132 637			118 099
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0	132 637	85 541 066	0
C. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		2 141 610		1 795 323
II. Steuerrückstellungen		230 245		451 279
III. Sonstige Rückstellungen		254 043	2 625 898	301 544
Übertrag:			102 427 214	86 287 185

			2008	2007
	€	€	€	€
Übertrag:			102 427 214	86 287 185
D. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber:				
1. Versicherungsnehmern	1 886 412			1 843 017
2. Versicherungsvermittlern	0	1 886 412		0
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		100 000		100 426
III. Sonstige Verbindlichkeiten		475 817	2 462 229	821 722
davon:				
aus Steuern: 23 110 (25 282) €				
im Rahmen der sozialen Sicherheit: 0 (0) €				
gegenüber verbundenen Unternehmen: 325 362 (613 047) €				
gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 0 (0) €				
E. Rechnungsabgrenzungsposten			61 388	35 583
Summe der Passivseite			104 950 831	89 087 933

Bestätigung gemäß VAG:

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten B I. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung in Höhe von 68 713 929 Euro gemäß den Vorschriften des § 12 Abs. 3 Nr. 1 VAG sowie der nach § 12 c VAG erlassenen Rechtsverordnung berechnet worden ist. Für eine Mitversicherung wurden die Angaben des Konsortialführers übernommen.

Hannover, den 3. März 2009

Leonhardt

Verantwortlicher Aktuar

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2008

	2008			2007
	€	€	€	€
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge		39 458 173		37 145 108
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge		- 100 000	39 358 173	- 100 000
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			1 929 805	682 458
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen		19 325		13 957
davon: aus verbundenen Unternehmen: 0 (0) €				
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
davon: aus verbundenen Unternehmen: 0 (0) €				
aa) Erträge aus anderen Kapitalanlagen		4 116 510		3 119 567
c) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		236	4 136 071	971 547
4. Sonstige versicherungstechnische Erträge feR			30 258	44 806
5. Aufwendungen für Versicherungsfälle feR				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	- 17 827 581			- 15 115 065
bb) Anteil der Rückversicherer	9 805	- 17 817 776		4 591
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	468 990			- 802 661
bb) Anteil der Rückversicherer	15 000	483 990	- 17 333 786	0
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung				
aa) Bruttobetrag	- 14 629 965			- 12 365 507
bb) Anteil der Rückversicherer	0	- 14 629 965		0
b) Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen		- 14 538	- 14 644 503	2 008
7. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung feR				
a) erfolgsabhängige		- 3 132 000		- 3 300 000
b) erfolgsunabhängige		- 462 478	- 3 594 478	- 591 785
Übertrag:			9 881 540	9 709 024

	2008			2007
	€	€	€	€
Übertrag:			9 881 540	9 709 024
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb feR				
a) Abschlussaufwendungen		- 4 675 646		- 4 190 362
b) Verwaltungsaufwendungen		- 1 271 404		- 1 239 640
c) davon ab: Erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		0	- 5 947 050	0
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zins- und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		- 39 769		- 32 244
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		- 1 116 646		0
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		0	- 1 156 415	- 985 966
10. Versicherungstechnisches Ergebnis feR			2 778 075	3 260 812
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge		52 768		34 266
2. Sonstige Aufwendungen		- 1 552 143	- 1 499 375	- 1 769 916
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			1 278 700	1 525 162
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			- 594 450	- 725 162
5. Jahresüberschuss			684 250	800 000
6. Einstellungen in Gewinnrücklagen gesetzliche Rücklage			- 34 250	- 40 000
7. Bilanzgewinn			650 000	760 000

Anhang

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

A. Immaterielle Vermögensgegenstände

Die Bewertung der immateriellen Vermögensgegenstände erfolgt mit den Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer.

B. Kapitalanlagen

Anteile an Beteiligungen sind mit Anschaffungskosten oder mit dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet.

Aktien, Investmentanteile, Inhaberschuldverschreibungen, andere festverzinsliche Wertpapiere und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sind mit dem Börsen- oder Marktpreis, höchstens mit den Anschaffungskosten, bewertet; das Wertaufholungsgebot wird beachtet.

Der Ausweis von Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen erfolgt teilweise zu Anschaffungskosten. Agio- und Disagiobeträge wurden abgegrenzt und entsprechend der Laufzeit der Ausleihung erfolgswirksam aufgelöst.

Einlagen bei Kreditinstituten sind mit dem Nennbetrag ausgewiesen.

C. Forderungen

Forderungen werden mit dem Nennwert angesetzt. Notwendige Abschreibungen und Wertberichtigungen werden vorgenommen.

D. Sonstige Vermögensgegenstände

Der Bilanzansatz der Sachanlagen und Vorräte sowie der anderen Vermögensgegenstände erfolgt mit den Anschaffungskosten, vermindert um die steuerlich zulässige Absetzung für Abnutzung.

Der Ausweis der laufenden Guthaben bei Kreditinstituten, der Schecks und des Kassenbestands erfolgt mit dem Nennbetrag.

B. Versicherungstechnische Rückstellungen

Die Deckungsrückstellung wird nach den technischen Berechnungsgrundlagen unter Beachtung der Vorschriften des § 12 Abs. 1 Nr. 2 VAG i. V. m. § 341 f HGB berechnet.

Da die maßgeblichen Rechnungsgrundlagen Kopfschäden, Sterbetafel und Stornowahrscheinlichkeiten für Männer und Frauen signifikante Unterschiede aufweisen, erfolgt die Beitragskalkulation und die Berechnung der Deckungsrückstellung geschlechtsabhängig. Ausgenommen hiervon sind die Tarife der privaten Pflegepflichtversicherung (PPV) und das S-Krankengeld (SKG), für die geschlechtsunabhängige Beiträge erhoben werden.

Der Nachweis der Geschlechtsabhängigkeit der maßgeblichen Rechnungsgrundlagen ergibt sich aus den Statistiken des PKV-Verbands und der BaFin, die regelmäßig im Internet veröffentlicht werden (www.pkv.de/statistiken).

Ab dem 1. Januar 2008 werden gemäß dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) die Kosten für Schwangerschaft und Mutterschaft gleichmäßig auf Männer und Frauen verteilt.

Die Berechnung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle erfolgt im Näherungsverfahren nach § 34 g Abs.3 HGB in Verbindung mit § 26 RechVersV. Dem Näherungsverfahren liegen Zahlungen für Versicherungsfälle in den ersten 30 Geschäftstagen nach dem Abschlussstichtag zugrunde.

Die Rückstellung für die erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung wird gemäß der Satzung gebildet.

Die Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung wird aufgrund der Bestimmungen des § 12 a Abs.3 VAG und des Poolvertrags zur Pflegepflichtversicherung (PPV) gebildet.

Bei den sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen wird eine Stornoreserve in Höhe von 10 Prozent der negativen Anteile der Deckungsrückstellung gebildet.

C. Andere Rückstellungen

Die Pensionsrückstellung ist nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mit dem in § 6 a EStG festgelegten Teilwert der Verpflichtungen bewertet. Die „Richttafeln 2005 G“ von Dr. Klaus Heubeck sind mit einem Zinssatz von 6 Prozent angewendet worden. Für künftige Gehalts- und Rentenanpassungen wird die Rückstellung planmäßig erhöht.

Die Rückstellung für Altersteilzeit wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mit einem Zinssatz von 6 Prozent berechnet. Die Rückstellung umfasst den Aufstockungsbetrag und die Kapitalauszahlungen zum Ausgleich von Abschlägen in der gesetzlichen Rentenversicherung. Die Bilanzierung erfolgt zum vollen Teilwert bzw. Barwert. Der Berechnung liegen die „Richttafeln 2005 G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck zugrunde.

Pensionsrückstellungen für Zusagen aus Gehaltsverzicht werden in Höhe der Aktivwerte der abgeschlossenen Rückdeckungsversicherungen bilanziert.

Die Rückstellung für Mitarbeiterjubiläen wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Berücksichtigung eines Zinssatzes von 5,5 Prozent berechnet. Als Berechnungsgrundlage dienen die „Richttafeln 2005 G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck.

Alle übrigen Rückstellungen tragen den erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten angemessen Rechnung. Sie sind in der Höhe gebildet, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

D. Andere Verbindlichkeiten

Der Ansatz erfolgt mit dem Rückzahlungsbetrag.

Erläuterungen zur Jahresbilanz

Entwicklung der Aktivposten A, B I, B II	Bilanz- werte	Zugänge	Um- buchungen
	2007		
	€	€	€
A. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	153 638	24 222	0
B I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
Beteiligungen	355 200	53 680	0
B II. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	7 004 650	7 738 610	0
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	98 500	0	0
3. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	47 057 634	5 206 337	0
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	22 933 875	12 000 000	0
4. Einlagen bei Kreditinstituten	0	78 850 000	0
Summe C II.	77 094 659	103 794 947	0
Insgesamt	77 603 497	103 872 849	0

B II 3. Sonstige Ausleihungen

In den Namensschuldverschreibungen sind Finanzinstrumente in Form von strukturierten Produkten mit einem Bilanzwert von 5 764 Tausend Euro enthalten. Für diese Namensschuldverschreibungen beträgt der Zeitwert 5 376 Tausend Euro. Die Bewertung zum Bilanzstichtag erfolgt mittels finanzmathematischer Berechnungen auf Basis der wichtigsten Einflussgrößen wie Zinsen und Volatilität. Da alle Papiere mit einer Kapitalgarantie ausgestattet sind, wird die Differenz bis zum Laufzeitende wieder ausgeglichen.

Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte	Bilanzwerte*)	Zeitwerte*)	stille Reserven*)
			2008	2008	2008	2008
€	€	€	€	€	€	€
0	0	34 074	143 786			
0	0	0	408 880	408 880	408 880	0
4 494	0	1 116 646	13 622 120	13 622 120	13 686 752	64 632
0	0	0	98 500	98 500	108 670	10 170
500 000	0	0	51 763 971	51 742 996	52 635 248	892 252
0	0	0	34 933 875	35 116 212	37 556 519	2 440 307
78 850 000	0	0	0	0	0	0
79 354 494	0	1 116 646	100 418 466	100 579 828	103 987 189	3 407 361
79 354 494	0	1 150 720	100 971 132	100 988 708	104 396 069	3 407 361

*) ohne A.; einschließlich Agien und Disagien

A I. Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital von 6 000 000 Euro ist eingeteilt in 6 000 000 Namensaktien.

Alleinige Aktionärin der Gesellschaft ist zum Bilanzstichtag die ALTE OLDENBURGER Beteiligungsgesellschaft AG, Vechta.

A III. Gewinnrücklagen

Die Zuführung zur gesetzlichen Rücklage erfolgte gemäß § 150 Abs.2 AktG.

C I. Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Der handelsrechtliche Ansatz bei der Rückstellung für Pensionen beläuft sich im Geschäftsjahr auf 2 142 Tausend Euro, der Teilwert gemäß § 6 a EStG beträgt 1 265 Tausend Euro.

B III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrück- erstattung	Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung			
		Betrag gemäß § 12 a Abs. 3 VAG	Pflegepflicht- versicherung	Sonstiges	Summe
	€	€	€	€	€
1. Bilanzwerte 2007	9 700 925	135 603	1 590 030	0	1 725 633
2. Entnahme zur Verrechnung	1 036 308	33 251	860 246	0	893 497
3. Entnahme zur Barausschüttung	447 157	0	0	0	0
4. Zuführung	3 132 000	0	462 478	0	462 478
5. Bilanzwerte 2008	11 349 460	102 352	1 192 262	0	1 294 614

C III. Sonstige Rückstellungen

	2008	2007
	€	€
Urlaubs-, Gleitzeit- und sonstige Personalaufwendungen	98 000	124 000
Altersteilzeit	56 133	52 424
Jahresabschlusskosten und Geschäftsbericht	41 850	75 000
Ausstehende Rechnungen	29 000	1 000
Mitarbeiterjubiläen	19 110	16 670
Beiträge zur Verwaltungsberufsgenossenschaft	5 300	5 500
Aufsichtsratsvergütungen	0	25 000
Übrige	4 650	1 950
Insgesamt	254 043	301 544

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

I 1 a) Gebuchte Bruttobeiträge

	2008	2007
	€	€
für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft		
Krankheitskostenversicherungen	22 484 121	21 051 240
Krankentagegeldversicherungen	4 630 517	4 845 237
selbstständige Krankenhaustagegeldversicherungen	1 575 252	1 637 827
sonstige selbstständige Teilversicherungen	8 222 361	7 290 693
Pflegepflichtversicherung	2 545 922	2 320 111
Insgesamt	39 458 173	37 145 108

Im Geschäftsjahr ist ein Beitragszuschlag nach § 12 Abs. 4 a VAG in Höhe von 1 627 384 Euro (Vorjahr: 1 553 030 Euro) enthalten.

I 2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrück-erstattung

	2008	2007
	€	€
für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft		
Krankheitskostenversicherungen	971 002	632 563
davon gemäß § 12 a Abs. 3 VAG 33 250 (28 791) €		
Krankentagegeldversicherungen	31	0
davon gemäß § 12 a Abs. 3 VAG 0 (0) €		
selbstständige Krankenhaustagegeldversicherungen	57 147	0
davon gemäß § 12 a Abs. 3 VAG 0 (0) €		
sonstige selbstständige Teilversicherungen	41 379	49 895
davon gemäß § 12 a Abs. 3 VAG 0 (13 209) €		
Pflegepflichtversicherung	860 246	0
davon gemäß § 12 a Abs. 3 VAG 0 (0) €		
Insgesamt	1 929 805	682 458

I 6 aa) Veränderung der Deckungsrückstellung – Bruttobetrag

	2008	2007
	€	€
gemäß § 12 a Abs. 2 VAG	0	– 183 856
gemäß § 12 a Abs. 3 VAG	– 33 250	– 42 000
andere	– 14 596 715	– 12 139 651
Insgesamt	– 14 629 965	– 12 365 507

Rückversicherungssaldo

Der Rückversicherungssaldo beträgt 75 (95) Tausend Euro zugunsten des Rückversicherers.

Sonstige Angaben

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

	2008	2007
	€	€
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	3 764 051	3 580 678
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	0	0
3. Löhne und Gehälter	1 445 149	1 517 396
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	247 918	240 717
5. Aufwendungen für Altersversorgung	319 245	532 271
6. Aufwendungen insgesamt	5 776 363	5 871 062

**Zahl der Versicherten –
natürliche Personen**

	2008	2007
für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft		
Krankheitskostenversicherungen	11 882	10 868
Krankentagegeldversicherungen	40 206	39 661
selbstständige Krankenhaustagegeldversicherungen	32 222	31 895
sonstige selbstständige Teilversicherungen	68 142	67 428
Pflegepflichtversicherung	12 833	11 908
Insgesamt	131 118	124 038

Weitere Angaben

Die Landschaftliche Brandkasse Hannover, Hannover, erstellt einen Konzernabschluss, in den die Provinzial Krankenversicherung Hannover AG, Hannover, einbezogen wird. Die Veröffentlichung erfolgt im elektronischen Bundesanzeiger.

Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren und Forderungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr bestehen nicht.

Die Gesellschaft beschäftigte im Jahresdurchschnitt 28 Angestellte (Vorjahr: 25 Angestellte) im Innendienst. Weitere Arbeiten werden im Rahmen von Verwaltungsvereinbarungen von den Mitarbeitern der HanseMercur Krankenversicherung aG, Hamburg, und der Landschaftlichen Brandkasse Hannover, Hannover, ausgeführt.

Die Gesamtbezüge der Mitglieder des Vorstands betragen 286 Tausend Euro. An ehemalige Mitglieder des Vorstands oder deren Hinterbliebene sind insgesamt 100 Tausend Euro gezahlt worden. Für diese Personengruppen sind Rückstellungen für laufende Pensionen in Höhe von 1 691 Tausend Euro passiviert.

An Mitglieder des Aufsichtsrats sind im Geschäftsjahr insgesamt 29 Tausend Euro für das Geschäftsjahr und 24 Tausend Euro für das Vorjahr gezahlt worden.

Ein Verzeichnis der Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands unserer Gesellschaft befindet sich auf der Seite 40 dieses Geschäftsberichts.

Hannover, den 3. März 2009

Der Vorstand

Dr. Knemeyer

Dienst

Hake

Bestätigungsvermerk

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Provinzial Krankenversicherung Hannover AG, Hannover, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2008 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung der Gesellschaft liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hannover, den 5. März 2009

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Werner Hölzl
Wirtschaftsprüfer

André Bödeker
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat im Jahr 2008 die Geschäftsführung entsprechend der ihm nach Gesetz und Satzung zugewiesenen Aufgaben laufend überwacht. Der Vorstand hat den Aufsichtsrat in regelmäßigen Sitzungen umfassend von der geschäftlichen Entwicklung und der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung unterrichtet. Die vom Vorstand beabsichtigte Geschäftspolitik sowie die Lage und die Entwicklung der Gesellschaft wurden in den drei Sitzungen des Aufsichtsrats eingehend erörtert. Der Aufsichtsrat befasste sich ausführlich mit der Unternehmensplanung 2009 und war in alle Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen eingebunden. Ferner wurde über die Lage der Gesellschaft und den Gang der Geschäfte quartalsweise schriftlich vom Vorstand berichtet.

Darüber hinaus wurde der Vorsitzende des Aufsichtsrats über wesentliche Geschäftsvorfälle laufend unterrichtet. Der Aufsichtsrat hat sich eingehend über die Auswirkungen der Gesundheitsreform und der Finanzmarktkrise auf die Gesellschaft informiert und die hieraus erwachsenen Konsequenzen intensiv mit dem Vorstand diskutiert.

Aufsichtsrat und Vorstand der Provinzial Krankenversicherung Hannover AG bekennen sich – unter der Berücksichtigung der Besonderheiten für im öffentlich-rechtlichen Unternehmensverbund stehende Versicherungsunternehmen – zu den Grundsätzen guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung entsprechend den Empfehlungen des Corporate Governance Kodexes.

Der Aufsichtsrat, vertreten durch den Vorsitzenden, erteilte den Prüfungsauftrag nach § 111 Abs. 2 AktG an die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hannover. Nach Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts der Provinzial Krankenversicherung Hannover AG hat der Abschlussprüfer den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt. Alle Aufsichtsratsmitglieder haben die Berichte des Abschlussprüfers unverzüglich erhalten. Der Abschlussprüfer nahm an der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats teil und berichtete über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung. Nach einer eingehenden Erörterung des Jahresabschlusses, des Lageberichts sowie des vom Vorstand eingerichteten Risikofrüherkennungssystems (§ 91 Abs. 2 AktG) mit dem Abschlussprüfer, hat der Aufsichtsrat den Jahresabschluss

gebilligt und damit gemäß § 172 AktG festgestellt. Weiterhin wurde zur Bilanzsitzung der vom Vorstand gemäß § 312 AktG aufgestellte Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen vorgelegt und geprüft. Einwendungen hiergegen bestanden nicht. Der Aufsichtsrat hat sich ferner mit dem Prüfungsbericht der Wirtschaftsprüfer über den Bericht hinsichtlich der Beziehungen zu verbundenen Unternehmen befasst und hat auch hier keine Einwendungen.

Der Aufsichtsrat dankt den Vorstandsmitgliedern sowie allen Mitarbeitern und Vertriebspartnern für ihren Einsatz und für die geleistete Arbeit.

Hannover, 26. März 2009

Dr. Schweer
Vorsitzender



Waldemar Magiera

Waldemar Magiera ist Vertriebler durch und durch. Mit 20 stieg er ins Versicherungsgeschäft ein und eroberte in den Wendejahren den neuen Markt im Osten. Eine Karriere auf der Überholspur, bis er nach einem Unfall sein Leben in neue Bahnen lenkte. Heute leitet der 41-Jährige die VGH-Vertretung in Lehrte.

Hannovers Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg war persönlich erschienen, um Waldemar Magiera am Bahnhof zu begrüßen. Es war Herbst 1978 und Magiera Hannovers tausendster Spätaussiedler. Kein Wort Deutsch sprach der Elfjährige, als er aus Oberschlesien in die Bundesrepublik kam. Er lernte schnell, machte Abitur und ging anschließend für zwei Jahre zur Bundeswehr. Dort sprach ihn ein Kamerad an, ob er nicht neben dem Dienst Versicherungen verkaufen wolle. Das fragliche Unternehmen setzte auf einen Strukturvertrieb, bei dem Laien mit Workshops auf den Job vorbereitet werden. Magiera war ein erfolgreicher Vertreter, arbeitete sich hoch und machte auch noch weiter, als er zu studieren begann. Dann kam die Wende: Der damals 22-Jährige ging in den Osten. „Eine wilde Zeit“, erinnert er sich. Arbeitspensum: 70 bis 80 Stunden pro Woche. Das Studium litt, die Belastung wurde zu groß. Eines Abends auf dem Heimweg: ein Crash auf der Autobahn. Sekundenschlaf. Ein Warnschuss. Magiera hängte den Job an den Nagel und konzentrierte sich auf sein Wirtschaftsstudium.

Nach dem Diplom startete er 1998 als Trainee bei der VGH – natürlich im Vertrieb. „Ein solides, bodenständiges Unternehmen“, dachte Magiera. Im Anschluss arbeitete er im angestellten Außendienst. 2003 bot die VGH ihm den Posten des Vertreters in Lehrte an. Er sagte zu. Es war ein Anfang mit Hindernissen: Der Mietvertrag der Vertretung war ausgelaufen, fast das komplette Team war gegangen. Magiera baute in wenigen Wochen einen neuen Standort und eine neue Mannschaft auf. Der Entschluss, erneut in die Selbstständigkeit zu gehen, sei eine Entscheidung für die VGH gewesen, so Magiera. „Es gibt nur wenige Versicherungen, die als Partner so zuverlässig sind. Woanders hätte ich das nicht gemacht.“

Impressum

Herausgeber:

VGH Versicherungen
Schiffgraben 4
30159 Hannover
Telefon 0511 362-0
Telefax 0511 362-2960
E-Mail service@vgh.de
Internet www.vgh.de

Fotos:

BWV (17), Roger Cericius (2), Deutsche Luftbild KG (26 u.), Rolf Erbguth (26 o.),
Eva Holtz (21), Helge Krückeberg (27 o.), René Ledrado (19, 25 o.),
Lokale Liaison (27 u.), Manola Märtens (15), Isabelle Otto (20), Ulrich Reinecke
(1, 6, 8, 10, 11, 22, 28, 44, 92, 152, 186, 191), Helge Sauber (24), VGH-Archiv (2),
Janko Woltersmann (3, 12, 13, 14, 16, 18), U. Weg (25 u.)

Corporate Design:

Stankowski + Duschek, Stuttgart

Gestaltung:

Mann + Maus oHG, Hannover

Satz:

types.Fotosatz GmbH, Hannover

Druck:

Quensen Druck und Verlag, Hildesheim

Unternehmen im VGH-Verbund

Brandkassenausschuss der Landschaftlichen Brandkasse Hannover
 38 Vertreter der Landschaften
 8 Vertreter des Sparkassenverbandes Niedersachsen



Landschaftliche Brandkasse Hannover

100%*



Provinzial Lebensversicherung Hannover

100%



Provinzial Pensionskasse Hannover AG

60%



ALTE OLDENBURGER
 Beteiligungs-
 gesellschaft AG

100%



Provinzial
 Krankenversicherung
 Hannover AG

100%



ALTE OLDENBURGER
 Krankenversicherung AG

55%



Öffentliche Versicherung Bremen

90%*



Oldenburgische Landesbrandkasse
 Öffentliche Lebensversicherungsanstalt Oldenburg

35%



Öffentliche Feuerversicherung Sachsen-Anhalt
 Öffentliche Lebensversicherung Sachsen-Anhalt

25%



Ostfriesische Landschaftliche Brandkasse

* Trägerschaft beruht zur Hälfte auf Treuhandverhältnis



<< Unternehmen im VGH-Verbund



... fair versichert